Lebensstil Wohin mit dem Bier, das nicht ausgeschenkt werden darf? Seite 21

Preußische Allgemeine

Nr. 12 · 26. März 2021 | **Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt** | Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Die Kandidatin

Es mehren sich die Zeichen, dass die Grünen mit Annalena Baerbock als Spitzenkandidatin in die kommende Bundestagswahl ziehen. Ein Porträt **Seite 3**

Geschichte Ein Buch über den „Clan Friedrichs des Großen“ **Seite 11**

Skandal Der politische Missbrauch eines Mordes, der keiner war **Seite 12**

FOTO: PA [M.], MAURITIUS, SCREENSHOT MDR

AUFGEFALLEN

Woher kommt der Anstieg der Inzidenzwerte?

Es war zu erwarten, dass mit dem Anstieg der Corona-Zahlen auch die Debatte über eine Verschärfung des Lockdown zurückkehren würde. Der Anfang März von den Regierungen in Bund und Ländern verabschiedete „Öffnungs-Fahrplan“ sieht das abermalige sukzessive Herunterfahren des öffentlichen Lebens vor, sobald sich mehr als 100 Personen je 100.000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen mit dem Coronavirus infizieren.

Allerdings: Der Tiefstwert an neuen Fällen war bereits Mitte Februar erreicht. Seit dem 16.2., als 3856 Corona-Fälle registriert wurden, stieg die tägliche Ansteckungszahl auf rund 16.000 zu Beginn dieser Woche. Die zwischenzeitlichen Lockerungen der seit November bestehenden Einschränkungen, die in den Debatten der letzten Tage als ursächlich für den Anstieg der Corona-Zahlen genannt wurden, erfolgten jedoch ab Anfang März. Hinzu kommt, dass es noch einer Inkubationszeit von fünf bis sieben Tagen bedarf, bis nach einer Infektion die ersten Symptome auftreten. Insofern können allenfalls die Zahlen der letzten zehn Tage auf das Konto der zaghaften Öffnungen gehen.

Wo also stecken sich die Leute mit dem Coronavirus an? Die Schulen, Friseure, Geschäfte, Gastronomiebetriebe und Fitnessstudios können es ebenso wenig sein wie die Sportstätten, Tierparks, Museen, Kinos, Theater und Volksfeste. Denn diese sind entweder erst seit Kurzem geöffnet – oder ohnehin seit Monaten geschlossen. *neh*

POLITIK

Laschet muss dringend zeigen, wofür er steht

Angesichts der schwachen Regierungsleistung warten Mitglieder und Wähler der Union auf Signale, wie der CDU-Vorsitzende das Land aus der Krise führen will

VON RENÉ NEHRING

Für CDU und CSU wird es ernst. Profitierten die Unionsparteien seit Beginn der Pandemie vom Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit und Verlässlichkeit sowie von dem Umstand, dass in Krisen fast immer die Stunde der Exekutive schlägt, so verlieren die beiden Schwestern mit jeder neuen Panne in ihrem Corona-Management, mit jeder Verlängerung des Lockdown und erst recht mit jeder neuen Enthüllung über die Selbstbedienung einiger Abgeordneter an Zustimmung.

Standen die beiden C-Parteien seit dem vergangenen Sommer bis weit in den Februar dieses Jahres bei allen Meinungsforschern stabil zwischen 35 und 38 Prozent, so kommen sie derzeit nirgendwo mehr auf 30 Prozent. Parallel zur Formschwäche der Union legten die links von ihr im politischen Spektrum beheimateten Parteien zu, sodass diese nun eine eigenständige Machtperspektive haben.

Zu den gravierenden Ursachen dieser Entwicklung – die man angesichts der aktuellen Geschwindigkeit nur als Absturz bezeichnen kann – gehört neben den oben genannten Faktoren die Orientierungslosigkeit auf nahezu allen Ebenen. Vor allem in der CDU scheinen weder das Führungspersonal im Bund noch die Amtsträger im Mittelbau und erst recht die einfachen Parteimitglieder zu wissen, wofür ihre Partei gerade steht. Von denjenigen, die erwägen, im Wahllokal ihr Kreuz bei den Christdemokraten zu setzen, gar nicht erst zu reden. Die inhaltliche Entkernung im Laufe der Ära Merkel hat kaum mehr übrig gelassen als das Bewusstsein, eine solide Verwalterin der Macht zu sein.

Neben der Frage, *wofür* die Union steht, harrt auch die Frage, *wer* für die Union steht, dringend einer Klärung. Ist es der neue CDU-Vorsitzende Armin Laschet, der in seinem offensichtlichen Bemühen, in alle Richtungen integrierend wirken zu wollen, bislang kaum ein erkennbares Profil bildete? Oder ist es der Vorsitzende der bayerischen Schwesterpartei, Markus Söder, der in seiner Rolle als „Corona-Sheriff“ konstant hohe Zustimmungswerte einfährt? Oder ist es noch immer die Kanzlerin, die zwar längst ihrer Partei so weit entrückt ist, dass böse Berliner Zungen laut darüber spekulieren, wen sie denn wohl bei der kommenden Bundestagswahl wählen wird, die aber qua Amt im Alltag noch immer das konkrete Handeln der Union prägt?

Wer führt die Union?

Gefragt ist vor allem Armin Laschet, der bei der Bekanntgabe seiner Bewerbung um den CDU-Vorsitz im Februar 2020 offen erklärte, dass er als Parteivorsitzender auch den Anspruch hätte, Kanzlerkandidat der Union zu werden. Es ist somit an Laschet zu erklären, wie er die Deutschen nicht nur durch die Pandemie führen will, sondern auch wieder heraus. Setzt er – zum Beispiel – auf die bewährten Kräfte der sozialen Marktwirtschaft, oder geht er weiter den Weg der zunehmenden Lenkung ökonomischer Prozesse durch den Staat? Zwar steht auch Laschet die einem neugewählten Amtsinhaber gewöhnlich gewährte Schonfrist von hundert Tagen zu, doch hat er aus den oben genannten Gründen schlichtweg nicht die Zeit für eine ruhige Einarbeitung.

Spannend ist die Frage nach dem Verhältnis Laschets zur Kanzlerin und ihren Ministern. Steht er in Treue fest zu ihnen, riskiert er, in den Abwärtsstrudel der Regierung hineingezogen zu werden. Damit liefe er Gefahr, dass der Höhepunkt seiner Laufbahn vorbei wäre, noch ehe er richtig begonnen hätte. Setzt sich Laschet von Merkel ab, riskiert er, nicht nur die Gunst der nach wie vor der Kanzlerin zugeneigten Medien zu verlieren.

Stärken könnte der CDU-Vorsitzende sowohl sein eigenes Profil als auch das seiner Partei, indem er profilierte Köpfe aus allen Strömungen der Union sichtbar einbindet: engagierte Vertreter der christdemokratischen Arbeitnehmerschaft ebenso wie profilierte Wirtschaftsliberale und kantige Konservative.

Farbe bekennen und sagen, wohin mit ihm die Reise gehen soll, muss Laschet in jedem Fall. Im Schlafwagen ist noch niemand an die Macht gekommen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Wo Bund und Länder versagen, schlägt die Stunde der Bürgermeister
Seite 4

Kultur
In Stade eröffnen die Museen mit pilgerwürdigen Ausstellungen
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Erinnerungen an den Königsberger Musiker und Zeitzeugen Michael Wieck
Seite 17

HINWEIS

Oster-Lockdown Aufgrund der jüngsten Regierungsbeschlüsse kann es zu unkalkulierbaren Verzögerungen bei der Zustellung der Oster-Ausgabe kommen.

Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**

4 191814 303404 12

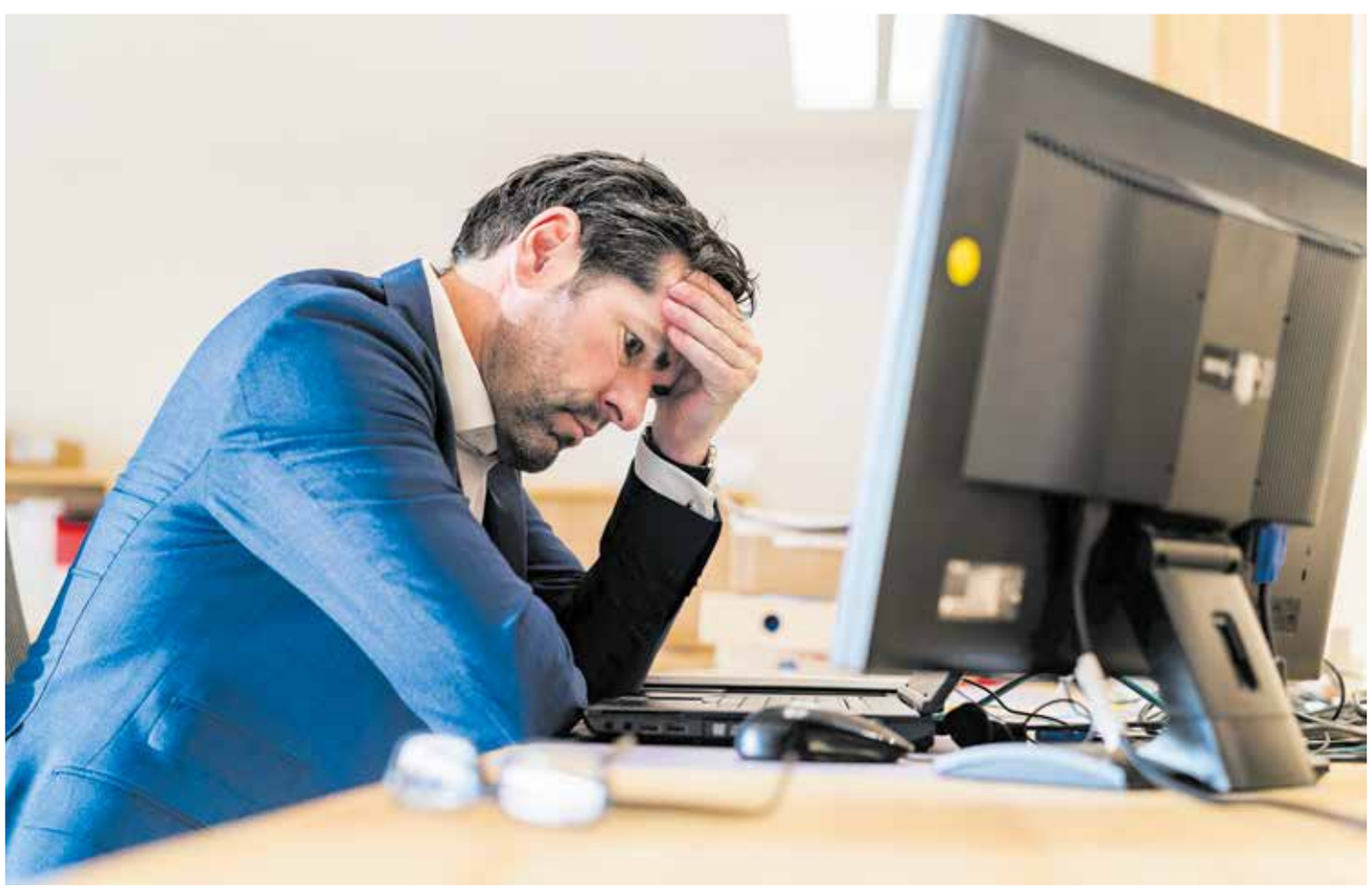
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Chaos im Lockdown-Land Seit einem Jahr jagt eine Maßnahme der Bundesregierung die andere, mit der die Pandemie bezwungen werden soll. Mit unübersehbarem Schaden für die Wirtschaft und Hürden für Betroffene

Antragsteller im Hindernislauf

Überlastete Server, unübersichtliches Wirrwarr – Corona-Hilfen der Regierung sind nicht unbürokratisch

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI



Zum Verzweifeln: Aufgrund von Serverüberlastungen dauert die Antragstellung Stunden *Foto: imago/Westend 61*

Es scheint ein Fehler aufgetreten zu sein. Bitte versuchen Sie es zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal.“ Diese Meldung erhielt der Kleinunternehmer Klaus Kipping (Name von der Redaktion geändert) immer wieder, als er mit Hilfe seiner Schwägerin versuchte, seinen Antrag auf die Neustarthilfe der Bundesregierung für Soloselbstständige aufzurufen. Dabei handelt es sich um eine einmalige Betriebskostenpauschale in Höhe von 25 Prozent des Jahresumsatzes 2019, maximal jedoch 7500 Euro. Welche der Hilfen für ihn in Frage kommt sowie die Internetadresse, über die diese beantragt werden kann, hatte ihm sein Steuerberater zwar mitgeteilt, doch die „Neustarthilfe für Soloselbstständige“ müssen die Betroffenen selbst online anfordern. Eine Antragstellung durch „prüfende Dritte“, also Steuerberater, Wirtschafts- und Buchprüfer sowie Rechtsanwälte ist ausgeschlossen.

Kipping ist ein 65-jähriger Soloselbstständiger, der mit gebrauchten, wiederaufbereiteten Haushaltsgeräten handelt. 40 Jahre lang hatte er bei einem großen Staubsaugerhersteller unter Vertrag gestanden, der ihn vor ein paar Jahren allerdings vor die Tür setzte. Seitdem bestreitet er als Einzelunternehmer seinen Lebensunterhalt. Seine wichtigsten Arbeitsmittel sind sein Pkw und das Mobiltelefon. Er zählt zu denjenigen, die bislang ohne PC und Internetzugang zurechtkamen. Die Corona-Lockdowns haben nicht nur seine Existenz bedroht, sondern ihm auch deutlich vor Augen geführt, dass er ohne Internetzugang von wichtigen Bereichen ausgeschlossen ist.

Online-Anschluss ist notwendig

Sämtliche Informationen, häufig gestellte Fragen und Antworten für die verschiedenen Entschädigungsprogramme der Bundesregierung sind im Netz erhältlich, wobei selbst technisch Versierte sich durch den verwirrenden Dschungel an Erklärungen und Bestimmungen erst hindurchkämpfen müssen.

Um die Neustarthilfe beantragen zu können, muss der Antragsteller über ein Konto beim Steuersoftware-Programm ELSTER verfügen. Da Kipping sich dort noch nicht registriert hatte, und auch noch keinen E-Mail-Account besaß, musste er mit Unterstützung seiner Verwandten zunächst eine E-Mail-Adresse einrichten, um das ELSTER-Zertifikat, das per E-Mail verschickt wird, zu erhalten. Einen Authentifizierungs-Code erhielt er per Briefpost. Beides ist für den Antrag auf Neustarthilfe zwingend notwendig.

Der Beantragung der Staatshilfe hätte nun eigentlich nichts mehr im Wege stehen dürfen, wären da nicht einige Hürden aufgetaucht, die es zu überwinden galt. Schon das Auffinden des Antragsformulars stellte ein Problem dar. Offenbar waren die Server überlastet. Erst nach etwa 20 Versuchen gelang es endlich, zum Formular vorzudringen, das – wie von der Bundesregierung versprochen – leicht verständlich und schnell auszufüllen war. Name, Anschrift, Bezeichnung und Branche des Unternehmens, Steuer-ID, Steuernummer und die Haken an der richtigen Stellte gesetzt – fertig. Die nächste Schwierigkeit tat sich beim Absenden des ausgefüllten Fragebogens auf. Die Steuernummer sei fehlerhaft, poppte in einem Fenster auf. Steuernummern werden normalerweise mit Schrägstrichen unterteilt angegeben. Die telefonische Nachfrage beim Steuerberater ergab, dass die Striche nicht mitgeschrieben werden dürfen. Das hatte Kipping auch schon ausprobiert. Die Fehlermeldung erschien dennoch erneut. Der Tipp des Steuerberaters, einfach eine Fünf (sie steht für Nordrhein-Westfalen und ist nirgends aus den Steuerunterlagen ersichtlich) voranzusetzen, brachte den Durchbruch. Der Antrag ging nach zirka zweieinhalb Stunden Ausprobieren, Hoffen und Bangen endlich durch, und schon am nächsten Tag erhielt Kipping per Mail den Bewilligungsbescheid. Wie lange es dauern wird, bis das Geld auf Kippings Konto eingeht, bleibt abzuwarten.

> „Darum geht es jetzt: Schnell und effektiv die Hilfen bereitzustellen, damit sie dort ankommen, wo sie gebraucht werden“
>
> **Olaf Scholz**
> Bundesfinanzminister

Während die Neustarthilfe nur direkt beantragt werden kann, ist für die übrigen Hilfsprogramme ein „prüfender Dritter“ nötig, um sie beantragen zu können. Steuerberater haben seit Ende vergangenen Jahres Hochkonjunktur. Bundesfinanzminister Olaf Scholz‘ euphorischem Versprechen: „Darum geht es jetzt: Schnell und effektiv die Hilfen bereitzustellen, damit sie dort ankommen, wo sie gebraucht werden“ stünden in der Realität bürokratische Hemmnisse, Softwareprobleme und manch Gerangel um Zuständigkeiten gegenüber, so ein Steuerberater.

Seit Monaten häufen sich die Beschwerden, dass die vom Bund angekündigten Überbrückungshilfen nur sehr schleppend ankommen und viele Unternehmer um ihr Überleben bangen.

CORONA-HILFEN

Regierung ist stolz auf ihre Maßnahmen

Überbrückungshilfe II, November- und Dezemberhilfe, Überbrückungshilfe III und neuerdings die Neustarthilfe. Die Bundesregierung hat mehrere Hilfsprogramme für Unternehmen aufgelegt, die von den wiederholten Lockdowns in ihrer Existenz bedroht sind.

Als neues Hilfsinstrument gibt es seit Kurzem die „Neustarthilfe für Soloselbstständige“, die Kleinunternehmern, aber auch Künstlern, die von den bisherigen Überbrückungshilfen ausgeschlossen waren, eine Perspektive bieten soll. Knapp zweieinhalb Wochen nach dem Antragsstart am 16. Februar waren bereits 68.635 Anträge von Selbstständigen bewilligt und rund 404,8 Millionen Euro ausgezahlt worden.

Auf Kritik an der schleppenden Auszahlung der November- und Dezemberhilfen teilte die Regierung am 17. März mit, dass bis zum 3. März 330.682 der insgesamt 341.261 Anträge auf Novemberhilfen bearbeitet worden seien. Die ausgezahlte Fördersumme liege bei rund 4,3 Milliarden Euro, beantragt seien etwa 5,3 Milliarden Euro. Bei der Dezemberhilfe waren demnach noch 12.802 Anträge offen, 303.264 seien bereits ausgezahlt worden. Von den insgesamt 5,2 Milliarden beantragten Euro waren Anfang März rund 3,6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt worden.

Als Grund für die schleppende Auszahlung wird vorgebracht, dass die Behörden zunächst eine neue IT-Plattform einrichten mussten, um die große Menge an Anträgen bearbeiten zu können. Um Betrug zu verhindern, müssten die Anträge geprüft werden. Bei Antragssummen von mehr als 20.000 Euro müssen 30 Prozent der Anträge zufällig ausgewählt und genau geprüft werden. Ab 100.000 Euro sei eine Vollprüfung erforderlich. Dies trifft auch für Kleinunternehmen zu, die erstmals einen Steuerberater beauftragen. *MRK*

● **Informationen** des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sowie des Bundesministeriums der Finanzen unter www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de

ERFAHRUNGSBERICHT

Die trostlose Welt von „Click&Meet“

Was als Perspektive für zehntausende Geschäfte verkündet wurde, erweist sich im Alltag als enttäuschendes Erlebnis

„Endlich geht’s los.“ Mit diesen hoffnungsvollen Worten begrüßt eines der über 90 Geschäfte im „Designer Outlet Berlin“ wenige Kilometer vor den Toren der Hauptstadt derzeit seine Gäste. Wie alle vom Lockdown betroffenen Einzelhändler warteten auch hier die Betreiber seit der Schließung im Advent sehnsüchtig auf eine Öffnungsperspektive.

Diese sollte das von der Kanzlerin Anfang März verkündete „Click&Meet“-Konzept bringen. Bei diesem, nach fröhlichem Werbeagentur-Deutsch klingenden Modell müssen die Kunden zunächst per Internetseite, E-Mail oder telefonisch einen festen Termin für den Einkauf in dem Geschäft ihrer Wahl buchen. Anschließend können sie innerhalb des gebuchten Zeitrahmens vorbeikommen.

Die Einzelhändler, so die Idee, können so wieder ihre Tore öffnen und sich besser gegen die Online-Konkurrenz von Amazon und Co. behaupten, die im Laufe der letzten Monate Rekordumsätze eingefahren hat. Weil die Kunden nun wieder die Waren persönlich begutachten oder sich vom Personal beraten lassen könnten, sei das Einkaufserlebnis besser als virtuell im Netz. Die niedrige Personenzahl in den Läden und die Möglichkeit, die Kontakte im Falle einer Infektion bei Kunden oder Verkäufern besser nachverfolgen zu können, soll zudem auch den Belangen des Gesundheitsschutzes Rechnung tragen.

Der Blick in die Praxis fällt jedoch ernüchternd aus: Wo – wie im „Designer Outlet Berlin“ – sonst täglich tausende Kunden flanieren, waren an den vergangenen beiden Wochenenden nur wenige Dutzend Menschen zu sehen. Aufkleber wie „Heute noch Termine frei“ zeigen an, dass die Läden keinesfalls „ausgebucht“ sind, obwohl sie nur einen Bruchteil der gewohnten Kundschaft einlassen dürfen. Selbst in die gewöhnlich überfüllten Läden gefragter Topmarken kommt man ohne Voranmeldung hinein – weil kaum jemand drin ist. In der Regel schaut die Verkäuferin am Eingang kurz auf die Uhr und sagt dann Sätze wie „Wenn Sie sich beeilen, können Sie hereinkommen. In 20 Minuten haben wir den nächsten Termin. Bis dahin haben Sie Zeit“

Doch sieht so Einkaufen aus? Besteht der Reiz für gewöhnlich nicht darin, ohne festen Plan durch die Läden ziehen und ohne Zeitdruck mal hier, mal dort etwas ansehen zu können und sich in aller Ruhe den Kauf zu überlegen? Ist es wirklich verwunderlich, dass die Kunden angesichts dieser Trostlosigkeit fernbleiben?

Aufschlussreich ist auch der Blick auf diejenigen Geschäfte im Outlet-Center, die eigentlich frei öffnen könnten, weil sie keinen Restriktionen unterliegen: die edlen Imbissbuden, die ihre Waren unter freiem Himmel feilbieten. Von ihnen hat bis auf das „Coffee-Bike“ keine einzige geöffnet – weil es sich für sie schlichtweg nicht lohnt, da kaum jemand da ist.

Was eine auf die Lage angesprochene Verkäuferin besonders aufregt, ist jedoch weniger die Leere im Outlet-Center: „Wenn man sieht, dass in den Supermärkten Dutzende Kunden ohne Anmeldung, ohne Beschränkung der Personenzahl und ohne Abstandsvorgaben auf einmal einkaufen können, dann fragt man sich, was das ganze Theater bei uns eigentlich soll.“

So erweist sich das „Click&Meet“-Konzept in der Praxis keineswegs als Perspektive für den Einzelhandel, sondern bestenfalls als schlechter Notnagel – wenn nicht gar als Zwischenschritt auf dem Weg in den wirtschaftlichen Niedergang. *neh*

Kinder an die Macht

Wer ist Annalena Baerbock? Für welche politischen Inhalte und welchen Stil steht sie? Das Porträt einer Frau, die gerade als Kanzlerkandidatin ihrer Partei für die Bundestagswahl im kommenden Herbst gehandelt wird

VON HOLGER FUSS

FOTO: IMAGO IMAGES / SVEN SIMON

Kindliche Inszenierung statt überzeugender Konzepte: Das grüne Führungsduo Annalena Baerbock und Robert Habeck

Wer ist eigentlich Herr Baerbock? Bei der Überlegung, was diesem Land wohl blühte, wenn Annalena Baerbock, ins Kanzleramt einzöge, sollte das Interesse auch dem möglichen „First Gentleman“ gelten. Via Google erfahren wir, dass die 40-jährige Co-Chefin der Grünen mit dem Politikberater und PR-Manager Daniel Holefleisch, 48, verheiratet ist, mit dem sie zwei Töchter, 10 und 6, hat. Politikberater ist der euphemistische Ausdruck für Lobbyist. Tatsächlich ist Holefleisch seit Februar 2017 als Senior Manager Public Affairs in der Berliner Konzernrepräsentanz der Deutsche Post DHL Group zuständig für Betreuung der Politikfelder E-Commerce, Datenschutz, Finanzen und Human Resources. Zuvor hat er jahrelang im Hauptquartier der Grünen gearbeitet. Noch heute gilt Holefleisch als bestens verdrahtet in die Partei – für seine Gattin eine unentbehrliche Antenne auf dem Weg zur Macht.

Der zweite Mann in Baerbocks Leben ist seit 2018 Robert Habeck, mit dem sie die Grünen führt. Ein Dreamteam, das ein wenig an eine öffentliche Liebesgeschichte erinnert. So harmonisch waren die früheren grünen Doppelspitzen nie. Ihren digitalen Parteitag im November 2020 hielten Baerbock und Habeck in einem biederen Studio-Wohnzimmer auf einem hellbraunen Plüschsofa ab. Die beiden haben ihrer Partei einen Mitgliederzuwachs auf 106.000 Mitglieder beschert – sowie die Perspektive auf das Kanzleramt. Für eine Partei, die 1980 als Antiparteien-Partei angetreten ist, ein fundamentaler Wandel im Lebensgefühl.

Grüne Kandidatensorgen

Bei aller zur Schau getragenen Eintracht war bei dem Tandem Baerbock und Habeck immer auch ein diskretes Kräftemessen zu spüren. Ein bisschen wie bei diesen zeitgenössischen Ehemodellen im progressiven Milieu um die Frage, wer von beiden beruflich Karriere macht und wer den Haushalt übernimmt. In diesem Fall geht es um die Frage: Wer von beiden geht als Kanzlerkandidat der Grünen in den Bundestagswahlkampf?

Seit den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz überschlagen sich die politischen Kommentatoren mit Mutmaßungen zu diesem Thema. So rühmt sich der „Spiegel“, dass er bereits im vergangenen August für eine Kandidatin Baerbock plädiert habe. Der „Stern“ behauptet, „dass es nur eine Antwort geben kann“, und die laute Baerbock. Für die „Süddeutsche Zeitung“ könne „jeder hören und sehen, dass es sowieso kein Zurück mehr gibt in der grünen K-Frage. Baerbock muss ran.“ Und im ZDF kommentiert Chefredakteur Peter Frey, die Grünen sollten „gegen zwei Männer eine Frau ins Rennen schicken“.

Nun ist die politische Klasse Berlins seit geraumer Zeit kein Zufluchtsort mehr für starke Persönlichkeiten mit Strahlkraft. Nur so ist es erklärlich, dass sich eine chronisch erschöpft wirkende Angela Merkel 16 Jahre im Kanzleramt halten kann, eine finster drein schwäbelnde Saskia Esken die SPD führt und ein eiferndes Kreischorgan wie Claudia Roth es bis zur Bundestagsvizepräsidentin schafft. Dabei würden selbst politische Gegner Annalena Baerbock nicht als Sympathienkiller bezeichnen. Sie sieht, wie die grüne Abgeordnete im Berliner Stadtparlament Anke Kapek schwärmt, „megagut aus“, sie sei „eine Mischung aus Merkel und Claudia Roth“, aber ihr Stimmchen ist für den Dauerkonsum vielleicht eine Spur zu hell.

Ist das Amt des Bundeskanzlers unter Merkel zu einem Job wie jeder andere geschrumpft? Baerbock hat keinerlei Regierungserfahrung, hat nie ein Ministerium geleitet, nicht einmal eine mittelständische Firma. Sie ist vorstellbar als joviale Nachbarin und hinzuverdienende Ehefrau, patent und temperamentgeladen, die sich mit ihrem Jungmädchencharme gewiss erfolgreich für die Sanierung eines quartiereigenen Kindergartens starkmachen kann. Aber als Kanzlerin der weltweit viertstärksten Volkswirtschaft? Am Verhandlungstisch mit Despoten und Winkelakrobaten wie Putin, Erdoğan und Xi Jinping? Als Krisenmanagerin mit Richtlinienkompetenz bei der nächsten Weltwirtschaftskrise, einer weiteren Pandemie oder eines Krieges? Ist das nicht gleich mehrere Nummern zu groß für sie?

Lebensweg eines Politprofis

Annalena Baerbock kam 1980 in Hannover zur Welt und wuchs südlich der Landeshauptstadt mit zwei Schwestern und zwei Cousinen in einem renovierten Bauernhaus in einem 2000-Seelen-Kaff unweit des AKW Grohnde auf. Nicht verwunderlich, dass das Elternhaus mit den Grünen sympathisiert. Die Mutter ist Sozialpädagogin, der Vater Maschinenbauingenieur, die Tochter fällt durch Ehrgeiz und Disziplin auf. Trampolinspringen betreibt Annalena als Leistungssport. Bis sie 16 ist, schafft sie drei Mal den dritten Platz bei Deutschen Meisterschaften.

Auf ihrem Gymnasium in Hannover wurde sie „zwischen Shakespeare und Marx“ sozialisiert, wie es ihre einstige Politiklehrerin Martina Cronau ausdrückt, die sich heute als Baerbock-Fan bekennt. In der Deutsch-Abiturprüfung soll Annalena anhand des Nazi-Liedes „Uns’re Fahne flattert uns voran“ gegen die Verharmlosung durch nationalsozialistische Literatur Stellung beziehen. Natürlich besteht Baerbock glanzvoll. Sie studiert Politik in Hamburg und Völkerrecht in London und will eigentlich Journalistin werden. Sie schreibt als Studentin für die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“.

Nach dem Studium schiebt Baerbock ein Praktikum im Europaparlament ein. Die grüne EU-Abgeordnete aus Brandenburg Elisabeth Schroedter macht die strebsame junge Frau zu ihrer Büroleiterin in Brüssel und Potsdam. In der brandenburgischen Hauptstadt begegnet sie in dieser Zeit ihrem späteren Ehemann Daniel Holefleisch. Auch der damalige Parteichef Reinhard Bütikofer entdeckt ihr Talent, eröffnet ihr die wichtigen Grünen-Zirkel in Europa, und schon bald ist Baerbock bestens vernetzt und zieht auf Parteitagen im Hintergrund Strippen.

Der heutige brandenburgische Landwirtschaftsminister Axel Vogel erinnert sich: „Nach kurzer Zeit kannte sie jeden.“ Sie ist 28, als sie 2009 zur Co-Landesvorsitzenden der Grünen Brandenburgs gewählt wird. Ihr Vorgänger Vogel nennt sie einen „Glücksfall“ für seinen Landesverband. Und doch war spürbar, dass Baerbock nicht die Landespolitik interessierte: „Sie hatte die Bundesrepublik und Europa im Blick.“ Also wurde sie Referentin für Außen- und Sicherheitspolitik der Grünen-Fraktion im Bundestag und 2013 erstmals selbst in den Bundestag gewählt. Seither ruht an der Freien Universität Berlin ihr Promotionsprojekt „Naturkatastrophen und humanitäre Hilfe im Völkerrecht“.

Baerbocks Lebenslauf ist durchaus typisch für eine Kohorte jüngerer Politprofis, die direkt von der Uni in die Parlamente stolpern, außerhalb des Politikbetriebes nie berufliche Erfahrungen gesammelt haben, aber dafür darauf trainiert sind, die Welt durch Referentenentwürfe zu betrachten. In diesem durchmüdeten Deutschland, in dem pausbäckige Frische oft höher gehandelt wird als abgeklärte Erfahrung, werden diese Jungen schnell zu Hoffnungsträgern.

Zögern beim Zugriff

Trotzdem haben Baerbock und der elf Jahre ältere Habeck nicht die Traute, ihr Schielen aufs Zentrum der Macht öffentlich einzugestehen. Beiden fehlt die juvenile Unbekümmertheit eines Sebastian Kurz, der die reflexartige Fähigkeit besitzt, sich im günstigen Moment das Fleisch vom Teller zu ziehen, wie das Merkel einmal ausgedrückt haben soll. Hauptstadt-Chronisten schildern Habeck als eher zögerlich, als Intellektuellen, der den Zweifel kultiviert. Baerbock gilt als machtbeflissener. Der „Spiegel“ überschrieb einen Beitrag über das Duo mit „Sie ist der Boss“. Und „Cicero“ stellt in einem Baerbock-Porträt fest, sie habe „ein Gespür dafür, wann es an der Zeit ist, mit Schwung eine dieser Türen aufzustoßen“.

Was treibt diese Frau eigentlich im Innersten an? In einer NDR-Talkshow mit Charlotte Roche 2018 erzählte die Parteichefin von einem Schreckenstraum, in dem sie in ein schwarzes Loch fallen würde. Sie erlebte sich ohnmächtig und hilflos: „Ich kann mich nicht bewegen, ich kann nicht schreien, ich bin im Prinzip verstummt und handlungsunfähig.“ Ob diese unbewusste Angst ihren Wunsch entfacht, sich als selbstwirksam zu erleben und die Welt zu gestalten? Offenbar schafft sie es, mit ihrer Betriebsamkeit bei Gleichgesinnten den Eindruck zu erwecken, sie sei sattelfest in Detailfragen. Die „taz“-Redakteurin Sabine von Orde behauptete bei „Markus Lanz“ vergangene Woche, Baerbock sei „deutlich faktensicherer“ als Habeck. Was beim Gastgeber Heiterkeit auslöste.

Dabei scheinen sich Baerbock und Habeck eher einen Wettbewerb darin zu liefern, sich um Kopf und Kragen zu reden. Legendär ist seine Bemerkung auf Twitter zur bayerischen Landtagswahl, wonach es „endlich (...) wieder Demokratie in Bayern“ geben solle. Zur Wahl in Thüringen forderte er in einem Online-Video: „Wir versuchen, alles zu machen, damit Thüringen ein offenes, freies, liberales, demokratisches Land wird, ein ökologisches Land.“ Im ARD-Interview wusste er nicht, dass die Pendlerpauschale auch für Bahnfahrer gilt. Und in einem Web-Interview ließ er sich vom Journalisten Tilo Jung auf peinliche Weise nötigen, die Freilassung von Julian Assange zu verlangen.

Baerbocks Lebenslauf ist durchaus typisch für eine Kohorte jüngerer Politprofis, die direkt von der Uni in die Parlamente stolpern, außerhalb des Politikbetriebes nie berufliche Erfahrungen gesammelt haben, aber dafür darauf trainiert sind, die Welt durch Referentenentwürfe zu betrachten

Peinliche Aussetzer

Ähnliche Aussetzer sind auch von Baerbock bekannt. In Berlin soll das geflügelte Wort kursieren, dass man bei peinlichen Versprechern „einen Baerbock schießt“. Einer besagte, dass jeder Deutsche neun Gigatonnen CO_2 pro Jahr emittieren würde, wie sie 2018 bei „Maybrit Illner“ behauptete. Dies sei zehn Mal mehr als ein Bangladeshi. Mit solchen Zahlen lässt sich wunderbar Stimmung machen. Tatsächlich emittiert ein Bangladeshi 0,47 Tonnen Kohlendioxid und ein Deutscher neun Tonnen. Strom will Baerbock in Netzen speichern – eine physikalische Unmöglichkeit. Und die seltene Erde Kobalt, die im Kongo von Kindersklaven abgebaut wird, nannte sie im ARD-Sommerinterview 2019 wiederholt Kobold – zum Gelächter des Publikums.

Die 136 Seiten starke Agenda der Grünen zur Bundestagswahl kündigt indes vollmundig einen Epochenwechsel an. „Jetzt ist es an der Zeit, dass Politik endlich über sich hinauswächst“, so Baerbock. Die Grünen wollen Deutschland umgestalten: Wahlrecht mit 16, kommunales Wahlrecht auch für Migranten, Asylverfahren sollen erleichtert und schwullesbische Queer-Politik in die Lehrpläne aufgenommen werden. Ein Bundesantidiskriminierungsgesetz soll mit einem Netz einschlägiger Beratungsstellen einhergehen, die flächendeckend das Land überziehen. Schon heute vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in alltäglichen Lebensbereichen angeblich struktureller Rassismus, Sexismus und Gleichstellungsvergehen aufgespürt werden.

Ob am Ende Baerbock oder Habeck die Kanzlerkandidatur übernimmt und womöglich sogar ins Kanzleramt zieht, ist ziemlich gleichgültig. Überfordert wirkt ein jeglicher auf seine Weise. Und als ob es die beiden schon ahnen würden, haben sie auf der vorletzten Seite ihres Programms notiert: „Wir können nicht versprechen, dass nach Corona jedes unserer Projekte noch finanzierbar ist.“

Denn wer auch immer auf Merkel als Regierungschef folgt – er wird einen gigantischen Schuldenberg wuchten und ein wirtschaftlich wie sozial schwer angeschlagenes Land wieder aufrichten müssen.

● **Holger Fuß** schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag).
www.m-vg.de

MELDUNGEN

Weniger Pflegekräfte

Berlin – Auf eine entsprechende Anfrage der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) mitgeteilt, dass die Zahl der Beschäftigten in der Pflege zwischen Anfang April und Ende Juli 2020 um 5124 in den Krankenhäusern und um 3885 im Bereich der Altenpflege zurückgegangen sei. Bei rund 1,8 Millionen Beschäftigten in der Pflegebranche bedeutet das einen Schwund von etwa 0,5 Prozent. Darüber, inwieweit der Rückgang während der Corona-Pandemie auf die in vielen Krankenhäusern verordnete Kurzarbeit oder Maßnahmen zum Stellenabbau zurückgeht, enthält die BA-Statistik keine Informationen. Die pflegepolitische Sprecherin der Linken im Parlament, Pia Zimmermann, erklärt den Schwund mit einer chronischen Überlastung der Pflegekräfte bei gleichzeitig schlechter Entlohnung. *W.K.*

Sputnik V bald aus Bayern?

Illertissen – R-Pharm, das Unternehmen des russischen Milliardärs Alexej Repik, verfügt über eine Produktionsanlage in Bayern, in der bald Sputnik V hergestellt werden könnte. Für die Produktion des russischen Impfstoffs auf deutschem Boden haben sich sowohl das bayrische Gesundheitsministerium als auch Ministerpräsident Markus Söder ausgesprochen. Repik hat gute Kontakte zum Kreml. Er gehört dem Wirtschaftsbeirat von Präsident Wladimir Putin an. Seit seiner Gründung im Jahr 2001 hat sich R-Pharm zu einem der wichtigsten Pharma-Unternehmen Russlands entwickelt. Der Konzern konnte seinen Umsatz auf eine Milliarde Euro steigern. Das deutsche Werk soll künftig eine wichtige Rolle innerhalb des Unternehmens spielen. Ob in Illertissen jedoch Sputnik V hergestellt werden kann, hängt nicht nur von der EU-Zulassung ab, sondern auch vom Ausbau der Produktionsstätte. Für die Herstellung des Vektorimpfstoffs sind spezielle Bioreaktoren notwendig, in deren Bau R-Pharm 30 Millionen Euro investieren will. *MRK*

Konkurrenz der Warn-Apps

Berlin – 60 von 375 Gesundheitsämtern nutzen die App „Luca“, mit der sich Gäste digital in Restaurants oder Cafés registrieren können. Bekannt wurde sie durch den Rapper „Smudo“ von den Fantastischen Vier. Die App erzeugt per QR-Code einen digitalen Fingerabdruck, hinter dem Nutzer anonym persönliche Daten wie Namen und Handynummer hinterlegen können. Mit dem QR-Code können Gäste sich im Restaurant anmelden. Zettel zur Kontaktverfolgung werden überflüssig. Die App könnte auch Perspektiven für den Tourismus oder Konzerte bieten. Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben bereits Lizenzen von Luca erworben. Nun soll auch die offizielle Corona-Warn-App des Bundes ein „Check-in-System“ erhalten. Kanzleramtschef Helge Braun warnte vor uneinheitlichen Systemen und solchen von Drittanbietern. Die Weiterentwicklung der offiziellen Warn-App soll allerdings erst „zeitnah“ nach Ostern erfolgen. *MRK*

CORONA-POLITIK

Die Stunde der Bürgermeister

Politiker wie Spahn, Palmer, Madsen und Schweinsburg wirken wie ein Plädoyer für den Föderalismus

VON HERMANN MÜLLER

Kritik am föderalen „Flickenteppich“ inklusive der Forderung nach mehr Kompetenzen für den Bund und Brüssel zählen in der COVID-19-Krise zu den immer wieder zu hörenden Meinungen. Bereits mehrfach hat CDU/CSU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus Vorstöße gemacht, für die Bekämpfung der Corona-Pandemie mehr Kompetenzen von den Bundesländern an den Bund zu übertragen.

Im vergangenen Herbst argumentierte der 52-Jährige, das föderale System sei vor sieben Jahrzehnten zurechtgeschnitten worden, inzwischen lebten die Menschen in einer anderen Welt. „Ein Landkreis ist kein Maßstab für die Lösung nationaler oder europäischer Katastrophen – ein Bundesland ist es auch nicht“, so der Unionspolitiker.

Im Februar legte der Bundespolitiker nochmals nach. Er behauptete, „wir brauchen eine Jahrhundertreform – vielleicht sogar eine Revolution“. Zu den Feldern, auf denen der Unionsfraktionschef Modernisierungsbedarf ausmachte, zählte abermals die Bund-Länder-Kooperation. Zur Untermauerung verwies Brinkhaus auf die Corona-Krise: „Es ist in Pandemiezeiten schwierig, dass der Bundesgesundheitsminister kaum Durchgriff auf die lokalen Gesundheitsämter besitzt.“

Brinkhaus will mehr Zentralismus

Gerade das von Brinkhaus angeführte Beispiel des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn kann allerdings auch als guter Grund interpretiert werden, die Bundespolitik nicht noch mächtiger zu machen. Speziell Spahn ist als Bundesminister während der Corona-Krise durch so eklatante Fehleinschätzungen aufgefallen, dass Deutschland eigentlich nur froh sein kann, dass sein Kompetenzbereich nicht noch größer war. Trotz der Lage in Wuhan behauptete Spahn noch Ende Januar 2020: „Die Gefahr durch das Coronavirus bleibt in Deutschland gering.“

Als sich das Virus dann hierzulande ausbreitete, legten Spahn und das Robert-Koch-Institut mit einer verwirrenden Kommunikation zur Wirkung von Schutzmasken nach. Schließlich versagten Bundesregierung und EU-Kommission auch noch beim Vorhaben einer „europäischen Lösung“ zur Impfmittelbeschaffung.

Im Kontrast dazu hat der als überkommenes Relikt gescholtene deutsche Föderalismus in der Corona-Krise erneut seine Vorzüge bewiesen. Erstaunlich oft haben nämlich Kommunalpolitiker frühzeitig Lösungen entwickelt, während die Bundespolitik noch ahnungslos im Dunkeln tappte.

Abschreckendes Beispiel Spahn

Wegen ihrer Corona-Strategie mittlerweile bundesweit bekannt sind Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) und Rostocks parteiloser Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen. In Tübingen hatte die Notärztin Lisa Federle bereits einen Plan zum Umgang mit COVID-19 entwickelt, als die Parole in Berlin noch „Entwarnung“ lautete. Der Bundespolitik weit voraus war die schwäbische Stadt auch bei der Entwicklung eines Konzepts zum Schutz für Senioren. Rostock hat wiederum früh Öffnungsstrategien erprobt. Fast vergessen ist die Vorreiterrolle Jenas. Schon am 6. April 2020 machte die thüringische Stadt das Tragen eines Mund-Nase-Schutzes im öffentlichen Raum zur Pflicht. Die Entscheidung wurde in anderen Teilen Deutschlands zunächst als übertrieben angesehen. Wissenschaftler der Universität Mainz bestätigten später aber, wie richtig die Stadt mit ihrer frühen Reaktion lag.

Aktuell ist es abermals Deutschlands Provinz, nicht die Bundeshauptstadt Berlin, die wichtige Impulse liefert. Bürgermeister des Erzgebirgskreises haben vor Kurzem in einem offenen Brief beispielsweise scharfe Kritik an der Corona-Politik der sächsischen Landesregierung geübt. In dem Schreiben weisen die Kommunalpolitiker auf eine mittlerweile bedenkliche Stimmung in der Bevölkerung hin. „Die Regelungen der Corona-Schutzverordnung sind zu komplex. Dadurch verlieren wir zunehmend den Rückhalt in der Bevölkerung“, so ein Bürgermeister des Erzgebirgskreises. Skeptisch sehen die Kommunalpolitiker auch das unflexible Festhalten an bestimmten Inzidenzwerten: „Wir haben im Erzgebirgskreis aktuell Kommunen, die eine Größe aufweisen, bei denen ein positiv getesteter Fall in sieben Tagen sofort zu einer Inzidenz von mehr als 100 führt.“

Auch in Niedersachsen wächst die Kritik von Bürgermeistern und Landräten am starren Festhalten an Inzidenz-Marken. Nach Auffassung der Landräte der Kreise Cloppenburg, Wesermarsch und Vechta haben nach den aktuellen Regelungen die Landkreise das Nachsehen, die aus Gründen des Infektionsschutzes viel testen.

Besonders deutlich wird das Problem im Fall des thüringischen Landkreises Greiz. Gemessen an den Inzidenzwerten ist der Kreis derzeit der Corona-Brennpunkt Deutschlands schlechthin. Landrätin Martina Schweinsburg wies allerdings darauf hin, dass es derzeit nur wenige Patienten auf der Intensivstation und reichlich Intensivbetten zur Reserve gebe. Aus Sicht der Christdemokratin ist der steile Anstieg der Inzidenz im Kreis „recht klar auf die Zunahme der Testkapazitäten zurückzuführen“. Der Landkreis testet viel mehr, als dies die Regeln des Robert-Koch-Instituts vorsehen. Dies treibt zwar die Zahl der positiven Testergebnisse in die Höhe. Aus Sicht der Landrätin bringt dies aber auch Klarheit, um beispielsweise die Impfstrategie effektiv anzupassen.

Zumindest derzeit scheinen weder Berlin noch die Landesregierungen für solche Denkanstöße offen zu sein: „Bund und Länder sind derzeit nicht bereit dazuzulernen, aber ich bin hartnäckig“, so die Landrätin.

In manchem Rathaus ist man den Bürgern näher als in den Raumschiffen Berlin und Brüssel: Der Dienstsitz des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer *Foto: Johan Bakker*

FREIE WÄHLER

Die „anständige Alternative“ will in den Bundestag

Der Einzug in den Landtag von Rheinland-Pfalz verleiht der Partei von Hubert Aiwanger Aufwind

Sie bezeichnen sich gerne als bürgerliche oder auch mal anständige Alternative zu den Altparteien, wollen aber dennoch so schnell wie möglich mitregieren. Nach ihrem Wahlsieg in Rheinland-Pfalz können die Freien Wähler vor Kraft kaum gehen. „Das ist eine ganz starke Leistung. Die Menschen sehen die Freien Wähler mehr und mehr als neue bodenständige, bürgerliche Partei in ganz Deutschland“, erklärte der Bundesvorsitzende und stellvertretende bayerische Ministerpräsident Hubert Aiwanger.

Die bundesweiten Ambitionen sind eng mit seiner Person verbunden. Nach mehreren Anläufen gelang der Partei 2008 erstmals der Einzug in den bayerischen Landtag, seit 2018 gehört sie der Landesregierung an. Mehrfach hatten die Freien Wähler darüber hinaus einen Wahlerfolg in anderen Ländern angestrebt, in Rheinland-Pfalz ist ihnen dies unter Führung des populären Spitzenkandidaten Joachim Streit gelungen. Kommunale Wählergruppen unter ihrem Namen gibt es fast überall im Bundesgebiet, doch diese unter einen Hut zu bringen, fällt Aiwanger seit Jahren schwer.

In Baden-Württemberg und dem Saarland zogen die lokalen Gliederungen gar vor Gericht, um gegen einen Wahlantritt auf Bundes- und Landesebene zu klagen. Manche Wunden sind bis heute nicht verheilt. Die bisherigen bundesweiten Erfolge sind denn auch überschaubar. Bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 reichte es jeweils nur für ein Prozent, bei der Europawahl waren es immerhin 2,2 Prozent.

Seine Zuversicht, dass im kommenden Herbst der große Wurf gelingt, speist Aiwanger aus den veränderten Rahmenbedingungen. In Rheinland-Pfalz präsentierte sich die Partei als moderate Kritikerin der Corona-Maßnahmen. Das Wahlmotto „Perspektive statt Lockdown“ könnte ziehen. Das Ziel sei ein bundesweiter Durchbruch der Freien Wähler, sagte Aiwanger – gerade in der Zeit, in der „große ehemalige Volksparteien“ mehr und mehr enttäuschten und mit Skandalen Schlagzeilen machten, ein klarer Seitenhieb auf die Union. „Wir wollen die neue liberal-konservative Kraft auch auf Bundesebene werden“, erklärte Aiwanger. „Bürgerliche Koalitionen müssen wieder möglich werden.“ Deutschland müsse wieder vernünftig regiert werden, anstatt immer mehr unter die ideologischen Räder zu kommen.

Der Bayer setzt auf die gestiegene Zustimmung auch bundesweit. In Sachsen, Baden-Württemberg und Hessen kam die Partei bei den letzten Landtagswahlen jeweils auf Ergebnisse von gut drei Prozent. In Brandenburg knackte ein Kooperationspartner gar die Sperrklausel und eroberte zudem ein Direktmandat. Sorgen bereitet aber der Blick auf die wahlentscheidenden Flächenstaaten. In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen reichte es zuletzt nur für 0,4 Prozent der Stimmen. „Das Problem werden wir lösen“, gibt sich Aiwanger optimistisch. *Peter Entinger*

HAUPTSTADT-PENDLER

Verkehrsdesaster allerorten

Blütenträume zur E-Mobilität treffen in und um Berlin auf eklatante Versäumnisse beim Bahnnetz

VON NORMAN HANERT

Schlechte Bahnanbindungen zwingen viele zum Autofahren: Stau auf Berlins Stadtautobahn A 100 *Foto: Imago/Joko*

Möglicherweise gibt es Autofahrer, die sogar mit Erleichterung zur Kenntnis nehmen, dass sich Andreas Scheuer nun auch um das Aus für den klassischen Verbrennungsmotor kümmert. Legt man andere Projekte des Bundesverkehrsministers als Maßstab an, etwa die gefloppte Pkw-Maut oder den Fehlstart bei der „Autobahn GmbH“, dann stehen die Chancen gut, dass Diesel- und Benzinfahrzeuge noch lange Zeit auf deutschen Straßen unterwegs sein werden, weil Scheuer es wieder vergeigt.

Geht es nach den Vorstellungen des CSU-Politikers, sollen ab 2035 nur noch Neuwagen mit Verbrennungsmotoren auf die Straßen kommen, die mit synthetischen Kraftstoffen angetrieben werden: „Der fossile Verbrenner, der mit Benzin oder Diesel angetrieben wird, muss ein Enddatum bekommen“, so der Minister.

Das Risiko eines neuerlichen Flops ist hoch: Selbst wenn man die Maßstäbe der Energiewende heranzieht, fallen die strombasierten Kraftstoffe durch exorbitante Kosten auf. Zudem ist der Gesamtwirkungsgrad beim E-Sprit bemerkenswert niedrig. In einer Darstellung des ADAC zu den synthetischen Kraftstoffen ist davon die Rede, dass von der im Prozess eingesetzten Energie am Ende nur zehn bis 15 Prozent übrig bleiben.

Verschärfend kommt hinzu, dass die synthetischen Kraftstoffe auch noch mit Hilfe von „klimaneutral“ erzeugtem Strom produziert werden sollen. Der niedrige Wirkungsgrad wird damit an eine besonders teure Art der Stromherstellung gekoppelt. So beziffert eine Studie im Auftrag des Verbands der Automobilindustrie aus dem Jahr 2018 die Produktionskosten für E-Sprit auf bis zu 4,50 Euro pro Liter Dieseläquivalent.

Wirtschaftsvertreter sind entsetzt

Dessen ungeachtet hat das Bundesverkehrsministerium im Januar ein Förderprogramm über rund 1,54 Milliarden Euro für solche Kraftstoffe angekündigt. Fließen soll das Geld bereits bis 2024. Das Bundesverkehrsministerium legt damit ein forsches Tempo vor. Geht es um „Klimapolitik“, ist solche Eile aber keine Selbstverständlichkeit: Die Grünen haben in ihr Programm für den Bundestagswahlkampf die Forderung aufgenommen, dass bereits ab 2030 in Deutschland nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden sollen.

Auf ihrem Parteitag am vergangenen Wochenende haben Berlins Grüne einen Plan für eine „klimaneutrale“ Hauptstadt beschlossen, der sogar vorsieht, die Innenstadt bis „spätestens 2030“ zur „Null-Emissions-Zone“ zu machen. Dazu passend verteidigte Bettina Jarasch, Kandidatin der Grünen für das Amt des Regierenden Bürgermeisters, ihren Anspruch, ins Rote Rathaus einzuziehen: „Klimaschutz muss endlich oberste Priorität fürs gesamte Regierungshandeln bekommen. Deshalb wollen wir die nächste Regierung anführen und aus dem Roten Rathaus die Weichen stellen für eine klimaneutrale, lebenswerte und soziale Zukunft.“

Bei Wirtschaftsvertretern sorgte Jarasch gleich noch für Entsetzen, als sie mit Blick auf die Berliner Stadtautobahn ganz konkret wurde: „Statt über den Weiterbau sollten wir anfangen, über den Rückbau der A 100 zu reden!“ Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg kommentierten die Äußerung als Zeichen, dass die Grünen-Spitzenkandidatin in Sachen Wirtschaftskompetenz noch viel Luft nach oben habe. Die Stadtautobahn A 100 im Westen Berlins ist die meistbefahrene Autobahn Deutschlands, so die Unternehmensverbände: „Viele Industrie- und Gewerbestandorte entlang der Trasse wären ohne einen Autobahn-Anschluss nahezu unattraktiv.“

Manche Strecke noch eingleisig

Drastische Folgen kann auch die Grünen-Forderung haben, die Innenstadt bis 2030 zur „Null-Emissions-Zone“ zu machen. Die Region Berlin-Brandenburg ist die Pendlerhochburg Deutschlands. Gemessen an der Einwohnerzahl arbeiten nirgendwo so viele Erwerbstätige in einem anderen Bundesland wie hier. Bund, Berlin und Brandenburg haben Investitionen in das Bahnnetz der Region allerdings lange Zeit auf Sparflamme betrieben. Jahrzehnte nach Mauerfall und Kriegsende bekommen die Pendler die Folgen der Knausrigkeit allerorten derart zu spüren, dass sie auf das Auto gar nicht verzichten können: Die Bahnstrecken Berlin–Stettin und Berlin–Cottbus–Görlitz sind nach Nachkriegsdemontagen beispielsweise auf Teilabschnitten noch immer eingleisig.

Zumindest auf der Strecke nach Stettin will die Bahn dieses Jahr die Modernisierungsarbeiten starten. Mit den Ausgleichszahlungen für den Ausstieg aus der Braunkohle ist endlich auch Geld für die Modernisierung der „Görlitzer Bahn“ vorhanden. Die Deutsche Bahn hat mit den Vorplanungen für Streckenmodernisierung bereits vor zehn Jahren begonnen.

Mit Glück könnte auf dem Abschnitt Lübbenau–Cottbus im Jahr 2025 wieder ein zweites Gleis liegen – achtzig Jahre nach der Demontage durch die Sowjets. Noch länger werden sich die Pendler gedulden müssen, welche die Ostbahn Berlin–Küstrin nutzen. Obwohl es sich um eine der zubringerstärksten Eisenbahnlinien im Umland Berlins handelt, haben Senat und Potsdamer Landesregierung die Strecke in Richtung Neumark nicht in ihr Infrastrukturprogramm „i2030“ aufgenommen.

KOLUMNE

Böse Kontrolle

VON THEO MAASS

Wer in Berlin mit S- oder U-Bahn unterwegs ist, gerät gelegentlich in eine Fahrkartenkontrolle. Die läuft dann so ab: Vier oder sechs „unauffällige“ Leute betreten den Wagen und kontrollieren auf der Fahrt zum nächsten Bahnhof die Fahrkarten aller Fahrgäste. Dabei kommt es gelegentlich zum Krawall, wenn Schwarzfahrer erwischt werden. Es mag sein, dass die Kontrolleure ruppig und unangemessen dabei auftreten.

Die Grünen-Abgeordnete June Tomiak fährt entweder nicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln oder sie ist „kreativ“ in ihren Parlamentsanfragen. Sie glaubt nämlich, Diskriminierung auch durch ethnische Zuschreibung aufgespürt zu haben. Eine bislang unbekannte Initiative „Black Womxn Matter Deutschland“ behauptet dies nämlich (die Gruppe schreibt sich wirklich so, also mit dem „x“). Die BVG bestreitet derartige Vorwürfe. Tomiak findet es „mehr als fragwürdig“, wenn „schlicht die Stellungnahme der Mitarbeiter*innen, um deren mutmaßliches Fehlverhalten es geht, übernommen wird“ – und die Verkehrsbetriebe das als „objektive Bewertung“ bezeichneten.

Mit anderen Worten: Wenn ein Schwarzfahrer behauptet, nur wegen seiner ethnischen Zugehörigkeit kontrolliert worden zu sein, muss dessen Aussage genauso viel wiegen wie die Aussage der Kontrolleure, bloß ihre Arbeit gemacht zu haben? Scheint wohl so, zumindest, wenn es sich beim Kontrollierten um das Mitglied einer ethnischen „Minderheit“ handelt.

„Black Womxn Matter“ fordert in einem detaillierten, vierseitigen Fragenkatalog, den Umgang mit Beschwerden wegen Diskriminierung zu dokumentieren. Zudem sollten die Kontrolleure Maßnahmen wie Schulungen in Bezug auf die Diversitätsstrategie und Antidiskriminierungs-Bemühungen unterzogen werden. Mein Vorschlag wäre ein anderer: einfach vor Antritt der Fahrt ein Billett lösen, vorzeigen und keine Probleme haben.

Tomiak setzt sich dem Verdacht aus, Wahlkampf auf Kosten der BVG zu machen.

BER

„Märchenprognose“ aus der Blackbox

Pleiteflughafen kommt nicht aus der Schuldenfalle – Massive Probleme auch ohne Pandemie

Der Plan einer neuerlichen Geldspritze von Bund, Berlin und Brandenburg für den Großflughafen BER hat eine wichtige Hürde genommen. Auf einer Gesellschafterversammlung am 19. März gaben die drei Eigentümer eine Patronatserklärung für die Flughafengesellschaft ab.

Vorbehaltlich der notwendigen Zustimmung der jeweiligen Parlamente wollen die drei Eigentümer damit weiter für den BER finanziell einstehen. Wie Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) mitteilte, ging es bei der Gesellschafterversammlung auch darum, Verbindlichkeiten des Unternehmens zu übernehmen. „Sobald der Jahresabschluss 2020 testiert und vom Aufsichtsrat beschlossen ist, wird unverzüglich das Teilentschuldungskonzept geprüft und darüber entschieden“, so Kollatz. Nach eigenen Angaben benötigt die Flughafengesellschaft bis 2025 rund 1,9 Milliarden Euro. Davon sollen 1,1 Milliarden Euro in die Rückzahlung von Krediten fließen. Brandenburgs Finanzministerin Katrin Lange (SPD) verwies im Sonderausschuss des Landtags darauf, dass die öffentliche Hand mittlerweile mehr als drei Milliarden Euro Bankkredite für den BER verbürgt habe. Vor diesem Hintergrund warnte die Ministerin: „Bei einer Insolvenz werden die Bürgschaften gezogen.“

Grüne werden zum Problem

Insgesamt hat die Flughafengesellschaft mittlerweile Schulden von rund 4,5 Milliarden Euro angehäuft. Allein für diesen Schuldenberg muss das Unternehmen jedes Jahr rund 200 Millionen Euro Zinsen zahlen. Zum Vergleich: Das Unternehmen wies für 2019 einen Umsatz von 416 Millionen Euro aus. Unterm Strich blieb als Ergebnis nach Steuern ein Minus von rund 93 Millionen Euro. 2018 hatte das Unternehmen bei 414 Millionen Umsatz ein Minus von 74 Millionen Euro eingefahren.

Die Zahlen aus den vergangenen Jahren zeigen, dass die Flughafengesellschaft schon vor der Pandemie in massiven Schwierigkeiten steckte. Der Einbruch des Luftverkehrs hat die Finanzlage nur akut werden lassen. Zum Problem bei der Mittelfreigabe könnten trotz Regierungsbeteiligung die Grünen in Berlin und Brandenburg werden. Deren Spitzenkandidatin für die Berliner Abgeordnetenhauswahl, Bettina Jarasch, sagte: „Eine parlamentarische Bewilligung weiterer Haushaltsmittel sehe ich derzeit nicht.“

Benjamin Raschke, Fraktionschef der Grünen im Potsdamer Landtag, bezeichnete die Flughafengesellschaft wiederum als eine „Blackbox“. „Das Unternehmen fordert Jahr für Jahr mehr Steuergeld, doch die Abgeordneten im Bund, Brandenburg und Berlin bekommen keinen wirklichen Einblick.“ Auch Sven-Christian Kindler, Haushaltspolitiker der Grünen-Fraktion im Bundestag, sagte, er traue den Zahlen der Flughafengesellschaft nicht. Das Ganze basiere auf „intransparenten und nicht nachvollziehbaren Märchenprognosen“, so der Grünen-Chefhaushälter gegenüber dem „Handelsblatt“. Auf eine weitere Hürde wies Daniel Wesener, parlamentarischer Geschäftsführer der Berliner Grünen-Fraktion hin. Er sagte mit Blick auf die geforderten Geldspritzen für die Flughafengesellschaft, es sei „mehr als zweifelhaft“, dass weitere Eigenkapitalzuführungen durch Bund, Berlin und Brandenburg noch EU-rechtskonform seien. *N.H.*

MELDUNG

Zoo entlässt Mitarbeiter

Berlin – Der Berliner Zoo will neun seiner 290 Mitarbeiter entlassen. Das Unternehmen hat 2020 durch die Corona-Maßnahmen Eintrittserlöse in zweistelliger Millionenhöhe verloren. Auch 2021 rechnet der Zoo mit Millionenverlusten: Es fehlt die Hälfte der Umsätze. Nach vorläufigen Schätzungen rechnen die Betreiber für 2020 mit einem Verlust von etwa zwölf Millionen Euro. Drei weitere Mitarbeiter konnten durch Versetzungen im Unternehmen noch gehalten werden. Zunächst hatte der Zoo versucht, mit Hilfe von Rücklagen und dem Zurückstellen von Investitionen über die Runden zu kommen. Der Umbau des Menschenaffenhauses und der Neubau eines Elefantenhauses liegen auf Eis. Der Tierpark im Ostteil der Stadt kam bisher besser durch die Krise, weil er – anders als der Zoo – weniger auf Touristen angewiesen ist. *F.B.*

MELDUNGEN

Konten: Kreml schlägt zurück

Moskau – Die Commerzbank hat dem russischen Auslandsfernsehsender RT (Russia Today) die Konten gekündigt. Andere deutsche Banken haben es abgelehnt, für den Sender neue Konten zu eröffnen. Russland hat nun reagiert. „Wir rufen Berlin mit vollem Ernst dazu auf, ein normales Funktionieren von RT zu gewährleisten“, so Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, „im anderen Fall sehen wir uns gezwungen, harte Gegenmaßnahmen für die in Russland arbeitenden deutschen Medien zu ergreifen.“ In Russland wird das Agieren der Commerzbank im Zusammenhang mit den Plänen von RT DE zum Aufbau eines vollwertigen Fernsehsenders in Deutschland gesehen. Obwohl die Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH der größte Einzelaktionär der Commerzbank ist, meinte Regierungssprecher Steffen Seibert zur Kontokündigung: „Mein Kommentar dazu ist: Kein Kommentar.“ Das sei nichts, was die Bundesregierung betreffe. *F.B.*

Chinesen sterben aus

Peking – In China ticke eine gigantische „Unterbevölkerungsbombe“, schrieb die „South China Morning Post“ kürzlich unter Verweis auf das Ministerium für öffentliche Sicherheit. Ihr zufolge ist die Zahl der Geburten im Reich der Mitte 2020 auf einen historischen Tiefststand von lediglich noch zehn Millionen gefallen. Das sind 15 Prozent weniger als 2019. Dabei resultiert dieser Einbruch nicht nur aus der Corona-Pandemie, denn der Trend zu weniger Nachwuchs zeigt sich schon mehrere Jahre, obwohl 2016 die bisherige Ein-Kind-Regelung aufgehoben wurde. Nun befürchten Demographen, dass die Zahl der Einwohner von derzeit 1,4 Milliarden bis zum Jahre 2100 auf 730 Millionen sinken könne. Das veranlasste die „New York Times“ zu der Frage: Was werde das wohl für Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben, wenn es immer weniger Menschen und damit Arbeitskräfte in China gebe? *W.K.*

Zensur in der Wissenschaft

Erlangen – Am Institut für Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg wird seit einigen Jahren der Academic Freedom Index (Afi) erhoben, welcher darüber Auskunft gibt, wie es um die Wissenschaftsfreiheit in der Welt bestellt sei. Für den aktuellen Afi befragten die Forscher 2000 Wissenschaftler aus 175 Staaten. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass die Einschränkungen in den Bereichen Institutionelle Autonomie und Campus-Integrität, Freiheit von Forschung, Lehre und Wissenschaftskommunikation sowie „kulturelle Ausdrucksfreiheit“ 2020 in erheblichem Maße zugenommen hätten. So zum Beispiel durch mehr digitale Überwachung oder auch Selbstzensur im Zuge der Corona-Pandemie. Allerdings gelte dies nicht für Länder wie Deutschland oder Österreich. Hier könnten sich die Wissenschaftler noch ganz ohne Probleme zu politischen Fragen äußern. *W.K.*

VEREINIGTE STAATEN

Nicht mehr voll auf der Höhe?

In den USA ist eine offene Debatte über eine mögliche Demenz-Erkrankung Joe Bidens entbrannt

VON LYDIA CONRAD

Während die Medien hierzulande fast unisono den Eindruck zu erwecken versuchen, der US-Präsident Joe Biden sei in blendender Verfassung, mehren sich anderswo die Stimmen, welche von fortschreitender Demenz sprechen. Tatsächlich werden ständig neue kognitive Ausfälle des angeblich mächtigsten Mannes der Welt publik. So hielt Biden am 26. Februar bei seiner Visite im Bundesstaat Texas eine vollkommen wirre Ansprache, die mit den Worten endete: „Äh, was mache ich hier eigentlich? Ich verliere den Faden.“

Er „bröckelt vor unseren Augen“

Bei anderer Gelegenheit entfielen ihm die Bezeichnung für das Pentagon und der Name des von ihm selbst erst kurz zuvor ernannten Verteidigungsministers Lloyd Austin. Bidens Begleiter bemühen sich daher nach Kräften, alle Situationen zu vermeiden, in denen der Präsident spontan Rede und Antwort stehen muss. Dies könnte auch die Erklärung dafür sein, dass Biden seit seinem Amtsantritt vor zwei Monaten noch keine einzige Pressekonferenz im Weißen Haus gegeben hat – ein absolutes Novum in der US-Geschichte der letzten hundert Jahre. Der neue Präsident schwieg sogar nach den von ihm angeordneten Luftangriffen in Syrien.

Daraufhin zeigte Grant Stinchfield vom Fernsehsender Newsmax einem Arzt 30 Stunden Videomaterial von Biden, um Näheres über den vermutlichen geistigen Zustand des Präsidenten zu erfahren. Die Diagnose des Mediziners lautete: Demenz im frühen bis mittleren Stadium. Das wiederum wurde jetzt von verschiedenen britischen Medien wie Sky News und dem „Daily Express“ aufgegriffen.

Am dezidiertesten geriet indes die Wortmeldung von Dominic Green, dem stellvertretenden Chefredakteur der US-Ausgabe des traditionsreichen britischen Wochenblattes „The Spectator“. Der schrieb am 12. März in „The Daily Telegraph“, einer der größten Tageszeitungen des Vereinigten Königreiches, unter der Überschrift „President Biden is crumbling before our eyes“ (Präsident Biden bröckelt vor unseren Augen): Die Inszenierung der Präsidentschaft des 78-Jährigen sei ein „theatre of cruelty“ (Theater der Grausamkeit). Mittlerweile könne doch jedermann sehen, dass Biden es nicht mehr schaffe, ein paar Zeilen von seinem Teleprompter abzulesen oder einige sinnvolle Worte frei zu sprechen.

Demokraten sind aufgeschreckt

Dieser tatsächlich kaum mehr zu bestreitende Umstand rüttelte nun auch knapp drei Dutzend demokratische US-Kongressabgeordnete um James Panetta und Ted Lieu aus Kalifornien auf. Die verfassten ein Schreiben an den Präsidenten, in dem sie monierten, dass er derzeit immer noch ganz allein über den Einsatz von Nuklearwaffen entscheiden könne. Dem folgten Vorschläge, wie sich die Verantwortung auf mehrere Schultern verteilen ließe. So zum Beispiel durch den Einbezug des Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs und des Verteidigungsministers oder auch des Kongresses.

Natürlich verschwiegen die Parlamentarier, weshalb sie ihren Vorstoß gerade jetzt und nicht schon zur Amtszeit des angeblich „unberechenbaren“ Donald Trump unternahmen. Aber zwischen den Zeilen ist deutlich zu lesen, wie wenig sie Biden noch zutrauen, in brisanten Situationen das Richtige zu tun.

Öffentliche Demütigung

Unabhängig davon, welcher Erfolg dieser bemerkenswerten Initiative einiger Vertreter der Demokraten beschieden sein wird, dürfte sich wohl letztlich die Prognose im Artikel von Green bewahrheiten: „Das Ganze kann nur auf eine Weise enden. Früher oder später wird Biden entblößt im Rampenlicht stehen. Und die Demokraten, welche einen ungeeigneten Kandidaten in das höchste Amt Amerikas beförderten, sowie auch die Medien, die ihn hochspielten, werden entlarvt, das amerikanische Volk betrogen zu haben. Das Vertrauen der Menschen in die demokratischen Institutionen wird weiter sinken. Und wir alle werden an Bidens öffentlicher Demütigung teilhaben.“

Abzuwarten wäre, ob daraus auch eine Demaskierung derer resultiert, die Biden und dessen Vizepräsidentin Kamala Harris im Weißen Haus platziert haben, um ihre politische Agenda durchzusetzen. Unterbleibt diese, dürfte der Wechsel von Biden zu Harris problemlos vonstattengehen.

Der jüngste Fehltritt des US-Präsidenten: Am 19. März kam Joe Biden auf einer Fluggasttreppe ins Stolpern *Foto: pa*

BREXIT-FOLGEN

Eingeimpfte Handelsinteressen

Die EU und Großbritannien zanken um einen Impfstoff – Ist das ein Vorgeschmack auf einen Handelskrieg?

Der Streit zwischen der EU-Kommission und dem Impfmittelhersteller AstraZeneca ist in eine weitere Eskalationsstufe eingetreten. Mitte März musste das britisch-schwedische Pharmaunternehmen einräumen, dass es bis zur Jahresmitte nur rund 100 Millionen Dosen seines COVID-19-Impfstoffs an die EU-Staaten liefern kann. Damit fällt die Liefermenge nochmals hinter die ohnehin schon deutlich nach unten korrigierten Lieferpläne zurück. Der Pharmakonzern wollte eigentlich bis zur Jahresmitte 220 Millionen Impfdosen an die EU-Länder ausliefern, ursprünglich waren sogar einmal 300 Millionen Dosen vorgesehen.

Ungeachtet dessen, dass AstraZeneca eine beschleunigte Lieferung ankündigte, drohte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dem Unternehmen: „Wir haben die Möglichkeit, einen geplanten Export zu verbieten. Das ist die Botschaft an AstraZeneca: Du erfüllst erst deinen Vertrag gegenüber Europa, bevor du beginnst, in andere Länder zu liefern.“

Einige Kommentatoren im englischsprachigen Raum sehen den Streit zwischen der EU-Kommission und AstraZeneca bereits als Teil eines aufflammenden Handelskrieges zwischen der EU und Großbritannien: Der US-Investmentberater Bill Blain äußerte bereits im Zusammenhang mit der vorübergehenden Aussetzung von Impfungen mit dem Vakzin von AstraZeneca in Frankreich, Deutschland und Italien die Vermutung, dass dieser Schritt weniger einen medizinischen Hintergrund hat denn einen politischen. Blain wies dabei auf die geopolitische Umorientierung Großbritanniens hin.

Geopolitische Umorientierung

Tatsächlich hat die Regierung unter Boris Johnson ein Strategiedokument mit dem Titel „Global Britain“ erarbeitet, das für die nächsten zehn Jahre eine starke Ausrichtung Großbritanniens auf Asien und den pazifischen Raum vorsieht.

Insgesamt muss die EU-Kommission mit der Neuorientierung zur Kenntnis nehmen, dass Großbritannien nach dem Brexit wieder stärker als eigener Machtfaktor in der Weltpolitik auftreten will. Sicherheitspolitisch wird sich die Insel weiterhin stark an die „Five Eyes“-Allianz mit den USA, Kanada, Australien und Neuseeland anlehnen. Das Kürzel „E3“ (für European three) kann wiederum als Symbol der neuen britischen Europapolitik gesehen werden. Statt der EU-Kommission in Brüssel werden die Regierungen Frankreichs und Deutschlands immer öfter direkte Ansprechpartner der britischen Regierung sein. *Norman Hanert*

Im Hamburger Stadtteil Billbrook: Heizkraftwerk Tiefstack *Foto: pa*

ENERGIEWENDE

Etikettenschwindel zur Rettung des Klimas

Umwandlung eines Kohle- in ein Holzkraftwerk stößt auf massive Kritik im ökologischen Lager

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Die Hamburger Umweltbehörde und die städtische Gesellschaft Wärme Hamburg GmbH prüfen die Möglichkeit, das Heizkraftwerk Tiefstack in Hamburg-Mitte von der Steinkohle- auf Holzverbrennung umzustellen. Das Projekt wurde angeregt von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ), einer Organisation der Entwicklungszusammenarbeit (EZ), die im Auftrag verschiedener deutscher Ministerien international tätig ist. Vergangenen Mai war eine entsprechende Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) bekannt geworden. Demnach sollen im Kraftwerk Tiefstack nach Abschaltung des letzten Kohlekraftwerks in Wedel ab 2025 Pellets aus sogenanntem Buschholz aus Namibia als Brennstoff eingesetzt werden.

Förderung durch die GIZ

Die Verbrennung von Savannenholz aus dem afrikanischen Land – überwiegend handelt es sich um Akazien – wird als eine zweckmäßige Lösung betrachtet, um im Zuge der Energiewende die Brennstoffe Gas und Kohle zu ersetzen. Hintergrund ist der Beschluss des Senats, den Kohlendioxidausstoß von Hamburgs Kraftwerken um 55 Prozent abzusenken. Da die Holzverbrennung zur Strom- und Wärmeerzeugung in der EU nach wie vor als klimaneutral behandelt wird, könnte die Rechnung für die Hamburger aufgehen.

In ihrer jüngsten Fortschreibung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie hat die EU-Kommission den Staaten vorgeschrieben, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung bis 2030 jährlich durchschnittlich um 1,3 Prozentpunkte zu steigern. Ein Holzkraftwerk erhält eine Vergütung gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), wenn der Betreiber nachweist, dass die Energie nachhaltig im Sinne der Richtlinie erzeugt wird und den sogenannten Treibhausgas-Minderungsmaßgaben entspricht. Beide Bedingungen glauben die Hamburger mit ihrem Projekt einer „Transkontinentalen Biomassepartnerschaft Namibia-Hamburg“ zu erfüllen.

EU befürwortet Holzverbrennung

In Namibia organisiert die dem Bundesentwicklungsministerium angegliederte GIZ bereits Trainings zur „nachhaltigen Buschernte“. Auf ihrer Internetseite erklärt die jüngst wegen einiger erfolgloser Projekte in Afrika kritisierte Organisation, Namibia habe ein wortwörtlich wachsendes Problem, da etwa die Hälfte des Landes „verbuscht“ sei. Es gebe zu wenig nutzbare Fläche, vor allem für Weideland. Somit fehle Futter für Nutztiere, und die Landwirtschaft sei bedroht. Die GIZ berate die namibische Regierung, wie sich Busch-Biomasse für Exportgeschäfte nutzen lasse, da das geerntete Buschholz nur zu einem Fünftel im Land selbst verwertet werden könne.

Das Land habe die Herausforderung als Chance erkannt und betrachte die Buschholz-„Abfälle“ als Wirtschaftsfaktor, wie es heißt. Damit entstünden neue Arbeitsplätze in Namibia.

Vorwürfe von Robin Wood

In Hamburg wird das Vorhaben weiterhin „ergebnisoffen untersucht“. Während der grüne Umweltsenator Jens Kerstan von einem für Hamburg und den afrikanischen Staat vorteilhaften Handel spricht, lehnt der Gutachter vom „Hamburger Energietisch“ Dietrich Rabenstein das Projekt entschieden ab. Er argumentiert, dass durch Holzverbrennung höhere Kohlendioxidemissionen als durch Kohle und Gas entstehen könnten. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) warnt vor verheerenden ökologischen Schäden, wenn die Holzernte in Namibia wie beabsichtigt jahre- oder jahrzehntelang betrieben würde. Einmal in Gang gesetzt, würden illegale Holzeinschläge ausufern, was sich an zahllosen Beispielen gezeigt habe.

Verbuschtes Savannenland mit herabgefallenen Ästen und umgestürzten Bäumen sei ein wichtiger Lebensraum für Insekten und wildlebende Tiere. Die Biotope seien umso wertvoller, je älter die Bäume seien. Die Umweltschützer von Robin Wood schalteten sich mit dem Vorwurf ein, es sollten offenbar „mal wieder Ressourcen des globalen Südens ausgebeutet werden, um den unersättlichen Rohstoffhunger von reichen Industrieländern im Norden zu stillen“.

Anfang des Jahres wandten sich erneut mehr als 500 Wissenschaftler mit einem Appell an die EU und die USA, aus Umwelt- und Klimaschutzgründen endlich auf die Verbrennung von Holz zur Energiegewinnung zu verzichten. In einem offenen Brief an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und US-Präsident Joe Biden fordern die Unterzeichner von den Regierungen, Subventionen und jegliche Anreize für die Verbrennung von Holz und Holzprodukten als vermeintlich umweltfreundliche Energieträger abzuschaffen.

Kritik vom BUND und vom WWF

Bundesweit und weltweit sind bereits viele Kraftwerke auf die Holzverbrennung umgestellt worden. In Deutschland wird ein Drittel der Holzernte verbrannt.

Brisanz hat der Appell aus deutscher Sicht, da zu den Unterzeichnern neben Forschern aus Harvard, Stanford und Oxford auch Wissenschaftler des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung und der Berliner Humboldt-Universität gehören. Die Unterzeichner monieren, dass die EU-Kommission in ihren Standards für Erneuerbare Energien neben der Verbrennung von schnell nachwachsender Biomasse wie Soja, Mais und Palmöl auch die Holzverbrennung als „klimaneutral“ deklariert. Es dauere aber Jahrzehnte, bis ein Baum nachwachse. „Diese Zeit haben wir nicht“, heißt es in dem Brief. Stattdessen sollte der Erhalt und die Instandsetzung von Wäldern ein Schlüsselinstrument sein, um Klimaneutralität zu erreichen.

Desgleichen äußerte sich die weltweit einflussreichste Naturschutzorganisation World Wildlife Fund For Nature (WWF) zum Festhalten der westlichen Länder an einer ihres Erachtens falschen Strategie im Rahmen der Energiewende. Die Klimakrise zu bekämpfen, ohne die EU-Biomasseregeln zu ändern, sei wie der Versuch, ein Boot mit einem Loch im Rumpf zu retten. Den Hamburger Politikern dürfte es daher schwerfallen, dem Image einer sogenannten klimafreundlichen Politik mit Hilfe dieses im Kreuzfeuer stehenden Projekts ein gutes Stück näherzukommen.

AUTOMOBILINDUSTRIE

VW attackiert Tesla

Wie Volkswagen bei der Produktion von E-Autos bis 2030 aufholen will

Gut fünf Jahre nach dem Dieselskandal haben vor allem Kleinanleger in den USA die Akten von Volkswagen als preiswerte Alternative zu Papieren von Tesla entdeckt. Die Nachfrage aus Übersee trieb die VW-Stammaktie im Laufe des März in der Spitze über 350 Euro und damit auf ein Zwölfjahreshoch.

Beflügelt wurden die Anlegerfantasien sehr stark durch den ersten „Power Day“ des deutschen Autoherstellers. Ähnlich Teslas „Battery Day“ hatte der Konzernchef Herbert Diess dabei seine Pläne für die E-Mobilität bis 2030 vorgestellt. Bis dahin will Volkswagen den Anteil reiner E-Autos an seinem Absatz in Europa auf mehr als sieben Zehntel steigern. In den USA und China peilt das Unternehmen einen E-Anteil von mehr als der Hälfte an.

Entscheidend ist dabei aus Sicht der Wolfsburger, die Kosten von Batterien deutlich zu senken, damit E-Autos für möglichst viele Menschen attraktiv und bezahlbar werden. Zusammen mit Partnern will Volkswagen dazu bis Ende des Jahrzehnts sechs Gigafabriken zur Batterieherstellung aufbauen. VW hat inzwischen signalisiert, dass die beiden ersten Batteriefabriken im schwedischen Skellefteå und in Salzgitter entstehen werden. Neben der geplanten Eigenfertigung von Batterien kalkuliert Volkswagen damit, durch eine Einheitszelle erhebliche Kostenvorteile zu erzielen. Diese soll ab 2023 eingeführt werden und in bis zu acht Zehnteln aller E-Fahrzeuge des Konzerns verbaut werden.

Besonders weitgehende Elektrifizierungspläne haben die Wolfsburger mit ihrer spanischen Konzerntochter Seat. Deren Nachwuchs-Marke Cupra soll zu einer reinen Elektromarke werden und von Spanien aus weltweit eine junge Käuferschicht ansprechen. Auch soll das etwa 20 Kilometer von Barcelona entfernte Produktionswerk in Martorell nach den Plänen von Volkswagen komplett auf den Bau von E-Autos umgestellt werden. Laut der Wirtschaftsseite „Business Insider“ hofft Volkswagen, von der EU Fördergelder für die Umrüstung des Werks in der Nähe von Barcelona zu erhalten.

Mittel aus dem EU-Programm „Next Generation“ hat Volkswagen offenbar auch bei einem Gemeinschaftsprojekt des spanischen Staates mit Seat und dem Energieunternehmen Iberdrola eingeplant. Ebenfalls im Großraum Barcelona wollen die Beteiligten ein Batteriewerk aufbauen. Dieses soll künftig die Energiespeicher für die E-Autos liefern, die VW im Seat-Werk Martorell produzieren will. Der VW-Konzern kann bei seinen Plänen für die E-Mobilität mit Unterstützung durch die spanische Politik rechnen. Bei einem gemeinsamen Besuch mit Regierungschef Pedro Sánchez sagte König Felipe VI. für ihn habe die Zukunft im Automobilbau den Namen Elektrizität. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Konkurrenz für Google

Mountain View (**Kalifornien**) – Die Marktmacht des US-amerikanischen Internet-Suchmaschinen-Anbieters Google ist schlichtweg überwältigend. In der Vergangenheit sind schon viele Versuche unternommen worden, eine echte Alternative zu Google zu schaffen, aber alle scheiterten. Nun treten erneut diverse neue Start-up-Unternehmen mit innovativen Geschäftsmodellen an, um den Datenriesen zu entthronen. Darunter FacilityLive in Italien, Mojeek und Xayn in Großbritannien, Ecosia in Deutschland und Neeva in den USA. Im letzteren Falle soll die Benutzung der Suchmaschine zehn US-Dollar pro Monat kosten. Dafür will der Firmengründer und ehemalige Google-Mitarbeiter Sridhar Ramaswamy einen perfekten Datenschutz und absoluten Verzicht auf Werbung garantieren. *W.K.*

„Allianz der Demokratien“

Brüssel – Die Vizepräsidentin der EU-Kommission Margrethe Vestager unterstützt den Vorschlag der neuen US-Regierung, eine Allianz der Demokratien im Technologiebereich zu formen. Im Interview mit dem „Handelsblatt“ sagte die dänische EU-Kommissarin: „Wir brauchen auf Spitzenebene die Keimzelle für eine Allianz der Demokratien, weil die Systemrivalität, in der wir uns befinden, sehr eng mit dem technologischen Wettrennen verknüpft ist.“ Vestager sagte, diese Systemrivalität gehe vor allem von China aus. Aus Sicht der EU-Kommissarin sei die chinesische Politik „viel ambitionierter und viel globaler ausgerichtet“ als früher. Als ein Schlüsselelement dieses Systemwettbewerbs sieht Vestager die digitalen Technologien, „weil sie zentral für das Funktionieren autoritärer Regime“ seien. Mit Blick auf die Regulierung großer Technologiekonzerne aus den USA wie Google, Amazon und Facebook hofft Vestager auf einen transatlantischen Konsens. *N.H.*

Insolvenzen gehen zurück

Berlin – Laut Angaben des Statistischen Bundesamts ist im Januar dieses Jahres die Zahl der Insolvenzen um 34 Prozent niedriger als im Januar 2020. Von Januar bis November 2020 wurden insgesamt 14.621 Unternehmensinsolvenzen beantragt, von denen 171.556 Arbeitnehmer betroffen waren. Die Behörde hat jedoch nicht erhoben, wie viele Insolvenzen auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sind. Auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion, ob dieser Rückgang eine Folge der Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung für Unternehmen sei, die aufgrund der Lockdown wirtschaftlich schwer getroffen wurden und unter Liquiditätsengpässen litten, und ob drohende Pleiten nicht verhindert wurden, sondern lediglich vertagt, behauptete die Bundesregierung, darüber keine Angaben machen zu können. Sie interpretiert die niedrige Zahl von Insolvenzverfahren als Erfolg der von ihr ergriffenen Maßnahmen. Allerdings rechnet sie mit einem deutlichen Anstieg der Firmeninsolvenzen im Laufe dieses Jahres. *MRK*

KOMMENTAR

Gegen die Mitte

HANS HECKEL

Selbst die Polizei, die Teilnehmerzahlen von Demonstrationen der Erfahrung zufolge eher unter- als übertreibt, schätzte 20.000 Demonstranten, die in Kassel gegen die Corona-Maßnahmen auf der Straße waren. Damit zählt die Kundgebung vom vergangenen Sonnabend zu den größten, die Deutschland seit Langem gesehen hat, neben anderen Corona-Demos im vergangenen Jahr. Viel mehr Menschen waren dort als auf den von Politik und Medien beklatschten Aufmärschen der „Zivilgesellschaft“, welche – mannigfach unterstützt von Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Medien und mit Steuergeld subventionierten „Nichtregierungsorganisationen“ – gelegentlich mehr Unterstützerverbände zählen als Demo-Teilnehmer.

Kein Wunder also, dass die Kundgebung ein beträchtliches Echo auslöste – allerdings eines, das erschaudern lässt. Die Reaktionen aus etablierter Politik und Medien auf die Kasseler Demonstration fielen fast einhellig krass ablehnend bis hysterisch aus. Während es im Polizeibericht hieß, die Demonstranten kämen „augenscheinlich überwiegend aus dem bürgerlichen Lager und zeigten insgesamt eher keine Tendenz zu gewalttätigen Aktionen“, polterten anerkannte Leitmedien um die Wette: In Kassel habe es „massive Ausschreitungen“ gegeben, die Lage sei „eskaliert“ und Demonstranten seien auf die Polizei „losgegangen“. Dabei sei es zu „massiven Ausschreitungen“ gekommen, angezettelt von einem „Randale-Mob“. Der krasse Gegensatz zur Einschätzung der Polizei sticht ins Auge. In deren Bericht steht, dass es bei allen Beteiligten zu „keinen ernsthaften Verletzungen gekommen“ sei, von denen die Ordnungshüter wüssten.

Perfides Argument

Ein medialer Kundgebungs-Verurteiler versuchte es mit Perfidie: Die Demonstranten hätten „ihren Egoismus zelebriert“ und ein „Superspreader-Event“ herbeigeführt. Damit hätten sie der Demokratie einen schlechten Dienst erwiesen, weil künftig mit Verweis auf Kassel „auch legitime Demonstrationen eher seltener genehmigt werden“.

Dabei ist längst bekannt, und der Aerosolforscher Gerhard Scheuch hat es unlängst wieder bestätigt: Das Ansteckungsrisiko ist unter freiem Himmel praktisch null, ein „Superspreader-Event“ hat es nicht gegeben. Die Unterstellung der Rücksichtslosigkeit ist daher schlicht infam.

Vor allem taten sich Vertreter von Grün-Rot-Dunkelrot in der Verdammung der Demonstranten hervor. Insbesondere kritisierten sie, dass die Polizei nicht viel härter gegen die demonstrierenden Bürger vorgegangen sei. Zudem werden die Beamten aufs Korn genommen, weil sie sogenannte Gegendemonstranten daran gehindert haben sollen, den Demonstrationszug zu blockieren.

Polizisten im Visier

So reden genau jene politischen Kreise, die angesichts linksextremer Gewaltexzesse sofort zur Stelle sind, um das Vorgehen der Polizei als „unangemessen“, „provokativ“ oder „eskalierend“ zu geißeln und über „ungerechtfertigte Polizeigewalt zu klagen. Den nahezu komplett friedlichen Zug normaler Bürger nicht auseinandergejagt zu haben aber wird den Ordnungshütern zum Vorwurf gemacht.

Die Absicht dahinter ist unverkennbar: Die Polizei soll nicht nach den Grundsätzen des Rechtsstaats und der Verhältnismäßigkeit handeln, sondern nach den Maßgaben linker Ideologen und ihrer Herrschaftsansprüche. Eine Polizistin, die einer Demonstrantin ein Herzzeichen zeigte, muss womöglich mit disziplinarischen Maßnahmen rechnen. Die Polizisten, welche sich auf Knien unlängst mit „Black Lives Matter“ solidarisierten, wohl kaum.

Hier zeigte eine Kaste aus Politik und Medien ihr Gesicht, deren Aggression auf die Mitte der Gesellschaft zielt, auf den deutschen Normalbürger. Dort, in der Bürgergesellschaft, hat diese „von oben“ betriebene Spaltung allerdings schon eine Antwort gefunden.

Bislang in ihrer großen Mehrheit stets penibel regeltreue Steuerbürger scherten sich in Kassel auf einmal einen Dreck darum, ob sie den Vorschriften zu Maskentragen und Beteiligungs-Obergrenzen genüge taten oder nicht. In Frankreich wäre das keine Überraschung, in Deutschland ist es das schon. Der Vertrauensverlust sowie Wut und Verzweiflung müssen groß sein, wenn brave Deutsche keine andere Wahl mehr sehen.

Enteignen statt selber bauen: Grünes Politikverständnis in der Hauptstadt *Foto: pa*

LEITARTIKEL

Von wegen bürgerlich

RENÉ NEHRING

In jüngsten Sonntagsfragen erscheint erstmals seit langer Zeit wieder eine linke Mehrheit möglich. Da diese angesichts der Kräfteverhältnisse von den Grünen geführt werden dürfte, ist es an der Zeit zu schauen, wofür diese Grünen derzeit stehen.

Seit Jahren wird ihnen gemeinhin das Etikett der Bürgerlichkeit angehängt. Das klingt nach Solidität und Verlässlichkeit. Schon zu Joschka Fischers Zeiten kokettierten die Grünen denn auch damit, dass die im Geist der APO entstandene Öko-Partei längst eine Nachfolgeorganisation der in trüber Vorzeit für Bürgerrechte kämpfenden Linksliberalen sei. Und in der CDU träumen einflussreiche Köpfe schon lange von einem Projekt, in dem sich das traditionelle Wirtschaftsbürgertum der Union und das Bildungsbürgertum der Grünen (das diese gern für sich reklamieren) verbinden, um gemeinsam die großen Fragen der Zeit zu lösen.

Wer sich jedoch von den gut inszenierten PR-Kulissen nicht blenden lässt, entdeckt eine Partei, die so ganz anders ist. War das liberale Bürgertum im 19. und 20. Jahrhundert auf allen Gebieten fortschrittlich gesinnt, sodass etwa das Kaiserreich nahezu überall in Wirtschaft und Wissenschaft führende Positionen einnahm, so stehen die Grünen von heute nahezu überall für Technik- und Fortschrittsfeindlichkeit: von der Gentechnologie über die Kernkraft und die Pharmazie bis hin zur Verteufelung des Automobils.

Alles andere als bürgerlich ist auch das grüne Verständnis von Eigentum. Erst vor Kurzem sorgte der Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Bundestag Anton Hofreiter für Aufregung, als er in einem Interview

> Alles andere als bürgerlich ist das grüne Verständnis von Eigentum

das Eigenheim – und damit die liebste Wohnform der Deutschen – anprangerte. Schon lange wollen weniger prominente Parteimitglieder das Eigenheim am liebsten ganz verbieten. Und erst am vergangenen Wochenende sprach sich der Berliner Landesverband auf einem Parteitag für die „Vergesellschaftung“ (sprich: Enteignung) großer Wohnungskonzerne aus. Auf den – durchaus bürgerlichen – Gedanken, dass man Wohnungsnöte auch durch den Bau neuen Wohnraums bekämpfen kann (zumal, wenn man wie die Hauptstadt-Grünen an der Macht ist), kommen die vermeintlich Bürgerlichen nicht.

Alles andere als bürgerlich sind die Grünen nicht zuletzt auf dem Gebiet der Identitätspolitik. Von der Solidarität für die gewaltbereite „Black Lives Matter“-Bewegung über die Umbenennung von Straßen und Plätzen bis hin zur Verhunzung unserer Muttersprache durch Gender-Sprech sind grüne Politiker an allen gesellschaftlichen Fronten führend dabei, wenn es darum geht, traditionelle Werte umzuwidmen oder ganz abzuräumen. Das jüngste Beispiel dafür bot erneut der Landesverband Berlin, dessen Spitzenkandidatin für die kommende Abgeordnetenhauswahl Bettina Jarasch in einer schwachen Minute sagte, sie habe als Kind davon geträumt, „Indianerhäuptling“ werden zu wollen – und sich prompt einen „Shitstorm“ dafür einfing, da sie mit ihrer Äußerung die indigenen Völker Nordamerikas diskriminiert habe (siehe auch das unten stehende Porträt).

Diese und weitere Beispiele weisen die Grünen vor allem als eine Partei der Bedenken und Verbote sowie der Ressentiments gegen das eigene Land und seine Menschen aus. Derlei Haltungen sind in einer Demokratie durchaus legitim – doch bürgerlich sind sie ganz gewiss nicht.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Grüne Häuptlingsfrau

Als Kind haben wir fast alle „Cowboy und Angehöriger der indigenen Völker Amerikas“ gespielt. Bitte was? „Cowboy und Indianer“ hieß das früher. Aber das „I-Wort“ darf man ebenso wie das „N-Wort“ (für Neger) nicht mehr sagen. Diese Erfahrung musste jetzt auch **Bettina Jarasch** machen. Die Spitzenkandidatin der Grünen für das Berliner Bürgermeisteramt hatte auf die harmlose Frage, was sie als Kind gerne geworden wäre, naiv geantwortet: Indianerhäuptling. Das brachte sogleich die Sprachpolizei auf den Plan, woraufhin die 52-jährige Politikerin öffentlich Abbitte leistete und von „unreflektierten Kindheitserinnerungen“ sprach.

Solche Selbstanklagen gab es früher in der DDR, wenn man gegen die sozialistischen Ideale verstieß und nach einem Reuebekenntnis die Gnade des Arbeiter- und Bauernstaates erfuhr. Jarasch aber stammt aus Augsburg, hat einen katholischen Hintergrund und hat das politisch korrekte grün-diverse Sprachverständnis in der Hauptstadt offenbar noch nicht verinnerlicht. Bis zum Herbst bleibt ihr noch Zeit dafür.

Im September wird parallel zu den Bundestagswahlen in Berlin der neue Regierende Bürgermeister gewählt – Entschuldigung: die Bürgermeisterin. Denn nachdem Michael Müller (SPD) nicht mehr antritt, läuft es auf Jarasch oder Franziska Giffey hinaus. Die SPD-Kandidatin und gegenwärtige Bundesfamilienministerin Giffey gilt nach der Plagiatsaffäre um ihre Doktorarbeit als angeschlagen. Daher stehen die Chancen für die dem Realo-Flügel nahestehende Jarasch gut, zumal die Grünen in den aktuellen Umfragen vor SPD und CDU liegen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

Grüne Rothaut: Bettina Jarasch

Überhaupt ist die Tochter eines Augsburger Papiergroßhändlers, die nach einem Philosophie- und Politikstudium an der Freien Universität in Berlin hängen blieb, wegen ihres kirchlichen Engagements eine untypische Grüne: Sie sitzt im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, engagiert sich in ihrer Kreuzberger Kirchengemeinde und schließt eine Koalition mit der CDU nicht aus. Nur eine weitere absurde Indianer-Affäre sollte sich Jarasch nicht leisten. Das kann viele grüne Wählerstimmen kosten. *Harald Tews*

Szenen einer Freundschaft

Kunst im Doppelpack – Stade öffnet seine Museen wieder mit pilgerwürdigen Ausstellungen

VON HELGA SCHNEHAGEN

FOTO: AXEL HARTMANN FOTOGRAFIE, KÖLN

Als wäre es von August Macke: Hans Thuars Gemälde „Große Giebelhäuser“ von 1938

Entdeckungen im Doppelpack bieten im niedersächsischen Stade die Ausstellungen „Ziemlich beste Freunde“ und „Wege in den Himmel“. Ganz im Sinne seiner Nischen-Philosophie spürt das Kunsthaus erstmals der einzigartigen Künstlerfreundschaft von Hans Thuar und August Macke nach. Einer Freundschaft, die zwischen den beiden Nachbarsjungen im Alter von zehn Jahren begann und unter den Nachkommen, verstärkt durch die Heirat von Thuars Tochter Gisela und Mackes Sohn Wolfgang, bis heute andauert.

Die Freundschaft zwischen den Jungen wurde früh auf eine harte Probe gestellt. Bei einem Straßenbahnunglück verlor Thuar mit zwölf Jahren beide Beine. Macke hielt ihm die Treue, besuchte ihn fast täglich am Krankenbett und heiterte ihn auf. „Ohne August wäre ich nicht am Leben geblieben“, gestand Thuar später.

Wege in die Moderne

Macke fiel 1914 mit 27 Jahren im Krieg. Thuar überlebte den Freund bis 1945. Eine von Yuka Masuko illustrierte Bildergeschichte auf Basis von Erinnerungen und Briefzitaten setzt nicht nur die Künstlerfreundschaft erstmals in Szene. Der wandhohe Comic führt auch das Leben von Hans Thuar über den Tod des Freundes hinaus schlaglichtartig vor Augen.

Beide befiel früh der Kunstbazillus. Gemeinsam reihten sie sich in die Schar der Maler ein auf dem über viele Stilvarianten führenden Weg in die Moderne. Heute zählen sie zu den Expressionisten. Schulter an Schulter entwickelten sie immer wieder neue Farben, Formen, Kompositionen. Dank der großzügigen Unterstützung privater Leihgeber und zahlreicher, teils unveröffentlichter Werke, Briefe und Dokumente aus dem Thuar-Macke-Nachlass verbinden sich in Stade Familien- und Kunstgeschichte in bisher nie gezeigter Weise.

Im Fokus steht die umfangreiche Retrospektive von Hans Thuar: der spannende Dialog mit kaum bekannten Werken Mackes und seine eigene Entfaltung. Dabei findet schließlich auch Thuar zu abstrahierten Formen und den leuchtenden Farben des Südens, obwohl er nie weiter als bis zum Tegernsee gekommen ist. Macke wurde weltberühmt. Thuar lohnt es, neu zu entdecken.

Wege in den Himmel

Wenige Schritte vom Kunsthaus entfernt sind im Schwedenspeicher erstmals auch 100 der 200 Pilgerzeichen ausgestellt, welche die Grabungen von 1989 und 2013 im alten Stader Hafen ans Licht gefördert haben. Es ist der größte Fundkomplex dieser Art in Deutschland. Die Durchsiebung des Bodenschlamms brachte über eine Million Objekte zutage. Ihre vollständige Auswertung dürfte zum Mammutprojekt werden.

Die „Wege in den Himmel“-Schau bildet – nach Lüneburg – in Stade den Auftakt zum zweiten Teil der Doppelausstellung über Pilgerspuren in Norddeutschland. „Zahlreiche Wallfahrtsorte“, so Julia Schubert, stellvertretende Museumsleiterin, „wurden in ihrer Bedeutung für den norddeutschen Raum und überregionalen Strahlkraft bislang als zu gering eingeschätzt. Auch konnte anhand der Funde ein bisher völlig unbekannter St.-Hulpe-Kult in der Pfarrkirche von Steinkirchen lokalisiert oder eine bislang unbekannte Wallfahrt zum Verdener Dom (Niedersachsen) entdeckt werden.“

Einige Pilgerzeichen waren bisher nur als Darstellung auf Glocken bekannt. Etwa ein St.-Hulpe-Zeichen, das jetzt Wittenförden bei Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) zuzuordnen ist, oder auch das Pilgerzeichen aus der Marienkapelle bei Tangermünde (Sachsen-Anhalt). Die Ausstellung präsentiert dazu die Erztaufe mit Pilgerzeichenabgüssen aus der Johanneskirche von Tostedt (Niedersachsen) und den Kelch aus St. Martini et Nicolai in Steinkirchen (Niedersachsen) mit einer Hulpe-Darstellung.

Die Erfolgsgeschichte eines Wallfahrtsorts sowie die ökonomische Bedeutung des Wallfahrtsbetriebs für das Kirchspiel offenbart ein Rechnungsbuch aus dem Kirchspiel Gettorf (Schleswig-Holstein). Als seltenes spätmittelalterliches Zeugnis wird es hier erstmals ausgestellt.

Ohne wundersame Rettung aus irdischen Notlagen und Ablässen als Ausgleich für jenseitige Fegefeuerstrafen funktionierte das Geschäft nicht. Norddeutsche Mirakelbücher haben sich jedoch nicht erhalten. Ersatz stellt das Mirakelbuch aus Thann (Elsass) dar, das im Zuge der Ausstellung digitalisiert wurde und erstmals online abrufbar ist. Die Hörstation vor Ort bietet drei Auszüge über Dankeswallfahrten norddeutscher Pilger.

Besiegelte Ablassbriefe für die Besucher der Marienkapelle in Buxtehude, des Michaelsklosters in Hildesheim oder der Marienkapelle in Wohlde, heute Ortsteil von Bergen, Landkreis Celle, ergänzen die wertvollen Dokumente. Darüber hinaus setzt die Ausstellung weitere Wallfahrtsorte eindrucksvoll in Szene. Eine Kunstwallfahrt nach Stade ist dank beider Ausstellungen daher sehr lohnenswert.

● **Ziemlich beste Freunde** bis 5. April im Kunsthaus Stade, Wasser West 7. **Wege in den Himmel** verlängert bis 16. Mai im Schwedenspeicher, Wasser West 39. Eintritt: je 8 Euro. Für den Besuch ist wegen der Corona-Verordnung eine Terminbuchung erforderlich unter Telefon (04141) 797730 oder: info@museen-stade.de.
In Neu-Ulm ist „Ziemlich beste Freunde“ vom 24. April bis 19. September im Edwin-Scharff-Museum zu sehen. Für den Besuch ist vorerst eine Anmeldung erforderlich unter esm-buchungen@post.neu-ulm.de oder Telefon (0731) 70502520. Weitere Infos unter: www.edwinscharffmuseum.de

GERHARD RICHTER

„Birkenau“ jetzt in Berlin

Der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist ein kleines Husarenstück geglückt. Sie erhält ein Konvolut von über 100 Werken von Gerhard Richter, dessen Kunstwerke weltweit die höchsten Auktionspreise eines lebenden Künstlers erzielen. Unter den Gemälden, die nach Berlin ziehen sollen, befindet sich auch der vierteilige „Birkenau“-Zyklus, den Richter als eines seiner Hauptwerke bezeichnet und an dem sogar das New Yorker Metropolitan Museum interessiert war. Richter ließ sie nicht verkaufen, denn er will, dass der aus vier großformatigen, abstrakten Bildern bestehende Zyklus aus dem Jahr 2014, auf denen er schwarzweiße Originalfotos vom KZ mit farbigen Schlieren nahezu unkenntlich gemacht hat, in Deutschland verbleibt.

Für die Richter-Werke soll im neuen „Museum des 20. Jahrhunderts“ am Kulturforum ein eigener Raum im Obergeschoss eingerichtet werden. Bis zur für 2026 vorgesehenen Fertigstellung des noch im Bau befindlichen Hauses sollen die Bilder von 2023 an in der benachbarten Neuen Nationalgalerie ausgestellt werden. Der „Birkenau“-Zyklus ist bereits jetzt bis zum 3. Oktober in der Alten Nationalgalerie auf der Museumsinsel unter dem Titel „Reflexionen über Malerei“ zu sehen.

Der Zyklus basiert auf vier Fotografien, die 1944 von einem Häftling in Auschwitz-Birkenau heimlich aufgenommen wurden. Richter malte die Fotografien auf vier Leinwände. Als das nicht funktionierte, begann er, sie dann nach und nach zu übermalen. Die dabei entstandenen abstrakten Bilder bewegen sich damit in einem Zwischenraum von Zeigen und Nicht-Zeigen, von Dokumentieren und Erinnern. Eintrittskarten können ausschließlich online unter www.smb.museum/tickets gebucht werden. *tws*

LITERATUR

Der arme Heinrich

Pleiten, Pech und Pannen im Leben von Heinrich Mann – „Untertan“-Autor wurde vor 150 Jahren geboren

Heinrich Mann könnte man als eine tragische Gestalt der deutschen Literatur bezeichnen. Er hat viel vollbracht, aber wenig erreicht. Sein Pech war, dass andere ihm die Schau gestohlen haben. Sein jüngerer Bruder Thomas etwa, der Heinrich als Schriftsteller nacheiferte und der ihn mit Büchern wie den „Buddenbrooks“ sowie dem Literaturnobelpreis von 1929 weit in den Schatten stellen sollte. Oder Marlene Dietrich, deren Stern in dem Film „Der blaue Engel“ kometenhafte aufging. Dass Heinrich Mann mit dem Roman „Professor Unrat“ dafür überhaupt erst die literarische Grundlage schuf, verkommt dabei zur Randnotiz.

Ähnlich erging es seinem erfolgreichsten Werk „Der Untertan“. Die tragikomische Szene, als der kaisertreue Held Diederich Heßling bei der Einweihung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmals eine ewig lange Rede hält, bei der ihm wegen eines plötzlich einsetzenden Gewitterschauers die Zuhörer in Scharen davonrennen, ist vielen noch in bester Erinnerung. Aber weniger nach der Lektüre des Buches selbst als nach dem Betrachten der DEFA-Verfilmung von Wolfgang Staudte aus dem Jahr 1951.

Auch privat war Heinrich Mann wie vom Pech verfolgt. Der am 27. März 1871 in eine angesehene Lübecker Kaufmannsfamilie hineingeborene Sohn stand kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges wegen politischer Differenzen mit seinem Bruder Thomas auf solch großem Kriegsfuß, dass sie den Zwist sogar literarisch ausfochten. In seinem „Zola“-Essay von 1915 attackierte Heinrich indirekt die konservative Haltung seines Bruders, die direkt in den Krieg führe. Thomas unterbrach daraufhin die Arbeit an seinem Roman „Der Zauberberg“, um in dem Groß-Essay „Betrachtungen eines Unpolitischen“ den „Zivilisationsliteraten“ zu schmähen, mit dem Heinrich und sein weltfremder Pazifismus gemeint waren.

Spätestens nach 1933 kapitulierte der Träumer Heinrich Mann vor der realistischeren Weltsicht seines Bruders. Er folgte ihm sogar ins Exil nach Kalifornien. Während sich Thomas dort als gefragter Autor bald heimisch fühlte und sich mit seinen propagandistischen Radioansprachen „Deutsche Hörer!“ finanziell absicherte, blieb Heinrich für die US-Amerikaner ein „Nobody“. Sein Bruder, mit dem er sich inzwischen versöhnt hatte, musste ihn praktisch durchfüttern. 1944 nahm sich auch noch seine alkoholkranke zweite Frau das Leben. Als 1949 die neugegründete DDR ihm das Präsidentenamt der Deutschen Akademie der Künste antrug, hielt er das für einen Ritterschlag. Obwohl mehr sozialdemokratisch als sozialistisch angehaucht, nahm er den Teufelspakt an, doch dann starb er 1950 kurz vor seiner Rückkehr nach Deutschland.

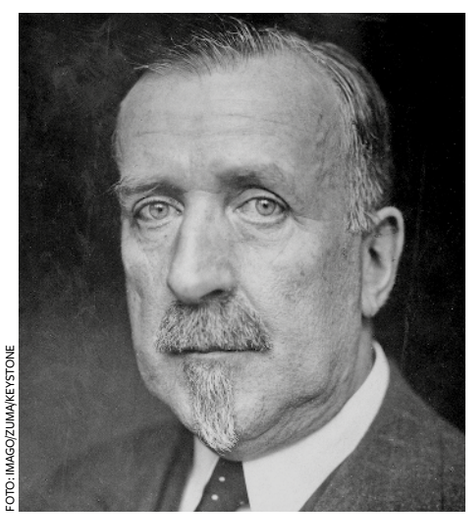


FOTO: IMAGO/ZUMA/KEYSTONE

Heinrich Mann im Jahr 1930

Wegen der „Buddenbrooks“ Thomas Manns wird man sich auch an Heinrich Mann noch lange erinnern. Denn das Lübecker Buddenbrookhaus im Zentrum der Stadt ist schon seit 1993 als museales „Heinrich-und-Thomas-Mann-Zentrum“ zugänglich. So ist aus Anlass des 150. Geburtstags von Heinrich Mann noch bis zum 27. März eine Festwoche mit diversen Veranstaltungen geplant. Direkt an Heinrich Manns Geburtstag sollen 150 Bücher von und über ihn im Museumsladen an Literaturfreunde verschenkt werden sowie die Heinrich-Mann-Preise 2020 und 2021 an Eva Horn und Kathrin Passig verliehen werden. Ein neuerlicher Lockdown könnte all die schönen Pläne wieder zunichtemachen. Jetzt scheitert Heinrich Mann möglicherweise noch posthum – an einem Virus. *Harald Tews*

● **Digitales Jubiläum** www.heinrich150.de

● MELDUNGEN

Orient-Vision

Potsdam – Mit Wiedereröffnung des Barberini-Museums läuft dort bis 27. Juni die vom vergangenen Sommer verschobene Ausstellung „Rembrandts Orient – Westöstliche Begegnung in der niederländischen Kunst des 17. Jahrhunderts“. Da die Besucherzahl stark begrenzt werden muss, lässt das Museum nur alle 15 Minuten Besucher herein, die vorab online unter „shop.museum-barberini.de“ Zeitfensterkarten gebucht haben. *tws*

Ab ins Archiv

Berlin – Monatelang waren Forschungssäle in Bibliotheken und Archiven geschlossen. Seit dem 22. März können Forscher ihre Arbeit im Berliner Geheimen Staatsarchiv wieder aufnehmen. Zeitgleich öffnete dort anlässlich der Gründung des deutschen Kaiserreichs vor 150 Jahren die Ausstellung „Ik denke der Affe laust mir“. Der Besuch ist nur nach telefonischer Anmeldung unter (030) 266441301 möglich. *tws*

ROYAL ALBERT HALL

Es verschlug Queen Victoria die Sprache

Für viele auch außerhalb Großbritanniens gehört die Last Night of the Proms zu den musikalischen Höhepunkten des Jahres. Seit der Zerstörung der Queen's Hall 1941 als Folge eines Luftangriffs ist die Royal Albert Hall of Arts and Sciences der Veranstaltungsort. Außer den Proms finden in der 7000 Sitze und 2500 Stehplätze bietenden Veranstaltungshalle noch diverse andere Großveranstaltungen statt. Der Reigen reicht von Symphoniekonzerten über den Auftritt von Pop-Gruppen bis hin zu Boxkämpfen. Analog zur Last Night of the Proms finden dort jedes Jahr die traditionelle Abschlussfeier des Imperial College London und das Festival of Remembrance der Royal British Legion statt.

Die Benennung nach dem Ehemann Königin Victorias, Prinz Albert von Sachsen-Coburg und Gotha, hatte

Vor 150 Jahren eingeweiht: Royal Albert Hall *Foto: Tony Hisgett*

ihren guten Grund. Auf Anregung des Deutschen fand 1851 im Londoner Hyde Park die erste Weltausstellung statt. Hierfür wurde eigens der spektakuläre Kristallpalast errichtet, ein 600 Meter langes Gebäude aus Glas und Eisen, das heute leider nicht mehr existiert.

Der Erfolg der Ausstellung ermutigte Albert, unter Verwendung der dabei erzielten Einnahmen die Errichtung von „Albertopolis" in Angriff zu nehmen. „Albertopolis" ist der Spitzname für ein Kulturforum in South Kensington mit diversen Kultur- und Bildungsstätten im Dienste der Allgemeinheit. Dazu zählen das Imperial College London, das Natural History Museum, das Royal College of Art, das Royal College of Music, die Royal Geographical Society, das Science Museum, das Victoria and Albert Museum und eben auch die Royal Albert Hall.

Die Realisierung seiner Idee erlebte Albert nicht mehr mit. Erst 42 Jahre alt, starb er 1861 an Typhus, Magenkrebs oder Morbus Crohn. Zur Erinnerung an den Mann, den Victoria so liebte und dem ihr Volk so viel zu verdanken hat, entstand ein Ensemble aus einem Denkmal, dem Albert Memorial, und einer Veranstaltungshalle, der Royal Albert Hall. Entworfen wurde die Halle von Offizieren der Royal Engineers, dem Hauptmann Francis Fowke und dem Generalmajor Henry Young Darracott Scott. Die Bauausführung übernahm das Unternehmen Lucas Brothers.

Es wurde nicht gekleckert, sondern geklotzt. Der 1852 in Paris durch Napoleon III. eingeweihte Cirque Napoléon, der heutige Cirque d'Hiver, sollte übertroffen werden. Die eingebaute Orgel war die größte der Welt. Alles fiel derart überwältigend aus, dass es Victoria bei der Eröffnungsfeier am 29. März 1871 die Sprache verschlug. So sprang ihr Sohn Edward, der Prince of Wales, für sie ein und füllte die Lücke mit den Worten: „The Queen declares this Hall is now open." *Manuel Ruoff*

125 JAHRE OLYMPISCHE SPIELE

Ein Jubilar mit Vergangenheit – aber auch mit Zukunft?

Am 6. April 1896 eröffnete der griechische König Georg I. die ersten Olympischen Sommerspiele der Neuzeit in Athen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Ursprünge der Olympischen Spiele liegen im Dunkel der Geschichte vor Einführung der griechischen Alphabetschrift, und die erste Siegerliste, welche die Zeitläufte überdauert hat, stammt aus dem Jahre 776 v. Chr. Nach dem Ende der Antike schien die olympische Idee zunächst tot zu sein, lebte schließlich aber im Zuge des Aufstands der Griechen gegen die osmanischen Besatzer ab 1821 wieder auf. Den letzten Anstoß zu den Olympischen Spielen der Neuzeit gab der französische Sportenthusiast Pierre de Frédy, Baron de Coubertin. Auf dessen Initiative hin fanden ab dem 6. April 1896 erstmals seit über fünfzig Generationen Olympische Spiele statt. Austragungsort war Athen.

Bereits damals ging es nicht nur um eine romantische Neuauflage antiken Brauchtums und die Durchführung friedlicher Wettkämpfe mit Teilnehmern aus den verschiedensten Nationen. So hielt de Coubertin es seinerzeit für dringend notwendig, die französische Nation für den Sport zu begeistern, weil er der Ansicht war, dass seine Landsleute den Krieg gegen Deutschland 1870/71 vor allem aufgrund mangelnder körperlicher Ertüchtigung verloren hätten.

Noch so manches andere olympische Ideal blieb während der Neuzeit auf der Strecke, beispielsweise das der Chancengleichheit oder das der gesundheitlichen Stärkung durch Sport. Unzählige Athleten griffen und greifen auf verbotene leistungssteigernde Substanzen mit oft gefährlichen gesundheitlichen Nebenwirkungen zurück, ohne dass das 1894 gegründete Internationale Olympische Komitee (IOC) diesen Betrug jemals wirksam unterbunden hätte.

Und das wird wohl auch in Zukunft so bleiben. Verantwortlich hierfür sind undurchsichtige Zuständigkeiten, divergierende Rechtsauffassungen, immer raffiniertere Methoden zur Tarnung des Dopingeinsatzes sowie die blinde Orientierung am Prinzip „Schneller, höher, weiter!"

Antike Ideale

Ein anderes großes Problem ist die mangelnde Chancengleichheit zwischen Profi- und Amateursportlern. Erstere blieben zunächst von den Wettkämpfen ausgeschlossen. Allerdings gilt diese Regel mittlerweile nicht mehr. Grund für ihre Außerkraftsetzung waren die zunehmend häufiger bei Olympia auftretenden Scheinamateure, die von ihren Regierungen alimentiert wurden. Mittlerweile entscheidet vor allem das Engagement privater oder staatlicher Geldgeber, wer am Ende auf dem Siegertreppchen steht. Und auch hier ist kein Ende der Entwicklung in Sicht.

> „Wir schwören, dass wir an den Olympischen Spielen als ehrenwerte Kämpfer teilnehmen, die Regeln der Spiele achten und uns bemühen werden, ritterliche Gesinnung zu zeigen, zur Ehre unseres Vaterlandes und zum Ruhme des Sports"
>
> **Olympischer Eid**
> Fassung bis 1964

Außerdem litt die olympische Idee unter der Politisierung der Spiele. Diktaturen nutzten Olympische Spiele im eigenen Lande zu Propagandazwecken, sportliche Höchstleistungen sollten die Überlegenheit des eigenen Systems demonstrieren und Terroristen verübten Anschläge. Dazu kamen ständig neue Boykotte von Spielen oder Startverbote für Sportler aus angeblichen „Schurkenstaaten". Das alles wird wohl auch künftig für Zwietracht sorgen.

Und dann wäre da noch das IOC, das zwar nicht für die Kosten der Spiele aufkommt, aber immer stärker finanziell von diesen profitiert. Beispielsweise durch die Vermarktung der olympischen Symbole oder die Beteiligung an den Einnahmen durch Sponsoring und Übertragungsrechte. Manche der Mitglieder des IOC erwiesen sich als bestechlich. Im Rahmen der Vergabe der Olympischen Spiele kassierten sie Geld für ihr Votum zugunsten bestimmter Städte.

Dass es in Zukunft um die Ehrlichkeit der mehr als einhundert Mitglieder des IOC wesentlich besser bestellt sein wird, ist nicht zu erwarten. Immerhin kommen viele aus Staaten, die nicht gerade an der Spitze des Antikorruptionsindexes stehen.

Die Olympischen Spiele müssen sich zwingend verändern, sollen sie nicht über kurz oder lang als Auslaufmodell enden. Dieses gilt nicht zuletzt in Zeiten von Corona und der ihr möglicherweise noch folgenden globalen Seuchen.

Neuzeitliche Wirklichkeit

Letztere erfordern zunehmend aufwändigere Vorsichtsmaßnahmen. So stiegen die Ausgaben für die bevorstehenden Olympischen Spiele in Tokio allein schon wegen der Corona-bedingten Hygienekonzepte um über zwei Milliarden Euro. So verwundert es nicht, dass acht von zehn Japanern sich gegen die Spiele in ihrer Hauptstadt aussprechen.

Die Kostenfrage wird ganz maßgeblich über die Zukunft der Olympischen Spiele entscheiden. Laut der Agenda 2020 des IOC, das seit 2013 von dem deutschen Fecht-Olympiasieger Thomas Bach geleitet wird, sind vor allem in den Bereichen Bau- und Personalkosten sowie Transport und Technologie Einsparungen nötig, um das Ganze nicht alsbald unerschwinglich zu machen.

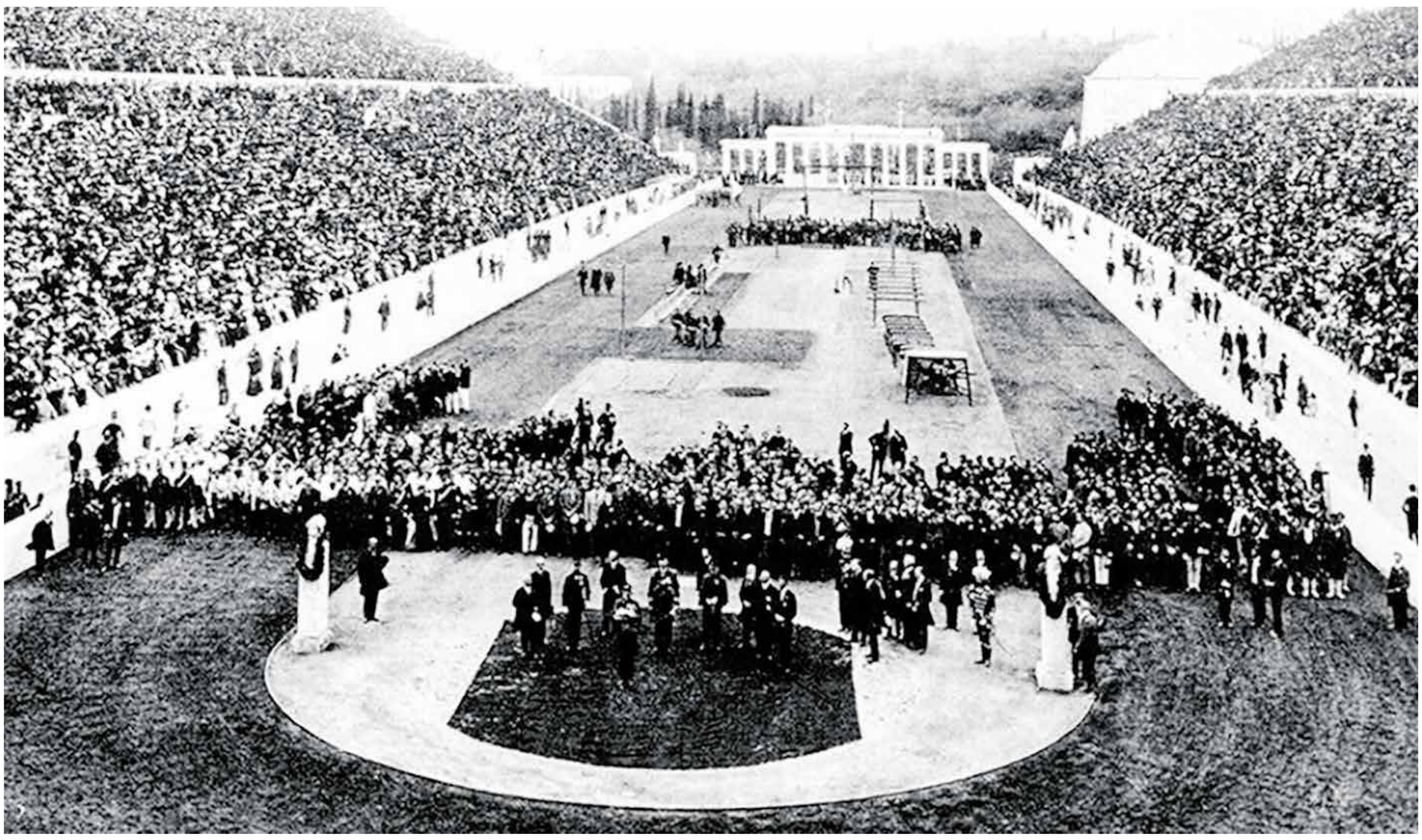
Der Moment scheint nicht fern, ab dem sich nur noch einige wenige reiche Industrienationen die Ausrichtung Olympischer Spiele leisten können. Dass die es sich immer seltener leisten wollen, ist ein weiteres Problem, sofern sie denn ein demokratisches System haben, in dem Volkes Wille entscheidend ist und nicht die Prestigesucht der politischen Führung.

Gerne werden seitens von Politik und Sportfunktionären hohe Staatsausgaben für die Ausrichtung Olympischer Spiele mit der angeblichen Förderung der Infrastruktur der gastgebenden Städte gerechtfertigt. Zahlreiche für Olympische Spiele errichtete große Sportstätten, für die sich nach den Spielen keine sinnvolle Verwendung fand und die dann verfielen oder zurückgebaut wurden, sprechen eine andere Sprache.

Als Beispiele, wie ruinös Olympische Spiele zu sein vermögen, seien die Sommerspiele von Montreal und Athen genannt. Die kanadische Millionenstadt saß nach dem Ende der Spiele von 1976 auf einem gigantischen Schuldenberg von 1,6 Milliarden kanadischen Dollar und benötigte drei Jahrzehnte, um diesen abzutragen. Und die Spiele in Athen 2004 waren nach Ansicht vieler Wirtschaftswissenschaftler maßgeblich mit dafür verantwortlich, dass Griechenland sich über alle Maßen verschuldete und dadurch 2010 in eine Wirtschafts- und Finanzkrise stürzte.

Eine mögliche Lösung angesichts der wachsenden Lustlosigkeit der Steuerzahler weltweit, für die Kosten Olympischer Spiele aufzukommen, wäre, die Spiele der Zukunft dezentraler und bescheidener ausfallen zu lassen. So könnten die Olympioniken an verschiedenen Plätzen der Welt parallel an den Start gehen.

Eine Schonung des Steuerzahlers könnte auch in einer umfassenden Privatisierung und Kommerzialisierung der Spiele bestehen in Richtung der Spiele 1996 in Atlanta, dem Sitz der Coca-Cola-Zentrale. Ob von zahlungskräftigen Unternehmen wie Coca-Cola veranstaltete Wettkämpfe dem olympischen Ethos entsprechen, ist eine andere Frage.



Vor 125 Jahren im Athener Panathinaiko-Stadion: Eröffnungsfeier der ersten Olympischen Spiele der Neuzeit *Foto: Wikimedia*

HOHENZOLLERN

Auf 14 Kinder brachten es der Soldatenkönig und seine Frau

Nachdem Anna Eunike Röhrig die Geschwister des Alten Fritz bereits in ihrem neuen Buch „Der Clan Friedrichs des Großen“ vorgestellt hat, tut sie es nun auch in der *PAZ*

VON ANNA EUNIKE RÖHRIG

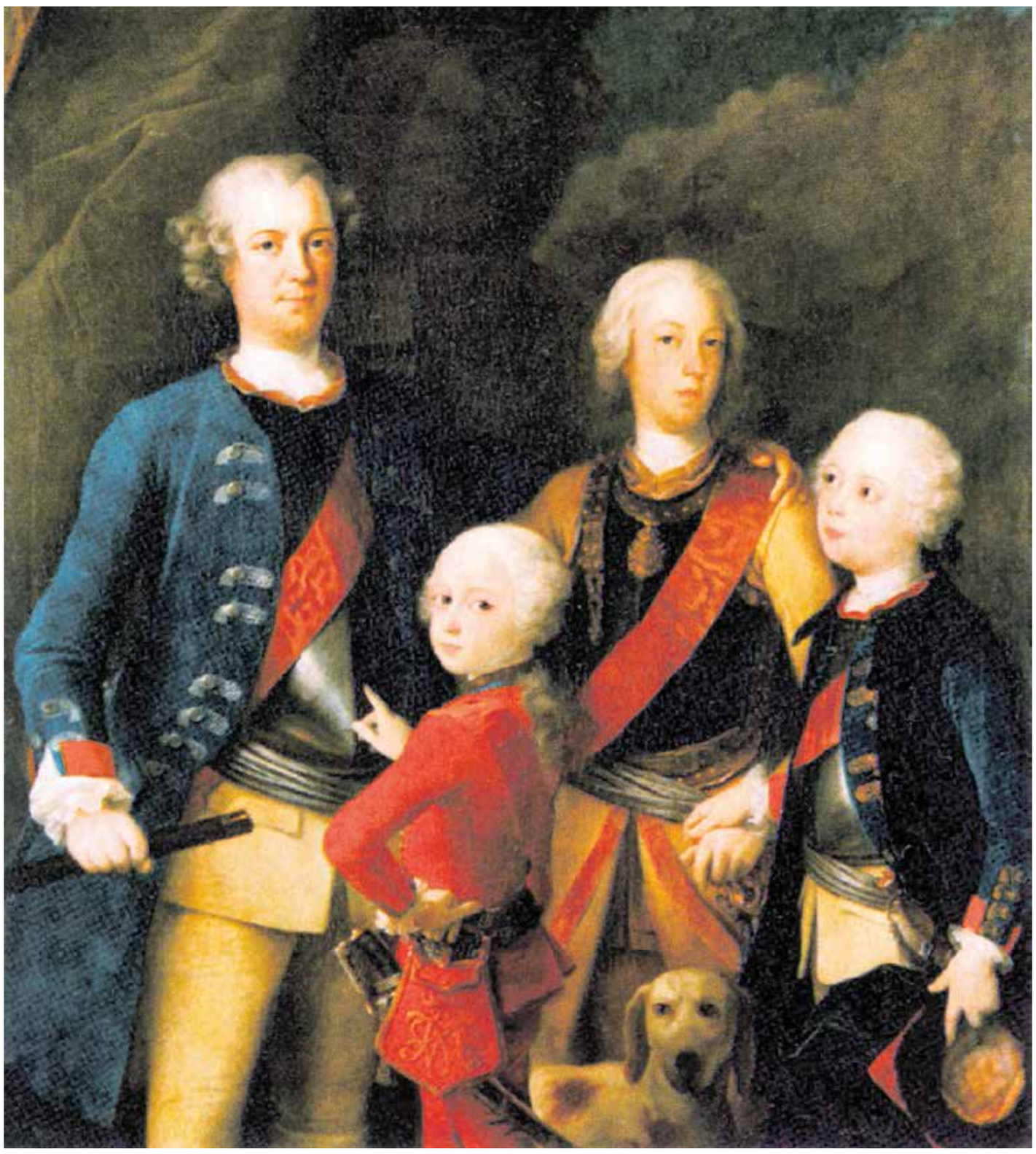


FOTO: MAURITIUS

Die Söhne von Friedrich Wilhelm I. und Sophie Dorothea um 1737: Friedrich, August Ferdinand, August Wilhelm und Heinrich (v.l.)

Es waren ihrer 14: sieben Mädchen und sieben Jungen, alle geboren von einer einzigen Mutter im Verlauf von 23 Jahren. Die Rede ist von Friedrich dem Großen und seinen Geschwistern, von denen vier die Kindheit nicht überlebten. Ihre Eltern, Preußens Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. und Sophie Dorothea von Hannover, waren Cousin und Cousine, einander in lebenslanger Hassliebe zugetan.

Vier Anläufe brauchte es, um einen Thronerben zu zeugen. Die ersten beiden Söhne, Friedrich Ludwig (1707–1708) und Friedrich Wilhelm (1710–1711), gingen elend an Fieberkrämpfen beim Zahnen zugrunde; noch war das Penicillin nicht erfunden. Wilhelmine (1709–1758) hingegen, später als Markgräfin von Bayreuth eine bedeutende Kulturmäzenin, hatte als Mädchen das „falsche“ Geschlecht, um dem Vater nachzufolgen. Erst der Viertgeborene Friedrich schaffte es, alle gefährlichen Krankheitsklippen zu umschiffen. Mit 28 Jahren König geworden, gelang es ihm, aus Preußen einen in Europa tonangebenden Staat mit funktionierender Verwaltung und Wirtschaft zu formen. Unter ihm wurde aus der „märkischen Streusandbüchse“ eine Militärmacht ersten Ranges.

Doch am Berliner Hof aufzuwachsen, war alles andere als ein Zuckerschlecken. Dem „preußischen“ Drill unterworfen, wurde selten nach individuellen Begabungen gefragt. Und für die Söhne des Königs kam nichts anderes als das Militärwesen als Lebensinhalt in Betracht. Prinz Friedrich, mit mancherlei musischem Talent gesegnet, wehrte sich dagegen und musste es bitter bezahlen. Vor den Augen des Hofes schlug sein Vater ihn immer wieder blutig. Viele von Friedrichs Geschwistern waren wie er musikalisch hochbegabt und sogar zum Komponieren befähigt. Sie durften jedoch erst nach dem Tod des jähzornigen und bildungsfernen Vaters ein Instrument erlernen.

Misstrauisch und bindungsunfähig

Die Mutter hingegen, so schrieb Tochter Wilhelmine in ihren Memoiren, „hat nie eines ihrer Kinder geliebt. Sie dienten ihr nur als Werkzeuge ihres Ehrgeizes.“ Sophie Dorothea aus dem Hause der Welfen träumte davon, ihre Töchter an Europas Königshäuser zu vermählen. Doch ihr Gatte band mit solchen Ehen lieber kleine Duodezfürsten rund um Preußen an sich, deren Gebiete man sich vielleicht später einverleiben konnte. Kein Wunder, dass die Eltern ihre Kinderschar gegeneinander ausspielten, sodass diese zu misstrauischen, bindungsunfähigen Menschen heranwuchsen. Wilhelmine wurde darüber hinaus noch Opfer eines besonderen Dilemmas: Zur Königin eines bedeutenden Reiches erzogen, musste sie schließlich in der Provinz versauern, wo die Untertanen zu arm für ihre hochfliegenden Pläne waren. Die dennoch errichteten Schlösser und Parks bewirkten schließlich Schulden von 3,8 Millionen Gulden – bei einem durchschnittlichen Jahresverdienst (etwa eines Handwerkers) von 300 Gulden.

Kaum war der große Friedrich 1740 dem Soldatenkönig nachgefolgt, behandelte er seine Geschwister ähnlich harsch, wie es ihm selbst widerfahren war. So zwang er beispielsweise den jüngeren Bruder Heinrich (1726–1802) in eine Ehe, obwohl er nur zu gut um dessen Homosexualität wusste. 1746 hatten sich die beiden sogar um denselben Liebhaber gestritten, den „schönen Marwitz“, Heinrichs Kammerjunker. Kaum besser erging es dem Bruder August Wilhelm (1722–1758), zuvor verhätschelter Liebling des Soldatenkönigs: Friedrich vermählte ihn gegen dessen Willen mit der Schwester seiner Frau und ließ nicht ab, in derben Worten die „Produktion“ zahlreicher Nachkommen zu fordern.

Nur ein einziges Familienmitglied schaffte es, eine Liebesehe einzugehen: Ferdinand (1730–1813), Jüngster der Preußen-Geschwister und heute als Bauherr von Schloss Bellevue bekannt. Er heiratete seine Nichte Luise, die nur acht Jahre jünger war als der Onkel.

Dass Luise Ulrike (1720–1782) im schwedischen König Adolf Fredrik einen zu ihr passenden Gefährten fand, war ein glücklicher Zufall. Und Philippine Charlotte (1716–1801), die an der Seite des Braunschweiger Herzogs Karl einen Mann wie Lessing fördern konnte, führte nur darum eine erträgliche Ehe, weil sie die Mätressen ihres Gemahls ignorierte.

Ferdinand ging eine Liebesehe ein

Schlimm erging es den Prinzessinnen wie Friederike Luise (1714–1784), die sich zwischen den Interessen ihres Ansbacher Gemahls und denen des tyrannischen Vaters zerrieb. Ähnliches widerfuhr ihrer Schwester Sophie Dorothea Marie (1719–1765), deren Mann ihr zeitweise nach dem Leben trachtete und sich als wahrer Landesvater zu insgesamt 36 unehelichen Kindern bekannte. Solchen Problemen entzog sich Anna Amalie (1723–1787), die als Einzige der Geschwister unvermählt blieb und Äbtissin des Stiftes Quedlinburg wurde. Dort konnte sie ungestört Interessen nachgehen, die man einer Frau ihrer Zeit sonst wohl kaum zugebilligt hätte. Amalie sezierte gerne Leichenteile und ließ Kirchengrüfte öffnen, um deren Inhalt zu untersuchen. Daneben glänzte sie als Instrumentalistin und Komponistin. Sie stiftete die heute noch existierende „Amalienbibliothek“ mit Notenmanuskripten des Barock. Dass sie tatsächlich eine Affäre mit dem Freiherrn Friedrich von der Trenck hatte – wie in Filmen und Romanen gern behauptet – ist derzeit nicht sicher nachweisbar.

> Die Eltern waren einander in lebenslanger Hassliebe zugetan. Der Vater war jähzornig und bildungsfern. Und die Mutter hat nach dem Urteil der Tochter Wilhelmine „nie eines ihrer Kinder geliebt. Sie dienten ihr nur als Werkzeuge ihres Ehrgeizes“

Außer Friedrich Ludwig und Friedrich Wilhelm erreichten auch Charlotte Albertine (1713–1714) und Ludwig Karl Wilhelm (1717–1719) das Erwachsenenalter nicht. Die zehn übrigen Geschwister hielten alle mehr oder weniger Kontakt untereinander. Sie schrieben oft recht humorvolle Briefe, die ihre gemeinsame Neigung zu Ironie und Sarkasmus widerspiegeln. Sie machten sich aber auch teilweise gegenseitig das Leben schwer, reagierten mit Schadenfreude oder verrieten dem großen Bruder in Schloss Sanssouci intime Geheimnisse der anderen. Friedrich wiederum haute seine markgräfliche Schwester in Ansbach tüchtig übers Ohr: Nach dem Tod der Eltern zahlte er Friederike Luise ihr Erbteil in fast wertlosen Münzen aus. Als man die Getäuschte darauf aufmerksam machte, lehnte sie alle Gegenmaßnahmen entrüstet ab. Sie wollte sich wenigstens ihre Illusionen bewahren.

● **Anna Eunike Röhrig** ist als Schriftstellerin, Bibliothekarin und Übersetzerin tätig. Ihr jüngstes Werk, die 215-seitige Sammelbiographie „Der Clan Friedrichs des Großen. Ein König mit 13 Geschwistern“, ist dieses Jahr im Göttinger Verlag MatrixMedia des Kaiser-Wilhelm-II.-Urenkels Heinrich Prinz von Hannover erschienen.

KREUZBERG

Wie der Stadtteil seinen Namen bekam

Ganz demokratisch ging die Idee zu einem Denkmal für die in den Befreiungskriegen Gefallenen von der Berliner Bürgerschaft aus. Der König übernahm sie dann. Ursprünglich war an einen gotischen Dom vor dem Potsdamer Tor gedacht worden. Dafür fehlten nach den Kriegen, mit denen das napoleonische Frankreich Europa überzogen hatte, jedoch die Mittel.

Und so blieb von der Kirche nur eine Kirchturmspitze. So sieht das Nationaldenkmal für die Befreiungskriege zumindest aus. Da der dazugehörige Kirchturm fehlte, wurde versucht, durch einen hohen Standort für eine entsprechende Breitenwirkung zu sorgen. Die Wahl fiel auf die höchste Stelle des 66 Meter hohen Tempelhofer Berges. Am 19. September 1818 legte Friedrich Wilhelm III. den Grundstein für das Nationaldenkmal.

Als „turmartiges Gebäude, nach den Verhältnissen derer, die in den Details am Dom zu Köln gefunden wurden“, bezeichnete Karl Friedrich Schinkel sein Werk. Der berühmte preußische Architekt war ursprünglich für den Bau des Doms vorgesehen gewesen und zeichnete anschließend für das Denkmal verantwortlich. Die Anfertigung des künstlerischen Schmucks übernahmen mit Christian Daniel Rauch, Friedrich Tieck und Ludwig Wichmann weitere namhafte preußische Künstler. Das Nationaldenkmal gilt als Schinkels letztes Werk im Stil der sogenannten romantischen Neugotik.

Mag der Stil auch rückwärtsgewandt erscheinen, so wurde mit der starken Verwendung von Gusseisen technische Pionierarbeit geleistet. Aus diesem vermeintlich vaterländischen Material besteht mit Ausnahme eines kleinen gemauerten Kerns der komplette Aufbau einschließlich aller Figuren.

Am siebten Jahrestag des Falls von Paris wurde das Denkmal in Anwesenheit des russischen Zaren Alexander I. eingeweiht. Bekrönt ist das Denkmal mit dem preußischen Symbol der Befreiungskriege, dem Eisernen Kreuz. Und „Kreuzberg“, so wurde bei der Einweihungszeremonie bekanntgegeben, sollte fortan auch der Name des bisherigen Tempelhofer Berges lauten.

FOTO: JÖRG ZÄGEL

Vor 200 Jahren eingeweiht: Nationaldenkmal für die Befreiungskriege

Der neue Hügelname ging auf den umliegenden Stadtteil über. Und für das Nationaldenkmal für die Befreiungskriege bürgerte sich die inoffizielle Bezeichnung „Kreuzbergdenkmal“ ein. *Manuel Ruoff*

Sogar die Mutter wurde mit der falschen Mordthese geschockt: Manuel Diogo, der 1986 mit nur 23 Jahren ums Leben kam *Foto: MDR Screenshot*

DER FALL MANUEL DIOGO

Von einem „Mord“, der keiner war

Mit einer haarsträubenden Legende über den Tod eines Mosambikaners in der DDR 1986 hat der Historiker Harry Waibel Furore gemacht – und das Zerrbild des „braunen Ostens“ mitgeprägt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Harry Waibel ist Historiker – aber kein besonders guter. Letzteres bescheinigte ihm sogar sein eigener Doktorvater Wolfgang Benz. Der frühere Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin urteilte über Waibels Dissertation: „Reine Faktensammlerei, keine Interpretation, kein wissenschaftlicher Fortschritt“, und riet von einer Veröffentlichung ab. Trotzdem ließ er Waibel bestehen, wonach der linke PapyRossa Verlag in Köln die Arbeit mit dem Titel „Rechtsextremismus in der DDR bis 1989“ abdruckte.

Anschließend wurde Waibel, der früher in sozialistischen und antifaschistischen Kreisen verkehrt hatte, von Medien wie ARD, ZDF und MDR sowie der „Zeit“, dem „Stern“, der „taz“ und der „Süddeutschen Zeitung“ als Experte für den angeblich braunen Osten wahrgenommen und immer wieder ausgiebig zitiert. Im Vordergrund stand dabei vor allem seine These, dass der Obrigkeitsstaat DDR eine große neonazistische Szene hervorgebracht und dadurch auch den Grundstein für Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern gelegt habe. Waibel prägt damit bis heute das Bild, welches sich viele Bürger im Westen von ihren Landsleuten in Mitteldeutschland machen.

Angesichts der Prominenz des Historikers erregte es erhebliches Aufsehen, als er 2014 in seinem neuen Buch „Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED. Rassismus in der DDR“ den Fall Manuel Diogo aufgriff. Der mosambikanische Vertragsarbeiter war in der Nacht vom 29. zum 30. Juni 1986 unweit des Haltepunktes Borne (Mark) bei Bad Belzig von einem Güterzug überrollt und getötet worden. Zuvor hatte er mit Landsleuten in einer Dessauer Kneipe das Weltmeisterschaftsfinalspiel zwischen Argentinien und der Bundesrepublik verfolgt und dabei reichlich Alkohol konsumiert: Die Gerichtsmediziner ermittelten später einen Blutalkoholgehalt von 1,4 Promille.

Angeblich aus dem Zug gestoßen

Auf der Heimfahrt schlief Diogo in der Bahn ein und verpasste seinen Zielbahnhof Jeber-Bergfrieden. Daraufhin traf der 23-Jährige die fatale Entscheidung, auf freier Strecke aus dem fahrenden Zug zu springen. So lautete das Untersuchungsergebnis der Kriminalpolizei und der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit auf Basis des Obduktionsbefundes und der Aussagen der Schaffnerin, welche Diogo als Letzte lebend gesehen hatte.

Trotz dieser eindeutigen Sachlage verbreitete Waibel eine ganz andere Version des tragischen Vorfalls: Der schwarze Sägewerksarbeiter sei von Neonazis zusammengeschlagen, mit dem Kopf nach unten aus der Wagentür gehängt und anschließend durch die Räder des Zuges zerstückelt worden. Da es in der DDR aber weder Rechtsextreme noch Rassisten geben durfte, habe die Stasi den Vorfall vertuscht, weswegen die Täter immer noch frei herumliefen.

Daraufhin begann der öffentlich-rechtliche Fernsehsender MDR, die Mordtheorie des „ausgewiesenen Fachmanns“ in einer „Dokumentation“ mit dem Titel „Schuld ohne Sühne“ zu verbreiten. Darin wurde sogar der angebliche Überfall durch Laiendarsteller nachgespielt. Ebenso flog ein MDR-Team nach Mosambik, um Diogos Mutter vor laufender Kamera mit der Nachricht von der „wahren“ Todesursache ihres Sohnes zu konfrontieren.

Das alles rief nun wiederum Kritiker von Waibels gewagten Behauptungen auf den Plan. Die Einwände kamen dabei unter anderem von der „Berliner Zeitung“, die auf Augenzeugen wie den Lokführer Markward Michel verwies, der die Leiche auf den Gleisen gefunden hatte. Ebenso interviewte das Blatt den damaligen Honecker-Stellvertreter Egon Krenz. Dieser sagte ohne Umschweife, bei einem rassistischen Neonazi-Mord wäre er unverzüglich aus dem Bett geklingelt worden. Außerdem sei die Stasi viel zu SED-hörig gewesen, um den Vorfall in Eigenregie zu vertuschen.

Plant er schon den nächsten Coup?

Noch deutlicher äußerte sich der Historiker Ulrich van der Heyden von der Berliner Humboldt-Universität. Der zweifellos beste Kenner aller Details des Einsatzes der mosambikanischen Vertragsarbeiter in der DDR warf „Lügen-Harry“ und dem MDR Fälschungen „à la Relotius“ vor. Anschließend legte der Professor Beschwerde beim Rundfunkrat und der Intendantin des Senders ein. Die einzige Reaktion hierauf war freilich eine Unterlassungsforderung des MDR.

Später nahm sich im Zuge des Erstarkens der „Black Lives Matter“-Bewegung die Linkspartei-Abgeordnete im Potsdamer Landtag Andrea Johlige der Angelegenheit an. Diese richtete am 28. Mai 2020 folgende Anfrage an die brandenburgische Landesregierung: „Wurden nach dem ... Bericht des MDR Ermittlungen wegen des Verdachts der Ermordung von Manuel Diogo eingeleitet und wenn ja, wann und durch welche Staatsanwaltschaft?“ Und sollte das Gegenteil zutreffen: „Aus welchen Gründen wurde kein Ermittlungsverfahren eingeleitet?“ Angesichts solch inquisitorischen Drängens sah sich die rot-schwarz-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) veranlasst, die Staatsanwaltschaft Potsdam einzuschalten. Diese gab am 29. Juni 2020 bekannt, sie werde den Fall neu aufrollen.

Das Ergebnis der Untersuchungen liegt nun vor. Wie ein Justizsprecher mitteilte, habe die acht Monate währende Prüfung der Ermittlungsakten von 1986 keinerlei Anhaltspunkte für ein Tötungsdelikt oder Manipulationen seitens der DDR-Behörden ergeben. Daher sei im Fall Diogo „nicht von einer todesursächlichen Fremdeinwirkung auszugehen“. Damit stehen Waibel und der MDR nun zutiefst blamiert da, wobei der Sender sofort mit juristischen Schritten drohte, sollte jemand jetzt „ehrenrührige Behauptungen“ über seine Dokumentation verbreiten.

Waibel hingegen plant nun wohl einfach den nächsten Coup, denn er ist in den Akten des DDR-Außenministeriums auf die Namen von weiteren 150 Ausländern gestoßen, welche im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ eines unnatürlichen Todes starben. Dadurch dürfte es ihm nicht an Anregungen für neue Horrormärchen über die Neonazis im Osten fehlen.

SPORT

Sterben für das runde Leder

Emirat am Pranger: Tausende Gastarbeiter sind auf Katars Baustellen für die Fußball-WM 2022 schon zu Tode gekommen

Mehr als 6500 Gastarbeiter aus Indien, Pakistan, Nepal, Bangladesch und Sri Lanka sind in Katar gestorben, seit das Land vor zehn Jahren den Zuschlag für die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft erhalten hat. Dies hat der britische „Guardian“ enthüllt. Die Ergebnisse, die aus Regierungs- und Botschaftsquellen zusammengestellt wurden, bedeuten, dass durchschnittlich zwölf Wanderarbeiter aus diesen fünf Staaten jede Woche gestorben sind, seit Katar im Dezember 2010, laut Vorwürfen durch Bestechung, von der FIFA unter Präsident Joseph Blatter den Zuschlag für die WM bekam.

Da der Zeitung nur Daten aus den genannten fünf Ländern vorliegen, dürfte die Gesamtzahl der Todesfälle noch wesentlich höher liegen, da die Zahlen aus einer Reihe weiterer Herkunftsstaaten nicht darin enthalten sind, darunter die Philippinen und Kenia. In den vergangenen zehn Jahren hat Katar ein beispielloses Bauprogramm für die Vorbereitung auf das Fußballturnier im Jahr 2022 in Angriff genommen. Neben sieben neuen Stadien wurden Dutzende von Infrastruktur-Großprojekten fertiggestellt oder sind in Arbeit, darunter ein neuer Flughafen, Straßen, öffentliche Verkehrssysteme, Hotels und eine ganz neue Stadt, die das WM-Finale ausrichten wird.

Obwohl die Sterberegister nicht nach Beruf oder Arbeitsort kategorisiert sind, ist es wahrscheinlich, dass viele der verstorbenen Arbeiter bei diesen WM-Infrastrukturprojekten beschäftigt waren. Ein sehr großer Teil der toten Wanderarbeiter war nur im Land, weil Katar den Zuschlag für die WM erhalten hat. Diese Ergebnisse entlarven Katars Versäumnis, seine zwei Millionen Wanderarbeiter genügend zu schützen oder auch nur die Ursachen für die erschreckend hohe Todesrate unter den überwiegend jungen Arbeitern zu untersuchen.

Familien verlieren ihren Ernährer

Hinter den Statistiken verbergen sich zahllose Geschichten von zerstörten Familien, die ohne ihren Haupternährer zurückgelassen wurden, um eine Entschädigung kämpfen und über die Umstände des Todes ihrer Angehörigen im Unklaren sind. Unter den Todesursachen ist die mit Abstand häufigste der sogenannte „natürliche Tod“, der oft auf akutes Herz- oder Atemversagen infolge extremer Hitze und Erschöpfung zurückgeführt wird.

Der „Guardian“ hatte bereits früher berichtet, dass solche Klassifizierungen, die in der Regel ohne Autopsie vorgenommen würden, oft keine legitime medizinische Erklärung für die zugrundeliegende Ursache dieser Todesfälle lieferten. Die Ergebnisse des Blattes werden durch eine von der Internationalen Arbeitsorganisation der UN in Auftrag gegebene Untersuchung gestützt, die ergeben hat, dass die Arbeiter während mindestens vier Monaten des Jahres bei der Arbeit im Freien erheblichem Hitzestress ausgesetzt sind.

Die katarische Regierung ging weder auf die Forderung nach Autopsien noch auf die nach Aufklärung der ungeklärten Todesursachen der 6500 ausländischen Verstorbenen ein.

Katar wurde von Internationalen Menschenrechtsorganisationen aufgefordert, sein Autopsiegesetz zu ändern, um forensische Untersuchungen aller plötzlichen oder ungeklärten Todesfälle durchzuführen, und ein Gesetz zu verabschieden, das vorschreibt, dass alle Totenscheine einen Hinweis auf eine medizinisch nachvollziehbare Todesursache enthalten. Katar bestreitet die Zahl der Todesfälle nicht, behauptet aber, dass sie angesichts der Zahl der Arbeiter nicht unverhältnismäßig hoch liege. Katar beteuert sogar, dass die Sterberate unter Gastarbeitern in den vergangenen zehn Jahren aufgrund von Reformen im Bereich Gesundheit und Sicherheit stetig gesunken sei. *Bodo Bost*

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 12 · 26. März 2021

KÖNIGSBERG

Ein altes Wohnhaus muss weichen

Brückenneubau soll die alte Reichsbahnbrücke ersetzen – Bewohner werden entschädigt

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Soll der Abrissbirne zum Opfer fallen: Gebäude aus den 1920er Jahren in der Nähe der Holländerbaumstraße *Foto: J.T.*

Ein scheinbar gewöhnliches Haus aus den frühen 1920er Jahren, von denen es in Königsberg viele gibt, ist ins Visier der Stadtbehörden geraten. Es handelt sich um ein Gebäude in der Holländerbaumstraße in der Nähe der neuen Promenade Peter der Große. Das Haus in der Nähe der „Doppelstockbrücke“ genannten Reichsbahnbrücke soll wegen eines Brückenneubaus abgerissen werden. Auch das Schicksal der Reichsbahnbrücke war einige Jahre ungewiss, bis die alte doppelstöckige Brücke als Kulturerbe anerkannt wurde. Im Herbst 2020 erhielt das Bauprojekt für einen Brückenneubau die Genehmigung. Unmittelbar danach kündigten die Stadtbehörden die Beschlagnahme mehrerer Grundstücke an, die sich im Bereich der künftigen Zufahrt zur Pregelüberquerung befinden. Die Gesamtbaukosten werden auf umgerechnet rund 115 Millionen Euro geschätzt. Die alte Reichsbahnbrücke wird nach Fertigstellung der neuen Brücke voraussichtlich als Fußgängerbrücke erhalten bleiben.

Anfang Februar erließen die Stadtbehörden einen Beschluss über die Beschlagnahme des Grundstücks nahe der Holländerbaumstraße. Das Gebäude liegt innerhalb der Bauzone des Brückenneubaus. Die Wohnungseigentümer wurden darauf vorbereitet, dass in Kürze eine Begutachtung ihrer Wohnungen und die Auszahlung einer Entschädigung erfolgen werde. Das vierstöckige Gebäude, das abgerissen werden soll, befindet sich in der Nähe der Kreuzung Alter Graben und der Holländerbaumstraße. Ursprünglich war es ein langes Haus gewesen, von dem aber nur noch ein Teil erhalten ist. Den Hof bildet eine kleine Grünfläche mit schmiedeeisernen Bänken und kleinen Skulpturen. Spaziergänger kommen vom Pregelufer aus gerne zu einem Fotostopp vorbei.

Das Haus wird nicht als baufällig eingestuft, obwohl der Zustand der Fassaden und der Balkone auf einen Reparaturstau schließen lässt. Im Gegensatz zur Fassade ist der Zustand des Treppenhauses recht gut. Die Wände sind sauber gestrichen und die Treppe ist mit schwarzen Handläufen versehen.

Die Leiterin der Stadtverwaltung Jelena Djatlowa hat die Beschlagnahme von 22 Wohnungen unterzeichnet. Nun ist es Aufgabe der bestellten Stadtbeamten, die Entschädigung zu ermitteln. Die Eigentümer wissen noch nicht, wie viel sie beanspruchen können, und das beunruhigt sie. Sie befürchten, dass die Höhe der Entschädigung viel niedriger ausfallen wird als die derzeitigen Kosten für eine gleichwertige Wohnung im Stadtzentrum.

Eine der Eigentümerinnen erzählte, dass gerüchteweise im vergangenen Jahr Zahlen zwischen umgerechnet 600 und 680 Euro pro Quadratmeter im Gespräch waren. Das sei aber nicht genug, denn ganz in der Nähe werde ein Haus – zugegebenermaßen mit moderner Heizung – gebaut und dort liege der Quadratmeterpreis im Moment bei über 1100 Euro. In der Nachbarschaft seien die Preise für Bestandsimmobilien mit Zentralheizung ebenfalls kräftig angezogen. Sie begännen bei 1000 Euro.

Viele wollen nicht ausziehen

Viele Hausbewohner wollen deshalb nicht ausziehen. Vor allem diejenigen, deren Hypothekendarlehen bereits getilgt sind und die Renovierungen in den Räumlichkeiten vorgenommen hatten. Bei einem Umzug müssten sie deutlich draufzahlen. Außerdem sind sie mit der zentralen Lage des Hauses zufrieden. Einige der Eigentümer leben schon seit Jahrzehnten in dem Haus. Sie sind nur bereit, in eine ähnliche Wohnung in der selben Gegend zu ziehen.

Arthur Krupin, Leiter des Ausschusses für Territorialentwicklung und Bau der Stadtverwaltung, teilte indessen mit, dass die Entschädigung nur Barzahlungen beinhalte. Den Eigentümern würden keine Alternativobjekte angeboten, das heißt, sie müssen sich selbst um geeignete Wohnungen bemühen. Um die Höhe der Entschädigung zu berechnen, wird der Vergleichswert des Wohnraums in anderen Häusern in unmittelbarer Nähe ermittelt. In den Kosten pro Quadratmeter sind auch Maklergebühren, Umzugskosten und ein kleiner Betrag für eine vorübergehende anderweitige Unterbringung enthalten, wenn jemand nicht schnell genug eine passende Wohnung findet.

Dass die Bewohner das Haus in Pregelnähe nicht gerne verlassen möchten, lässt schon der erste Blick auf die Außenanlage vermuten, die mit Sorgfalt und Liebe angelegt wurde. Das Grundstück mit seinem Baumbestand und Bänken wirkt äußerst gepflegt, und es ist deshalb bedauernswert, dass dieses Haus einem Brückenbau weichen muss. In Königsberg kommen derartige Hausbeschlagnahmungen nur selten vor.

MELDUNGEN

Turmuhr wird renoviert

Johannisburg – Die Uhr am Turm der Stadtkirche in Johannisburg soll nach mehr als 120 Jahren wieder die Zeit anzeigen. Der denkmalwürdige Mechanismus der Uhr wird derzeit repariert. Der Zeitmesser wurde 1899 in Berlin geschaffen und sein Mechanismus ist noch komplett. Nachdem der Konservator seine Erlaubnis zur Reparatur erteilt hatte, wurde die Uhr vom Kirchturm heruntergeholt. Zurzeit wird das Ziffernblatt konserviert und das Perpendikel erneuert. Die Uhr soll ab Mai wieder die Zeit anzeigen und die Stunden schlagen. Für die Reparatur hat der Stadtrat von Johannisburg umgerechnet rund 18.000 Euro zur Verfügung gestellt. *PAZ*

Sorge um Baumbestand

Kurische Nehrung – Auf Beschwerden von Besuchern der Kurischen Nehrung über massenhafte Baumfällarbeiten bei regionalen Zeitungen erklärte die Verwaltung des Nationalparks, dass es sich um Waldpflege handele. Mehrere Besucher hatten sich über Markierungen an Bäumen in der Nähe der Düne Epha und den zu erwartenden ökologischen Schaden beklagt und dies mit Fotos dokumentiert. Der Pressedienst des Nationalparks teilte mit, dass es sich um einen geplanten Einschlag zum Ausdünnen des Waldes handle, der strikt mit den Behörden abgesprochen sei. Für jede Baumfällung sei eine Genehmigung erforderlich, die nur nach einer klaren Rechtfertigung erteilt werde. Die angebrachten Markierungen dienten zudem der Überwachung des Zustands der Bäume und seien keine Fällmarkierung. Die Bäume auf einer Fläche von 1,9 Hektar würden auf diese Weise gezählt, beobachtet und untersucht. Im Dezember 2020 wurden jedoch bei Rossitten auf einer Fläche von 1,5 Hektar Bäume gefällt und durch junge Setzlinge ersetzt. *MRK*

TOURISTIK TILSIT

Unternehmer nutzen die Geschichte der Region

Käsemanufaktur in Ragnit, Gasthof „Deutsches Haus“, alte Imkerei und Ordensburg sollen Erlebnisorte werden

Die Corona-Pandemie hat den Tourismus im Kreis Tilsit-Ragnit zeitweilig zum Erliegen gebracht. Doch die Flaute wird eifrig genutzt, um sich auf bessere Zeiten vorzubereiten und der Tourismusbranche zu neuem Aufschwung zu verhelfen.

Der Unternehmer Ivan Artjuch hat seine bisher erworbenen Objekte zu Touristikmagneten vereint, um den künftigen Besuchern nachhaltige Erlebnisse zu verschaffen. Zu seinem Verbund zählen in Ragnit die Käsemanufaktur, der 1792 erbaute Gasthof „Deutsches Haus“, die alte Imkerei und die Ordensburg.

Auch Tilsit einbezogen

Mit dem Erwerb der Oldtimer-Straßenbahn hat er auch Tilsit in seine Erlebnisorte einbezogen. Das Konzept sieht vor, Touristen auf die Geschichte der Region neugierig zu machen und ihnen einen Einblick in die vergangenen Jahrhunderte, vom Deutschen Ritterorden bis zur Entwicklung von Gewerbe und Verkehr, zu vermitteln. Als besondere Attraktion wurde der Eingang zur Ragniter Burg unlängst mit einem originalgetreuen Tor aus Eichenholz und einem schmiedeeisernen Gitter versehen.

In Tilsit hat sich Jewgenij Abarius, Präsident des örtlichen Unternehmerverbands und Abgeordneter der Gebietsduma, das Ziel gesetzt, die Touristik mit neuen Ideen wieder anzukurbeln und ihr als bedeutsamem Wirtschaftsfaktor ein größeres Gewicht zu verleihen. Dieser Gedanke stand im Mittelpunkt einer Konferenz, zu der Tilsiter Hoteliers, Gastronomen, Reiseveranstalter, Heimatforscher und Journalisten eingeladen waren. Gastrednerin war Olga Teslenko, eine bekannte Designerin für Architektur und Interieur. Ihre Ideen fanden bereits vielfältige Anwendung in Königsberg, Cranz und Rauschen.

FOTO: J. ROSENBLUM

Ragniter Ordensburg: Ein originalgetreues Tor ziert den Eingang zu der Sehenswürdigkeit

Teslenko machte die Anwesenden auf das große Potential aufmerksam, über das die Stadt mit ihrer Geschichte, ihrer Architektur, ihren Parkanlagen, ihrer Grenzlage sowie ihrem Kultur- und Bildungsniveau verfüge. Diesen Reichtum gelte es auf hohem Niveau zu nutzen und den Touristen nahezubringen.

Kurze Stippvisiten reichen nicht

Ihre Anregungen wurden von den Konferenzteilnehmern mit Interesse aufgenommen. Arkadij Danilow verwies darauf, dass die bisherigen Stippvisiten von einheimischen Touristen, die sich nur wenige Stunden in der Stadt aufhielten, nicht ausreichend seien. Erst wenn größere Verweilbereiche mit Übernachtungen geschaffen würden, könne die Stadt davon profitieren. Danilow hat erst kürzlich den Posten des Kulturamtsleiters in der Tilsiter Stadtverwaltung übernommen. Er kommt aus Moskau und hat sich bisher als Film- und Fernsehproduzent einen Namen gemacht. Zahlreiche TV-Serien und kulturelle Medienprojekte tragen seine Handschrift. Um Touristen zu einem längeren Aufenthalt anzuhalten, werden Erlebnisveranstaltungen, musikalische Events und Schauspielerdarbietungen zum Einsatz kommen. Am Tilsit-College wird eine „Schule der Gastfreundschaft“ tätig, die Fachkräfte für Hotelwesen, Gastronomie und Touristik ausbildet.

Wichtiger Wirtschaftsfaktor

Der Präsident Jewgenij Abarius appellierte abschließend an die Stadtverwaltung, die Touristik als Wirtschaftsfaktor wirksam auszubauen. Dazu zählten nicht nur komfortable Unterbringung und hohe Gaststättenkultur, sondern auch Saunaanlagen, Souvenirangebote, Handel und Verkehr. Mit niveauvollen Umweltbedingungen werde die Stadt zu einem Anziehungspunkt, den man gerne besucht. *H.D.*

Wir gratulieren …

ZUM 101. GEBURTSTAG

Langenstein, **Ruth**, geb. **Müller**, aus Lyck, am 31. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bruhnke, **Elisabeth**, geb. **Meyer**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 28. März
Dunio, **Irmgard**, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, am 30. März
Riehl, **Charlotte**, geb. **Reich**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 28. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Geyer, **Herta**, geb. **Jankowski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 31. März
Kesting, **Elisabeth**, geb. **Bondzko**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 29. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Büttner, **Jutta**, geb. **Seibt**, aus Kumehnen, Kreis Fischhausen, am 30. März
Kruck, **Waltraud**, geb. **Zielinski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 1. April
Langkeit, **Heinz**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 27. März
Neumann, **Hildegard**, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 26. März
Walka, **Gerda**, geb. **Labeit**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 28. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Maxim, **Hugo**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. März
Schaper, **Waltraut**, geb. **Lyß**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 31. März
Weidkuhn, **Arno**, aus Lyck, am 31. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fischer, **Grete**, geb. **Schmakeit**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 1. April
Knischewski, **Ernst**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 26. März
Körber, **Lucie**, geb. **Faust**, aus Korben, Kreis Fischhausen, am 26. März
Pliska, **Waldemar**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 1. April
Scheingruber, **Erna**, geb. **Kelsch**, aus Lyck, am 30. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kling, **Waltraut**, geb. **Gulatz**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 29. März
Koschorrek, **Bruno**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. März
Kuhn, **Erika**, geb. **Wochnowski**, aus Neidenburg, am 27. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dander, **Kurt**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. März
Gorzalka, **Erna**, geb. **Groehn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 31. März
Kaiser, **Walter**, aus Eckersdorf, Kreis Mohrungen, am 26. März
Koepke, **Ursula**, geb. **Kaminski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. März
Ludwig, **Klaus**, aus Saalfeld-Ebenau, Kreis Mohrungen, am 30. März
Martini, **Christel**, geb. **Möller**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 27. März
Wesolowski, **Renate**, geb. **Huck**, aus Radnicken, Kreis Fischhausen, am 26. März
Wohlgemuth, **Edith**, geb. **Grolms**, aus Mohrungen, am 28. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bahlo, **Reinhold**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 28. März
Biallas, **Irma**, geb. **Sembritzki**, aus Rumeyken, Kreis Lyck, am 30. März
Jopp, **Erika**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 30. März

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Schemmel, **Gerda**, geb. **Begett**, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 29. März
Sokolowski, **Günter**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 28. März
Struck, **Gertrud**, geb. **Weiss**, aus Rockeimswalde, Kreis Wehlau, am 30. März
Szogas, **Edit**, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 29. März
Turowski, **Helmut**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 31. März
Waschkewitz, **Ilse**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 31. März
Wittkowski, **Horst**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 28. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Behrend, **Ella**, geb. **Kaulitzki**, aus Hohenberg, Kreis Elchniederung, am 28. März
Benjestorf, **Frieda**, geb. **Stelzer**, aus Mohrungen, am 28. März
Charchulla, **Liesbeth**, geb. **Newiger**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 1. April
Draack, **Hans**, aus Imten, Kreis Wehlau, am 28. März
Fenske, **Hildegard**, geb. **Maser**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 1. April
Gallein, **Erich**, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 27. März
Goebel, **Hedwig**, geb. **Muczenski**, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 30. März
Gremke, **Erich**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 1. April
Joecks, **Herta**, geb. **Chilla**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Koppert, **Elisabeth**, geb. **Janz**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 27. März
Kullak, **Dr. Ernst**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 31. März
Kunz, **Elfriede**, geb. **Hohendorf**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 30. März
Kyewski, **Gertrud**, geb. **Robatzek**, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 27. März
Seidel, **Herbert**, aus Neidenburg, am 28. März
Thomzik, **Ilse**, aus Ortelsburg, am 29. März
Zimmermann, **Gertrud**, geb. **Kschonsek**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 28. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brunkhorst, **Rosa**, geb. **Ademeit**, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 26. März
Czychon, **Horst**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. März
Engmann, **Irmgard**, geb. **Rudowski**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 31. März
Ferster, **Erika**, aus Osterode, am 26. März
Gulbis, **Siegfried**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 29. März
Gutzeit, **Bruno**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 30. März
Hoffmann, **Klaus**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 29. März
Kühne, **Hildegard**, geb. **Knappke**, aus Randau, Kreis Ebenrode, am 26. März
Kutschera, **Gertraude**, geb. **Gritzka**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 1. April
Mrozek, **Lisbeth**, geb. **Kempka**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 29. März

PAZ wirkt!

Naujoks, **Kurt**, aus Pelkeniken, Kreis Wehlau, am 28. März
Reinke, **Liselotte**, geb. **Pogodda**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 31. März
Richter, **Christel**, geb. **Paul**, aus Kreis Rastenburg, am 26. März
Rimkus, **Bruno**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 31. März
Schmalstieg, **Else**, geb. **Gaurun**, aus Ebenrode, am 27. März
Tewes, **Anneliese**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 1. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Friske, **Sigrid**, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 26. März
Grunwald, **Irmgard**, geb. **Peel**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Jäger, **Herta**, geb. **Danielzik**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 1. April
Korthas, **Hedwig**, geb. **Dombrowski**, aus Marwalde, Kreis Osterode, am 1. April
Kranz, **Gerda**, geb. **Szeimies**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 29. März
Lattko, **Wilhelm**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. März
Lintig, **Sigrid von**, geb. **Knappke**, aus Randau, Kreis Ebenrode, am 27. März
Müller, **Ruth**, geb. **Masuhr**, aus Treuburg, am 27. März
Oestreich, **Dorothea**, geb. **Schweichler**, aus Lyck, Yorkstraße 15, am 28. März
Polkowski, **Erich**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 26. März
Prüß, **Erna**, aus Lötzen, am 28. März
Rodloff, **Martin**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 28. März
Schöttker, **Hildegard**, geb. **Lasarzewski**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 29. März
Trilus, **Hermann**, aus Argenflur, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. März
Wamser, **Waltraud**, geb. **Nowak**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 1. April
Wycisk, **Lieselotte**, geb. **Koszinowsky**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 29. März
Zupp, **Edith**, geb. **Jurr**, aus Klinglacken, Kreis Wehlau, am 31. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Damerau, **Hans-Georg**, aus Damerau, Kreis Samland, am 23. März
Dörling, **Christel**, geb. **Minke**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 1. April
Eisold, **Hildegard**, geb. **Koyro**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 27. März
Günther, **Irmtraud**, geb. **Sych**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 30. März
Feld, **Hildegard**, geb. **Klettke**, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 28. März
Grabe, **Helga**, geb. **Schlemonat**, aus Langenheim, Kreis Wehlau, am 31. März
Hauser-Zürcher, **Christel**, geb. **Zürcher**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 1. April
Hedden, **Fritz**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 30. März
Itzaber, **Herbert**, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 31. März
Jegutzki, **Ursula**, geb. **Seidler**, aus Grünweide Kreis Ebenrode, am 1. April
Klimmek, **Dr. Helmut**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 27. März
Leiding, **Edith**, geb. **Dusny**, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 30. März
Lewanskowski, **Norbert**, aus Lyck, am 29. März
Melfsen, **Ilse**, geb. **Becker**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 29. März
Meyer, **Inge**, geb. **Norra**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 26. März
Nowienski, **Hugo-Paul**, aus Ortelsburg, am 30. März
Olschewski, **Herbert Ernst**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 28. März
Paltinat, **Dietrich**, aus Köllmisch Schnecken, Kreis Elchniederung, am 29. März
Perbandt, **Joachim von**, aus Nahmgeist, Kreis Mohrungen, am 26. März
Przyborowski, **Edeltraud**, aus Gingen, Kreis Lyck, am 31. März
Puzicha, **Elisabeth**, geb. **Abramzik**, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 28. März
Ratajczak, **Ilse**, geb. **Köhler**, aus Brüsterort, Kreis Fischhausen, am 30. März
Rohrlach, **Gertrud**, geb. **Orlowski**, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, am 29. März
Stoltenberg, **Christel**, geb. **Lehmann**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 26. März
Wimböck, **Rosemarie**, geb. **Walter**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Böker, **Elfriede**, geb. **Weiß**, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 27. März
Gaube, **Heide**, geb. **Malinowski**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 1. April
Gildemeister, **Gisela**, geb. **Mack**, aus Lötzen, am 31. März
Gleitsmann, **Karin**, geb. **Sparka**, aus Nikolaiken, Kreis Lyck, am 1. April
Kiy, **Helga**, geb. **Goralski**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 28. März
Lask, **Ruth**, geb. **Schulz**, aus Friedrichsfelde, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Lipka, **Heinz**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 28. März
Mehrens, **Ruth**, aus Wehlau, am 29. März
Probst, **Annemarie**, geb. **Stobbe**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 26. März
Ruck, **Erich**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 29. März

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

Entfällt: 16. bis 18. April: Kulturseminar in Helmstedt. Aufgrund der aktuellen Corona-Lage fällt das Kulturseminar aus.

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen
25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.
Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.
Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.
Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:
Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Stammtisch via Zoom

Internet. Sonntag, 28. März, 19 bis 21 Uhr: Virtueller Stammtisch. Gemeinsam mit der Deutschen Minderheit in Polen werden wir an diesem Abend auf ihrem Zoom-Kanal über „die junge Deutsche Minderheit jenseits von Oder und Neiße" sprechen. Den Einladungslink erfragen Sie bitte über die E-Mail-Adresse kontakt@junge-ostpreussen.de.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Osterbräuche

Hof. An Osterbräuche in Ostpreußen erinnerte Vorsitzender Christian Joachim in einer Mitteilung an die Mitglieder der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Stadt und Landkreis Hof.

Manchmal war zu Ostern gerade erst der Schnee getaut. In anderen Jahren hatte der Frühling schon begonnen und die Kinder suchten die buntgefärbten Ostereier im Freien. Bei den Bräuchen der Fasten- und Osterzeit mischten sich uralte heidnische Bräuche aus der Altpreußenzeit oder aus den Herkunftsländern der einstigen Zugewanderten mit den christlichen.

In der Karwoche ging es am Krummittwoch lustig zu. Basierend auf dem Brauch des Austreibens des Rasemucks, der mit dem Winteraustreiben in anderen Teilen Deutschlands vergleichbar ist, entwickelte sich das Ganze zu einer Neckerei, die mit einem Wasserguss verbunden war. Wer nicht aufpasste, wurde mit einem Auftrag an Ort und Stelle gelockt und bekam dann einen Eimer voll Wasser über den Kopf.

Am Gründonnerstag kaufte man sich Kringel. Zu zweit wurde dann an dem Gebäckstück gezogen. Wer danach das größere Stück hatte, konnte sich etwas wünschen. Dieser Wunsch sollte im kommenden Jahr in Erfüllung gehen.

Das Osterwasser wurde von den Mädchen und jungen Frauen am Ostersonntag vor Sonnenaufgang geholt. Es sollte heilende Wirkung haben und schön machen. Dazu musste das Wasser aus einem fließenden Gewässer geschöpft werden. Auf dem Hin- und Rückweg galt es eisern zu schweigen. Deshalb versuchte die männliche Jugend durch Erschrecken oder allerlei Unsinn, die Mädchen zum Sprechen oder Lachen zu bringen. Dann wurde aus dem Osterwasser „Plapperwasser" und es verlor seine Wirkung. Die Mädchen revanchierten sich jedoch mit einem kühlen Guss aus dem Wasserkrug.

Am Ostermontag war in ganz Ostpreußen das Schmackostern üblich. Schon im März schnitten die Familien die Osterruten. Zweige von Birken oder Weiden wurden in der warmen Küche ins Wasser gestellt, damit sie anfingen zu sprießen und so zu Ostern das erste Grün im Haus war. Parallel dazu schlugen sich die Kinder besonders große Zweige, denn sie gingen schmackostern. Mit der „Lebensrute" wurden am Ostermontagmorgen die Langschläfer auf die nackten Füße geschlagen, bis sie aus dem Bett sprangen und sich mit Dittchen (kleinen Münzen), Ostereiern und Naschereien „freikauften".

Den Spruch dazu kannte damals in Ostpreußen jedes Kind: „Oster, schmackoster, bunt Oster, fief Eier, Stück Speck, vom Koke de Eck, eh'r goh wi nich weg!"

Zusendungen für die Ausgabe 14/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 14/2021 (Erstverkaufstag 9. April) **wegen der Feiertage bis spätestens Freitag, den 26. März**,

an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040) 34 63 59, Mobiltelefon (0170) 3102815

Abgesagt

Hamburg. Donnerstag, 25. März: Delegiertenversammlung der Landesgruppe Hamburg im „Haus der Heimat". Die geplante Veranstaltung ist aufgrund der Corona-Lage abgesagt.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner , **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Treffen nicht möglich

Düsseldorf. Eigentlich hatten wir uns im Stillen darauf gefreut, im Februar dieses Jahres miteinander Karneval zu feiern; aber die Verordnungen aus Berlin ließen das nicht zu. Die Klagen wegen der verlängerten Maßnahmen werden immer größer. Uns fehlen die Stammtischtreffen, die gemeinsamen Spaziergänge und die Begegnungen zu den Veranstaltungen im Gerhart-Hauptmann-Haus.

Das Haus bleibt weiterhin geschlossen bis auf die Bibliothek, wo nach Bedarf Lesestoff bestellt und im Eingangsbereich des Hauses abgeholt werden kann. Das gilt auch für die Rückgabe von Ausleihen, Telefon (0211) 1699129.

Liebe Landsleute, liebe Freundinnen und Freunde, in unserem Dezember-Rundschreiben hatten wir angedeutet, unser Wiedersehen zu feiern. Das ist derzeit angesichts der Corona-Entwicklung nicht möglich, und wir brauchen noch etwas Geduld. Inzwischen grüßen wir Sie alle ganz herzlich mit einer Parabel zu Ostern und wünschen Ihnen ein gesegnetes, frohes Osterfest. *Edith Koitka*

Da war einmal ein guter Mensch. Er hatte Mitleid mit dem hässlichen Gewürm der Raupe, wie sie sich Stunde für Stunde vorwärts plagte, um mühselig den Stängel zu erklettern und ihr Fressen zu suchen – keine Ahnung von der Sonne, dem Regenbogen in den Wolken, den Liedern der Nachtigall!

Und der Mensch dachte: „Wenn diese Raupen wüssten, was da einmal sein wird! Wenn diese Raupen ahnten, was ihnen als Schmetterling blühen wird: Sie würden ganz anders leben, froher, zuversichtlicher, mit mehr Hoffnung. Sie würden erkennen: Das Leben besteht nicht nur aus Fressen, und der Tod ist nicht das letzte." So dachte der gute Mensch, und er wollte ihnen sagen: „Ihr werdet frei sein! Ihr werdet eure Schwerfälligkeit verlieren! Ihr werdet mühelos fliegen und Blüten finden! Und ihr werdet schön sein!" Aber die Raupen hörten nicht. Das Zukünftige, das Schmetterlingshafte, ließ sich in der Raupensprache einfach nicht ausdrücken.

Er versuchte, Vergleiche zu finden: Es wird sein wie auf einem Feld voller Möhrenkraut. Und sie nickten, und mit ihrem Raupenhorizont dachten sie nur ans endlose Fressen. Nein, so ging es nicht. Und als der gute Mensch neu anfing: Ihr Puppensarg sei nicht das letzte, sie würden sich verwandeln, über Nacht würden ihnen Flügel wachsen, sie würden leuchten wie Gold – da sagten sie: „Hau ab! Du spinnst! Du hältst uns nur vom Fressen ab!" Und sie rotteten sich zusammen, um ihn lächerlich zu machen.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Kirchentag

Chemnitz. Sonntag, 13. Juni, 9.30 Uhr, Evangelisch-Lutherische St.-Matthäus-Kirchgemeinde, Zinzendorfstraße 14, 09116 Chemnitz: Kirchentag der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Landesgruppe Freistaat Sachsen e.V. An diesem Tag erwarten wir 40 Teilnehmer in der St. Matthäus Gemeinde.

Der Kirchentag soll sich mit dem Thema: „Hoffnung" beschäftigen. Mit diesem Kirchentag wollen wir die Reihe über „Glaube-Liebe-Hoffnung" den Reigen schließen. Im Glauben die Kirche zu reformieren hat Martin Luther in seiner Zeit einen gewaltigen Stein des Umbruches in Bewegung gebracht. Diese Reformation der katholischen Kirche hatte zur Folge, kirchliche Erneuerungsbewegung von 1517 bis 1648, die zur Spaltung des westlichen Christentums in verschiedene Konfessionen (katholisch, lutherisch, reformierte) führte. Damals wurden auch den Ungläubigen der Glaube mit dem Schwert versucht beizubringen, dies traf auch bei der Reformation zu, wo auch bis zu 10.000 Reformer von der katholischen Kirche hingerichtet wurden.

Von 1530 bis 1730 verließen etwa 200.000 von insgesamt 730.000 Hugenotten, Frankreich.

Im Gottesdienst werden wir das Thema „Hoffnung aus göttlicher Sicht" beleuchten.

Nach dem Gottesdienst versammeln wir uns am Gedenkstein und Gedenken an die Toten des zweiten Weltkrieges. Die Gedenkrede wird Frau Almut Patt halten.

Im Anschluss der Mittagspause planen wir ein Referat über die Hugenotten Kriege und deren Vertreibung aus Frankreich mit dem Präsidenten der Hugenotten Gesellschaft, Pfarrer Andreas Flick. Danach planen wir, dass uns die „Kirchenmäuse" der St. Matthäuskirche mit Tanz und Gesang erfreuen.

Zum Abschluss wird uns der Posaunenchor der Kirchengemeinde deutsche Lieder spielen. Sie sind herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich bei Alexander Schulz unter Telefon (0371) 301616 an. Es gibt zur Mittagspause einen kleinen Imbiss.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Sensburg

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799.
Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Sprechzeiten

Remscheid. Seit längerer Zeit ist die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Sensburg nur selten besetzt. Die bekannten Sprechzeiten können nicht eingehalten werden.
Bei Nichterreichbarkeit der Geschäftsstelle werden Interessenten gebeten, sich in dringenden Angelegenheiten an ein Kreisausschuss-Mitglied der Kreisgemeinschaft Sensburg oder an den zuständigen Kirchspielvertreter zu wenden.

Sie finden die Angaben im Sensburger Heimatbrief auf den Seiten 66 bis 68 oder auf der Internetseite www.kreisgemeinschaftsensburg.de.

Bei dringenden Angelegenheiten kann eine schnelle Auskunft auch über Telefon (0176) 51521908 eingeholt werden.

PAZ wirkt!

Wehlau

Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640.
Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840.
Internet: www.kreis-wehlau.de

Verschoben

Bedingt durch die anhaltende Pandemie muss die für die Zeit vom 2. bis 11. Mai geplante Reise nach West- und Ostpreußen ausfallen. Die Reise bieten wir jetzt für die Zeit vom 22. bis 31. Mai 2022 an. Dabei planen wir die Einbindung einer Feierstunde in Tapiau zur Erinnerung an 300 Jahre Stadtrechte ein.

Die Mitgliederversammlung am 16. Juni und das Hauptkreistreffen am 17. Juni können ebenfalls nicht stattfinden. Zu der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung wird am Donnerstag, 16. Juni 2022 (Fronleichnam) zu 11 Uhr nach Bassum eingeladen. Anschließend soll feierlich an die 50-jährige Patenschaft der Stadt Bassum für die Stadt Tapiau und 300 Jahre Stadtrechte Tapiau erinnert werden.

Am Freitag, 17. Juni 2022 wird eine Busreise von Bassum nach Hoya zur feierlichen Erinnerung an die 50-jährige Patenschaft der Stadt Hoya für die Stadt Allenburg und ein Besuch des Wehlauer Heimatmuseums in Syke stattfinden.

Das Veranstaltungsprogramm wird im Heimatbrief 106 veröffentlicht.

JUBILÄUM

Das Museum Friedland

Landesbeauftragte Editha Westmann gratuliert dem ehemaligen Grenzdurchgangslager

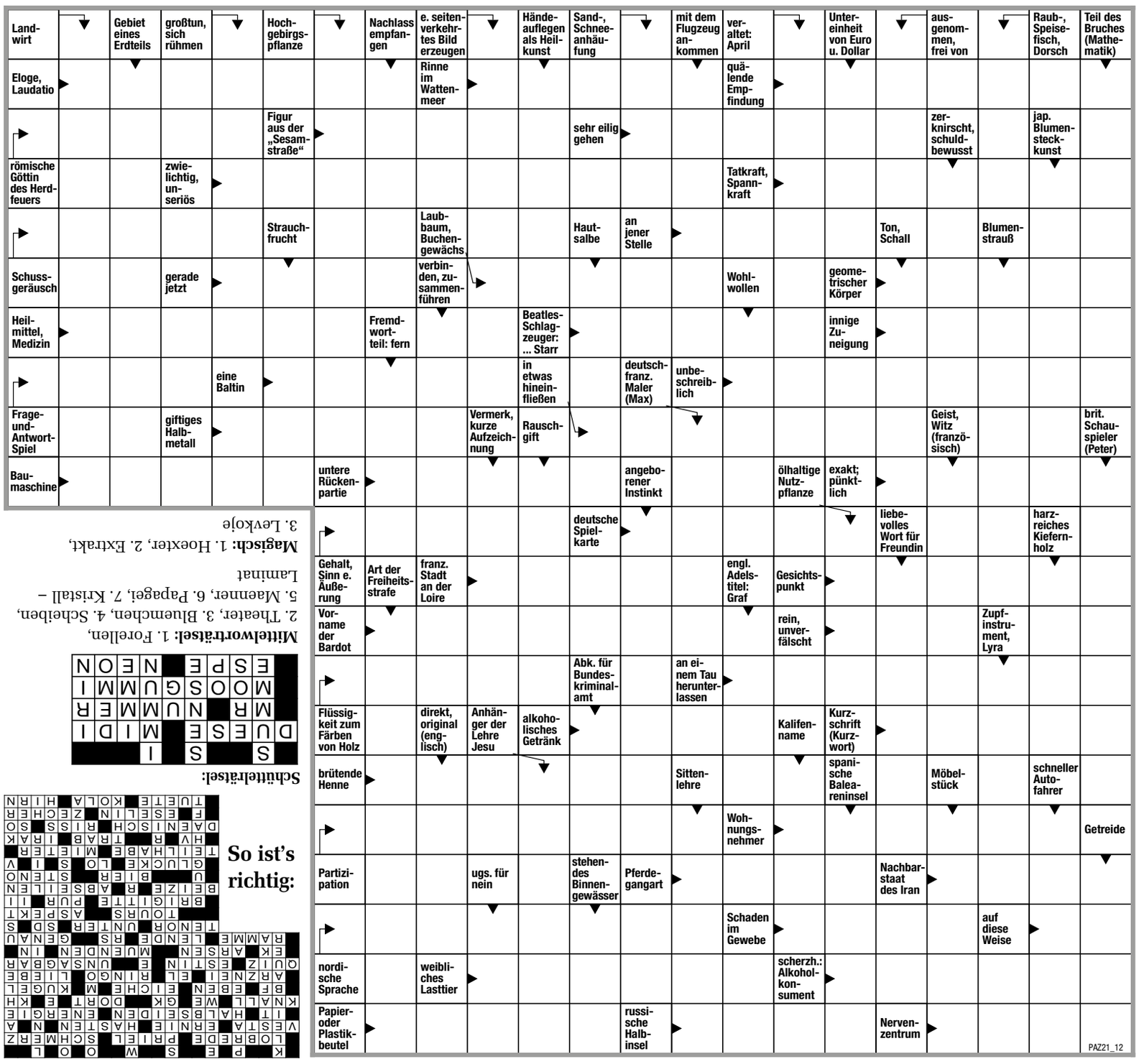
Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, gratuliert dem Museum Friedland zum fünfjährigen Bestehen. Im März 2016 war das Museum im ehemaligen Bahnhofsgebäude des Ortes, direkt neben dem bekannten Grenzdurchgangslager, eröffnet worden. „Seitdem können wir uns davon überzeugen, dass die Umwandlung des alten Bahnhofs in ein modernes Museum hervorragend gelungen ist. Das Team Museum Friedland arbeitet ausgesprochen professionell. Ihm gelten meine herzlichen Glückwünsche und meine aufrichtige Anerkennung für das große Engagement, den Ideenreichtum, die Kreativität und die herzliche Verbundenheit zu Friedland und seiner Geschichte“, betont die Landesbeauftragte.
Das Museum Friedland erinnert an über vier Millionen Menschen, die dort seit der Gründung des Grenzdurchgangslagers im September 1945 registriert und weitergeleitet worden sind. Im Wesentlichen handelt es sich um Flüchtlinge, Heimatvertriebene und Aussiedler aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, um Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft und um Aussiedler und Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der einstigen Sowjetunion.
Neben diesen großen Gruppen dient das Grenzdurchgangslager seit über 60 Jahren Bedrängten aus

Beheimatet Museum: Das historische Bahnhofsgebäude von Friedland
Foto: Museum Friedland/Stephan Beuermann

aller Welt als Erstaufnahmeeinrichtung. Das Durchgangslager ist bis heute in Betrieb. Es ist zuständig für die dem Land Niedersachsen zugewiesenen Asylbewerber und für Menschen aus dem Umsiedlungsprogramm des UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen). Daneben ist es erste Anlaufstelle für Spätaussiedler sowie jüdische Zuwanderer aus Osteuropa und Zentralasien.
„Das unmittelbare Nebeneinander von Durchgangslager und Museum ist einzigartig. Es zeigt uns aber leider auch, dass Flucht und Vertreibung zur Gegenwart gehören und wir in Niedersachsen dankbar für Frieden, Wohlstand und Freiheit sein müssen“, stellt Editha Westmann fest. Zu allen Zeiten haben Bedienstete und Ehrenamtliche die Eintreffenden in Friedland mit Verständnis und Anteilnahme empfangen. In dieser Linie erzählt das Museum die Schicksale von Flucht, Deportation, Vertreibung und Aussiedlung und legt den Schwerpunkt auf das Ankommen. „Das ist sinnvoll, weil Aufnahme und Integration einen Prozess bilden, an dem alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mitwirken sollten. Zur erzwungenen Migration gehören jedoch genauso traumatische Erinnerungen, Verlust und Schmerz sowie Trauer um umgekommene Angehörige. Wer sich ausreichend Zeit für die Ausstellung nimmt und in die Interviews mit Betroffenen hineinhört, wird schnell zu dieser Überzeugung gelangen. Auch daran sollten wir stets denken“, so Editha Westmann. Die Landesbeauftragte hat die Dauerausstellung im Museum Friedland bereits mehrere Male, auch mit interessierten Gruppen, besucht. Bei jedem Besuch hat sie neue und spannende Erkenntnisse gewonnen, die sie bewegt haben. Editha Westmann ist froh, dass Politik und Gesellschaft seinerzeit davon überzeugt werden konnten, die Geschichte dieses Ortes zu dokumentieren, zu bewahren und für eine breite Öffentlichkeit dauerhaft sichtbar zu machen. Dies möchte sie mit Blick auf das Museum Friedland als außerschulischen Lernort besonders unterstreichen. Editha Westmann dankt den Beschäftigten des Museums Friedland, der Geschäftsstelle Museum Friedland im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur sowie allen Vertreterinnen und Vertretern des Kuratoriums, des wissenschaftlichen Beirats und des Arbeitskreises für ihren Einsatz. „Als Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler und als Vorsitzende des Kuratoriums Museum Friedland bin ich sehr stolz auf das, was im Museum Friedland entstanden ist. Schon heute warten wir gespannt auf die beschlossene Erweiterung des Museums.“

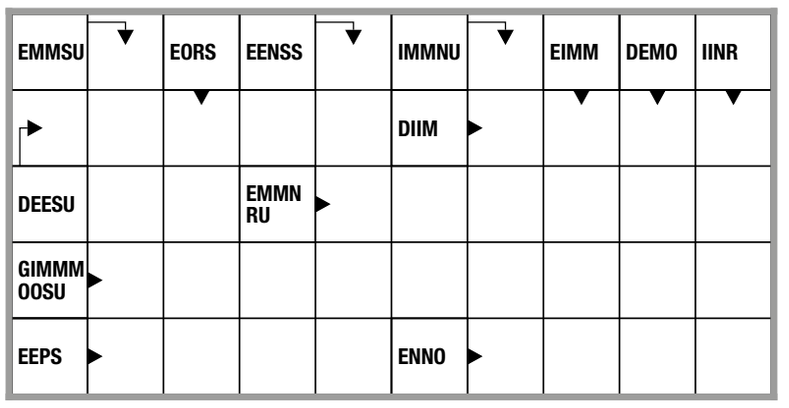
Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL

Rätsel



Schüttelrätsel

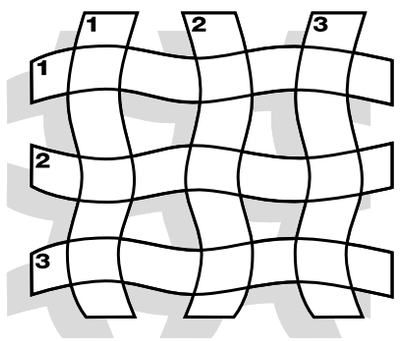
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).



Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung eine Art von Bodenbelag.

1	BACH		FILET
2	FILM		PROBE
3	GAENSE		MUSTER
4	AUTO		BREMSE
5	HAUS		TREU
6	GRAU		FISCH
7	EIS		VASE



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Stadt an der Weser (NRW)
2 eingedickter Auszug (Pharm.)
3 stark duftende Zierpflanze

Magisch: 1. Hoexter, 2. Extrakt, 3. Levkoje

Mittelworträtsel: 1. Forellen, 2. Theater, 3. Blumchen, 4. Scheiben, 5. Maenner, 6. Papagei, 7. Kristall – Laminat

Schüttelrätsel:

So ist's richtig:

ZUM 125. GEBURTSTAG

„Der Stein lockt und will geschliffen werden“

Die Goldschmiedin Toni Koy

VON BETTINA MÜLLER

Nach Herbst- und Winterstürmen gibt die aufgewühlte Ostsee dieses ganz besondere Rohmaterial frei: von kleinen Steinchen bis hin zu unscheinbaren Klumpen, denen man ihre wahre Schönheit noch nicht ansieht. Der Bernstein ist unweigerlich mit Ostpreußen verbunden. Generationen wuchsen mit dem „Baltischen Bernstein“ auf, suchten bei der Strandlese nach Funden, Bernsteinfischer stemmten sich gegen die unberechenbaren Fluten. Vor allem in den 1920er Jahren erlebte die Bernsteinindustrie eine Renaissance und wurde zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren Ostpreußens.

Toni Koy: Aufnahme etwa aus dem Jahr 1958 *Foto: privat*

Die am 28. März 1896 in Wormditt geborene Toni Koy spürte früh, dass dieser Stein eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf sie ausübte. Sie war künstlerisch veranlagt, vom Vater hatte sie handwerkliches Geschick geerbt, sodass ihre Zeichenlehrerin ihre Eltern auf ihr Talent aufmerksam machte. An der Königlichen Kunstakademie in Königsberg brachte das Zeichnen ihr jedoch nicht die erhoffte Erfüllung. Sie begann daher im Herbst 1916 eine Ausbildung an der Fachschule für Edelmetall-Industrie im hessischen Hanau, wo sie das Handwerk der Schmuckherstellung erlernte. Im Sommer 1920 kehrte sie nach Königsberg zurück und baute – als eine der ersten Frauen überhaupt in ganz Ostpreußen – mit finanzieller Hilfe des Vaters eine eigene kleine Goldschmiedewerkstatt mit kunstgewerblicher Ausrichtung auf. Dann erwarb sie sich sukzessive einen sehr guten Ruf. Elf Jahre lang war sie zwei Mal jährlich mit ihren Werken im Grassi-Museum auf der Leipziger Messe vertreten. 1936 legte sie schließlich in Königsberg ihre Meisterprüfung vor dem 1907 gegründeten Deutschen Werkbund (DWB) ab.

Der aus dem Meer geborene Bernstein war für die Goldschmiedin ihr ganzes Leben lang das bevorzugte Arbeitsmaterial. Sie schien die Kraft eines jeden Steins zu spüren, und intuitiv gab sie ihm die Form, die zu ihm passte. Dadurch, dass das Eigenleben jedes einzelnen Bernsteins herausgearbeitet wurde, waren weitere Ornamente fast überflüssig, was die mitunter eher schlichten Silberfassungen der Bernsteine erklärt.

Anstecknadel: Eine von vielen Bernsteinarbeiten der ostpreußischen Goldschmiedin Toni Koy *Foto: privat*

Mit ihrem hohen Gespür für Symbolik verwendete Toni Koy beispielsweise ein Wellenmotiv, das an den Ursprung des Bernsteins erinnern sollte. Kombiniert mit einer eher eckigen Fassung des Bernsteins entstand so eine gewisse Dynamik, die den Bernstein fast an Land zu spülen schien. Ihr Motto „Nicht der eigene Entwurf ist es, sondern der Stein lockt und will geschliffen werden seiner Eigenart gemäß“ setzte sie daher bei jeder ihrer Arbeiten um.

Sehr ungewöhnliche und ursprüngliche Werke entstanden, die mitunter auch auf die Vergangenheit des Bernsteins anspielten: Der Bernstein wurde zum Fenster in die Eiszeit-Vergangenheit. Philosophische und religiöse Annäherungen in Verbindung mit einem Naturprodukt aus dem Meer prägten die Künstlerin, die unter anderem eine Anhängerin des Anthroposophen Rudolf Steiner war, und die – laut eigener Aussage – Erfahrungen mit einer „realen geistigen Welt“ gemacht hatte, die sie völlig unerwartet Botschaften wie „Hab Vertrauen in dein Schicksal“ empfangen ließen.

In den 1920er und 1930er Jahren zählte Toni Koy zu den bekanntesten Goldschmiedinnen Ostpreußens, die einige Auszeichnungen erhielt, so zum Beispiel 1937 das Ehrendiplom bei der Internationalen Ausstellung für Kunstgewerbe und moderne Architektur der IV. Triennale in Mailand. Im selben Jahr gewann sie in einer Ausstellungsgemeinschaft mit der Staatlichen Bernsteinmanufaktur Königsberg den ersten Preis.

In der Königsberger Bernsteinmanufaktur, die damals weltweit die größte ihrer Art war, wurden unter dem Leitmotiv „gute und schöne Form“ Schmuck, aber auch Gebrauchsgegenstände oder Objekte mit kultischreligiösem Charakter angefertigt. Vor allem der künstlerische Leiter Jan Holzschuh zeigte sich verantwortlich für eine erhebliche Qualitätssteigerung im Bernstein-Schmuck-Design.

Nach der Machtergreifung wurde der Bernstein als „Deutsches Gold“ trivialisiert: zu plumpbrachialen Produkten, die vor allem Propagandazwecken dienen sollten. Bestrebungen, Mädchen und Frauen zum Tragen von Bernsteinschmuck gesetzlich zu verpflichten, beschmutzten den einst so guten Ruf des strahlenden Bernsteins nachhaltig, die hellgelbe Farbe des Bernsteins sollte an die blonden (= „arischen“) Haare deutscher Mädchen und Frauen erinnern.

Flucht aus Ostpreußen

Der Zweite Weltkrieg beendete Toni Koys Schaffen in Ostpreußen unwiderruflich. Im Sommer 1944 nahm sie Abschied von Königsberg, und verbrachte zusammen mit ihrer Mutter Toni und ihrer Schwester Hanna einige Wochen in Cranz, bis der Kanonendonner in der Ferne immer näher kam. Gerade rechtzeitig konnten die drei Frauen einen der letzten Flüchtlingszüge besteigen. Gute Bekannte, die ein Kunststudio im Grassi-Museum betrieben hatten, das im Übrigen noch heute Werke von Toni Koy besitzt, nahmen sie schließlich in Annaberg im Erzgebirge auf, wo sie heimisch wurden.

Im Juni 1946 bekamen sie eine Wohnung zugeteilt, wo sich dann das Leben zu dritt abspielte, bis 1964 die Mutter und 1984 die Schwester starb. All die Jahre war Toni Koy in ihrer eigenen Werkstatt in Annaberg-Buchholz tätig gewesen, der zudem auch Ausbildungsbetrieb war. Ab Herbst 1984 arbeitete Toni Koy den letzten Rohbernstein in ihrem Besitz auf und zog dann im Juli 1985 in ein Pflegeheim in Sonneberg.

Dort lebte die unkonventionelle Künstlerin bis zu ihrem Tod am 14. Juni 1990 in der ehemaligen DDR. „Mit ihr ist eine der Großen ihres Berufs von uns gegangen“, hieß es in der Traueranzeige im Ostpreußenblatt.

Ihre eigene Sammlung von aus Bernstein geschaffenen Kunstwerken hat Toni Koy 1988 an das Deutsche Bernsteinmuseum in Ribnitz-Damgarten verkauft. Es verwahrt heute in Deutschland den größten Teil des künstlerischen Nachlasses einer Künstlerin, deren Credo im Leben stets auch „werde du selbst, dann wird deine Arbeit“ war.

NACHRUF

Ein einzigartiger Musiker und Zeitzeuge ostpreußischen Schicksals

Erinnerungen an den Königsberger Violinisten und Autor Michael Wieck

Am 27. Februar 2021 verstarb in Stuttgart der Violonist Michael Wieck in seinem 93. Lebensjahr. Als Musikabsolvent der Berliner Hochschule begann er seine berufliche Laufbahn 1952 beim RIAS-Sinfonieorchester in West-Berlin. In den 1960er Jahren lehrte er an der Universität Auckland/ Neuseeland und wurde später Erster Konzertmeister des Stuttgarter Kammerorchesters. Ab 1974 war er auch der Erste Geiger im Radio-Symphonieorchester Stuttgart, dem er bis zu seiner Pensionierung 1993 angehörte.

Das bewegende Zeugnis eines „Geltungsjuden“

Den Königsbergern und Ostpreußen ist er besonders durch sein Buch „Zeugnis vom Untergang Königsbergs. Ein Geltungsjude berichtet“, 1989 im Verlag C.H. Beck erschienen, bekannt, das ein anerkanntes Buch ersten Ranges wurde.

Michael Wieck wurde am 19. Juli 1928 in Königsberg in Preußen als Sohn der Musiker Kurt Wieck und Hedwig Wieck-Hulisch geboren. Die Eltern waren Gründer und Mitglieder des um 1919 entstandenen Königsberger Streichquartetts, das durch Übertragungen im Rundfunk weit über die Grenzen Königsbergs hinaus bekannt war. Eine entfernte Verwandte war die Pianistin Clara Schumann-Wieck (1819-1896), die Ehefrau Robert Schumanns. Da die Mutter jüdischer und der Vater christlicher evangelischer Konfession war, wuchs Michael mit seiner Schwester in der Tradition der mütterlichen Seite auf. Dieses familiäre Detail wurde ab 1933 ein lebensgefährliches Kriterium, als der staatlich organisierte Terror gegen die jüdischen Einwohner der Stadt und im Land begann. Michael Wieck erlebte die Verunglimpfungen, die Ausgrenzungen, die Brutalitäten, bald auch von nächsten Familienangehörigen und Freunden, die Vertreibungen und schließlich die Deportationen. Eine von ihm sehr geliebte Tante gehörte zu den ersten Bürgern Königsbergs, die ab dem 24. Juni 1942 in die Vernichtungsstätten verschleppt wurden.

Er selbst überlebte diese Zeit als Zwangsarbeiter in einer Königsberger Chemiefabrik und verstand es mit kindlichen, später jugendlichen Kräften, seinen Vater und besonders seine Mutter zu unterstützen. Seine Schwester entkam 1939 mit einem Kindertransport der Quäker nach Schottland – sie war getrennt, aber in Sicherheit. Die Familie Wieck überlebte die Bombardierung und Zerstörung Königsbergs im August 1944, die Festungszeit und die Eroberung der Stadt am 9. April 1945.

Überlebenskampf nach dem Zweiten Weltkrieg

Nun galt er nicht mehr als „jüdischer Junge“, sondern als „deutscher Jugendlicher“ und teilte fortan das Schicksal der verbliebenen Bevölkerung. Ein junger Mann, der nicht nur durch die bis dato sehr junge Vergangenheit von Gewalterfahrungen und Ausgrenzung geprägt war, sondern nun auch – wie die übrigen Königsberger – dem Überlebenskampf der kommenden Jahre ausgesetzt war.

Chronist eines ereignisreichen Lebens: Michael Wieck, hier im Interview mit dem Zeitzeugenportal *Foto: Screenshot zeitzeugen-portal, YouTube*

Diese intensiven und widersprüchlichen Realitäten waren bei Michael Wieck in den Jahren der Identitäts- und Heimatsuche bis zur Buchveröffentlichung zu einer Reife gelangt. Wieck reflektiert in seinem Buch über die Schwierigkeiten einer Identität, die – bei negativer Auslegung – auch eine geistige Uniform sein kann, die andere Menschen ausgrenzt. Er erkennt die Schwachstelle in den destruktiven Veranlagungen, die in jedem menschlichen Wesen innewohnen. Sie können im unheilvollen Zusammenspiel von Ich-Wahn, Machtmissbrauch und Angstlähmung der Gefährdeten zu jeder Zeit neu ausbrechen. Der Mensch ist ein zweigeteiltes Wesen, das gefährdet bleibt. Einen Verweis gibt er an einer Stelle – darin ist er ganz Königsberger – auf Immanuel Kant und hier besonders auf dessen Schrift zum ewigen Frieden. Der Mensch als Teil eines unendlichen, unbegreiflichen Ganzen. Er muss Verantwortung übernehmen und seine Kräfte konstruktiv ausleben.

Vorträge und Lesungen

In diesem Sinne hielt Wieck fortan unzählige Vorträge in Schulen und Lesungen. Am 24. Juni 2011 wurde am Königsberger Nordbahnhof eine Gedenktafel enthüllt für die 465 Kinder, Frauen und Männer aus Königsberg und der Provinz Ostpreußen, die auf den Tag 69 Jahre zuvor von hier in das Vernichtungslager Malyj Trostenez bei Minsk verschleppt wurden. Es war die erste Deportation von Königsbergern jüdischen Glaubens im Rahmen des nationalsozialistischen Massenmordes an den Juden Europas.

Die Enthüllung zeigte, dass auch die heutigen Einwohner Königsbergs ein großes Interesse an der neueren Geschichte haben. Anwesend waren neben Michael Wieck und Nechama Drober eine weitere Überlebende, die 1927 als Hella Markowsky in Königsberg geboren wurde. Sie lebt heute in Israel. Beide kannten einander als Kinder, beide Lebenswege führten in extreme Grenzerfahrungen. Michael Wieck ermunterte Nachama Drober, auch ihre Erinnerungen zu dokumentieren. Sie erschienen unter dem Titel „Ich heiße jetzt Nechama“.

Tiefe Lebensbejahung

Wer Michael Wieck traf, war schnell in den Bann seiner Persönlichkeit gezogen. Er verstand es, sein unerschöpfliches Wissen und seine Rückschlüsse aus diesem Wissen auf jeden seiner Gesprächspartner einzustellen und alleine durch seinen Vortrag überzeugend zu wirken. Seine Klarheit selbst im hohen Alter, seine stille und tiefe Lebensbejahung, und seine freundliche Ausgeglichenheit werden in den Menschen, die ihm begegneten, noch lange nachhallen.

Als gültiges Zeugnis bleibt sein vorerwähntes Buch, das in seiner zeitlosen Qualität zu Recht als „document humain“ gewertet werden darf.

Wir werden Michael Wieck ein dankendes und ehrenvolles Andenken bewahren. Unsere Anteilnahme gilt seiner Gattin und seiner nächsten Familie und Freunden.

Jörn Pekrul

OSTPREUSSISCHER ERFINDER

„Sub Marine Explorer“

Der Memeler Julius Kroehl und sein zwölf Meter langer Tauchapparat

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vor 20 Jahren entdeckte der US-amerikanische Unterwasserarchäologe James P. Delgado an der Nordküste der unbewohnten Insel San Telmo im Golf von Panama die total verrosteten Überreste eines kleinen U-Bootes von rund zwölf Metern Länge und 30 Tonnen Gewicht. Nach langwierigen Recherchen fand er schließlich heraus, dass es sich um das Wrack der 1869 aufgegebenen „Sub Marine Explorer“ handelte.

Konstrukteur dieses Tauchapparates war Julius Kroehl gewesen. Der hatte 1820 im ostpreußischen Memel das Licht der Welt erblickt und später in Berlin Ingenieurwesen studiert. Danach war er in die USA ausgewandert. Dort eröffnete der Neuankömmling, er ursprünglich Kröhl hieß, eine Werkstatt für Metallverarbeitung. Während des amerikanischen Sezessionskrieges diente der US-Bürger in der Marine der Nordstaaten und ersann in jener Zeit ein U-Boot, das drei Ausstiegsschleusen für Taucher besaß, deren Aufgabe darin bestehen sollte, Sprengladungen an feindlichen Schiffen anzubringen. Allerdings zeigte die Admiralität kein Interesse an dem Projekt von Kroehl. Der Grund für den abschlägigen Bescheid im Jahre 1863 war wohl der Umstand, dass mit der „USS Alligator“ bereits ein ähnliches Fahrzeug existierte. Das sank dann allerdings bald darauf auf dem Weg zu seinem ersten Einsatz.

Nicht mehr zu bergen: Das Wrack des ersten funktionstüchtigen U-Bootes der Welt auf einer Aufnahme aus dem Jahr 2004 an der Nordküste der unbewohnten Insel San Telmo, Panama *Foto: pa*

Vom Militär abgelehnt

Der kurz vor dem finanziellen Ruin stehende Kroehl – er hatte bereits 17.000 US-Dollar für Material ausgegeben – wandte sich nach der Zurückweisung durch das Militär an den Bruder des berühmten New Yorker Juweliers Charles Lewis Tiffany, der mit vier anderen Geschäftsleuten die Pacific Pearl Company gegründet hatte. Diese Gesellschaft wollte die Perlentaucherei im Archipiélago de las Perlas vor der Südküste Panamas revolutionieren und benötigte dafür entsprechende Unterwassertechnik. Also finanzierte William Henry Tiffany den Weiterbau der „Sub Marine Explorer“, die am Ende rund 100.000 Dollar kostete, auf der Werft von Ariel Patterson in Brooklyn.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des U-Bootes im Jahre 1865 verkörperte dieses den absoluten Höchststand der damaligen Technik: Genau wie die heutigen Vertreter seiner Art konnte es mithilfe von speziellen Tanks sinken und wieder aufsteigen. Die maximale Tauchtiefe der eisernen Zigarre, die bis zu sechs Mann aufnehmen konnte, lag bei 40 Metern, die Tauchzeit bei vier Stunden. Und es besaß die von Kroehl erdachten Schleusen am Boden – nunmehr vorgesehen zur Nutzung durch Perlentaucher.

Erfolgreich im Einsatz für Juwelier

Die erste Vorführung der „Sub Marine Explorer“ erfolgte am 30. Mai 1866 in einem New Yorker Hafenbecken an der North Third Street vor Offizieren, Unternehmern und Journalisten. Das U-Boot glitt um 13.30 Uhr mit Kroehl und drei weiteren Wagemutigen an Bord langsam in die Tiefe und tauchte dann erst 90 Minuten später vor dem jubelnden Publikum wieder auf, wonach die Besatzung stolz einen Eimer Schlamm vom Grund präsentierte. Kurze Tauchgänge waren zuvor zwar auch schon anderen Unterwassergefährten gelungen, aber keines funktionierte nach dem fortschrittlichen Prinzip, das Kroehl verwendete.

Die nunmehr einsatzbereite „Sub Marine Explorer“ wurde im September 1866 in ihre Einzelteile zerlegt, nach Panama gebracht und dort wieder zusammengesetzt. Danach sollte die Perlensuche starten. Von der erhoffte sich Tiffanys Gesellschaft einen Reingewinn von 450.000 Dollar pro Jahr, während Kroehl ein Jahresgehalt von 2500 Dollar winkte. Doch das konnte der Erfinder nicht mehr kassieren.

Caissonkrankheit

Am 22. Juni 1867 begannen die ersten Tauchgänge vor der Insel Flamenco, wobei zeitweise sogar der panamaische Staatspräsident Vicente Olarte Galindo zugegen war. Diese wurden sehr erfolgreich absolviert. Allerdings starb Kroehl bereits am 9. September 1867 in einem Hospital in Panama-Stadt. Als Todesursache wurde damals Malaria angegeben, doch wird vermutet, dass dem gebürtigen Ostpreußen die auch als Dekompressions-, Druckfall- oder Taucherkrankheit bekannte Caissonkrankheit zum Verhängnis wurde. Beim zu schnellen Auftauchen nach längerem Verweilen in der Tiefe, wo Überdruck herrscht, können Gasblasen im Blut entstehen und tödliche Embolien verursachen. Das wusste man seinerzeit aber noch nicht: Die erste medizinische Abhandlung hierüber erschien erst 1869, ohne dass sich die Gefahr anschließend sofort herumgesprochen hätte.

Deshalb war nach Kroehls Tod auch ein neuer Ingenieur bereit, die Tauchfahrten fortzusetzen. Unter dem Kommando von Henry Augustus Dingee stieg die „Sub Marine Explorer“ im Sommer 1869 an elf aufeinander folgenden Tagen zum Meeresgrund bei San Telmo hinab und „erntete“ 12.700 Pfund Perlmutt sowie diverse Perlen im Wert von 2000 Dollar. Danach wurde das U-Boot wegen weiterer Todesfälle durch „Fieber“ aufgegeben und am Strand der panamaischen Insel zurückgelassen, wo Delgado es dann 2001 fand. Der Unterwasserarchäologe erwog eine Bergung und Restaurierung des technischen Denkmals, jedoch würde dieses beim Versuch, es von seinem letzten Ruheplatz wegzuschleppen, sehr wahrscheinlich wegen der bereits äußerst weit fortgeschrittenen Korrosion in zahllose Einzelteile zerbrechen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Nationalität ist nicht gleich Staatsangehörigkeit

Die Verbände der Deutschen Minderheit helfen bei der Volkszählung

Am 1. April beginnt polenweit die Volkszählung. Alle zehn Jahre wird nach Bildungsstand, Wohnverhältnissen, Religion und Nationalität gefragt. Die Organisation der Deutschen in der Republik Polen leistet Aufklärungsarbeit. Man wolle den Deutschen die Angst nehmen, zu ihrer Nationalität zu stehen. Bernard Gaida, Vorsitzender des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), weist auf einen häufigen Denkfehler hin: „Nationalität ist keineswegs mit der Staatsangehörigkeit gleichzusetzen! Auch wenn wir polnische Staatsbürger sind, können wir doch einer anderen Nation angehören. Wenn man sich aber keine großen Gedanken darüber macht, kommt es zu Fehlern“, sagte Gaida in der Sendung der Deutschen Minderheit „Schlesien Aktuell“ im Radio Oppeln. Denn auch wer keine deutsche Staatsangehörigkeit habe oder nicht dem Verband der Deutschen angehöre, könne doch sehr wohl deutscher Nationalität sein. Die Frage nach der Staatsbürgerschaft taucht im Formular der Volkszählung relativ weit vorne auf. Nach der Nationalität wird erst später gefragt.

„Unsere Mitglieder und ihre Familien können sich in unserem Büroraum beim Ausfüllen der Formulare Hilfe holen. Jeden Donnerstag von 13 bis 16 Uhr warten Vorstandsmitglieder und helfen bei der elektronischen Zählung“, so Gustav Bolesław Bernaczek, Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen in Grünberg. Ihm ist bewusst, dass besonders die älteren Mitglieder keinen Zugang zum Internet haben. Dabei ist die digitale Erfassung optimal für Menschen, die immer noch Ängste haben, sich zum Deutschtum zu bekennen.

„Fragen nach der nationalen und ethnischen Zugehörigkeit haben einen deklarativen Charakter und sind völlig subjektiv. Die Befragten antworten so, wie sie ihre Nationalität oder ethnische Zugehörigkeit verstehen und fühlen“, sagt Renata Wasilewska, stellvertretende Direktorin des Statistischen Amtes in Oppeln, gegenüber der Zeitung „Wochenblatt.pl“. „Im Oppelner Statistischen Amt bemüht man sich, den Befragten ihre Ängste zu nehmen und eine positive Atmosphäre für die Volkszählung zu schaffen. Wir möchten Menschen als Telefoninterviewer gewinnen, die in ihren lokalen Gemeinschaften eine Art Volkszählungsbotschafter werden könnten. Sie sollen unter den Minderheiten ein positives Bild der Volkszählung zeichnen“ sagt sie. Laut Wasilewska ist es für den Befragten einfacher, in einer elektronischen Selbstbeantwortung zu einer nicht-polnischen Nationalität zu stehen. Schließlich gäbe es dabei keine „Zeugen“.

Hilft bei der Volkszählung: Bolesław Bernaczek *Foto: Chris W. Wagner*

Anders als vor zehn Jahren ist die Volkszählung 2021 für alle Bürger zwingend. Wer sich nicht elektronisch den Fragen unterzieht, wird vom zuständigen Statistikamt angerufen. Wer auch so nicht erreicht wird, bekommt Besuch von einem externen Volkszähler. „Es sind Personen, die von Gemeinden angeworben wurden. Sie wurden geschult, mussten Prüfungen ablegen und haben einen Eid abgelegt, nicht nur das statistische Geheimnis zu wahren, sondern ihre Rolle als Volkszähler ordentlich auszuführen, und das bedeutet auch, die Formulare im Einklang mit den Angaben der Befragten auszufüllen“, so Monika Bartel, Pressesprecherin des Statistischen Amtes in Oppeln. Vertrauen fehlt dennoch. Vielen ist noch präsent, dass die Volkszähler 2011 die Antworten der Befragten mit Bleistiften in die Formulare eintrugen, was eine spätere Änderung möglich machte. In jenem Jahr deklarierten sich 147.000 als Deutsche; 2001 waren es noch 152.000.

Teilnahme an Zählung ist zwingend

„Die Volkszählung ist eine gute Möglichkeit, in sich zu gehen und über die eigene Herkunft nachzudenken“, meint Gaida. Für Oberschlesier, Masuren oder Kaschuben gibt es neben der Frage nach der Nationalität eine weitere Frage nach einer zusätzlichen nationalen oder ethnischen Zugehörigkeit. „Man kann sowohl die deutsche Nationalität als auch bei der zweiten Frage die Zugehörigkeit zum (ober-)schlesischen Ethnikum deklarieren.“

Vom Ergebnis der Volkszählung würden letztlich Rechte abhängen, die in Gesetzen mit dem Umfang der Minderheit gekoppelt seien, wie etwa die 20-Prozent-Hürde bei zweisprachiger Ortsbeschilderung in der entsprechenden Gemeinde.

Chris W. Wagner

INGENIEURSKUNST

Die Kaiserfahrt und das Swinedelta

Die Kaiserfahrt optimierte im Jahre 1880 die Schiffspassage zwischen Swinemünde und Stettin

VON ERWIN ROSENTHAL

Als am 20. August 1880 der „Caseburger Durchstich“ unter dem Namen „Kaiserfahrt“ für die Schifffahrt freigegeben wurde, war der Hafenbau in Swinemünde beendet. Bereits vor dem Stockholmer Friedensschluss von 1720 hatte Friedrich Wilhelm I. dem Stettiner Regierungsrat von Lettow befohlen zu überprüfen, ob Stettiner Schiffe die Ostsee über die Swine erreichen könnten. Robert Burkhardt nennt dieses Schriftstück den „eigentlichen Geburtsbrief von Swinemünde“.

Die Preußenkönige trachteten seinerzeit danach, einen Fuß am Meer zu haben, um „am Commercio der ganzen Welt Anteil zu haben“. Die Unterhaltung des stehenden Heeres, das Führen von Kriegen, die Besoldung der Beamten sowie die Schaffung repräsentativer Gebäude in Potsdam und Berlin kosteten Geld, sehr viel Geld sogar. Und der Außenhandel bildete ein probates Mittel zur Aufstockung der Goldreserven.

Im Jahre 1740 hatte der Hafenbau an der Swine begonnen. In steter Auseinandersetzung sowohl mit den Naturgewalten als auch mit den Schweden, die immer noch den größten Teil Vorpommerns besetzt hielten und den Hafenbau störten, wo sie konnten, schuf Preußen die Hafenstadt Swinemünde.

Geniale Ingenieure ersannen Bewundernswertes, nie Dagewesenes. Tonnen edlen Goldes flossen in das Projekt. Robert Burkhardt, der verdienstvolle Chronist der Stadt, schreibt, dass Preußen auf dem Felde der inneren Kolonisation im 18. Jahrhundert niemals Größeres und Schwierigeres gewollt und erreicht hat, als an der Swinemündung.

Bis zum Jahre 1880 hatte in der Fahrrinne von Swinemünde nach Stettin immer noch ein Nadelöhr existiert: das weitläufige Swinedelta mit seinen 41 Inseln, zwischen dem Lognitzer Ort (vor Kaseburg) und Lebbin gelegen. Ein solches Rückseitendelta ist ein äußerst seltenes Gebilde. Entstanden ist es durch die Wechselwirkung von Ostsee, Swine und Haff. Nachdem man im Jahre 1856 die Fahrstraße nach Stettin auf fünf Meter ausgebaggert hatte, wurde deutlich, dass selbst diese relativ geringe Tiefe im Swinedelta nur schwer zu halten war.

Die Kaiserfahrt (oben) und das Swinedelta und Kaseburg (unten) Fotos (2): Erwin Rosenthal

Wollte Swinemünde der bevorzugte Vorhafen Stettins bleiben, musste mit Notwendigkeit ein Kanal zwischen der Stadt und dem Stettiner Haff geschaffen werden. Nach sechsjähriger Bauzeit war schließlich die künstliche Wasserstraße fertig. Die Kosten der insgesamt 9,3 Kilometer langen Wasserstraße – 5,1 Kilometer entfielen auf den Durchstich, der Kaseburg von der Insel Usedom abtrennte und 4,2 Kilometer auf die Beseitigung von Untiefen – beliefen sich auf 3,5 Millionen Mark. Die Tiefe der Kaiserfahrt betrug bei gewöhnlichem Wasserstand 5,7 Meter, die Wasserspiegelbreite 92 Meter. Im Laufe der Jahre wurde der Kanal auf 180 Meter verbreitert und auf neun Meter vertieft. Molen schützten den neuen Kanal auf rund zwei Kilometern Länge gegen Versandung aus dem Haff.

Eine Meisterleistung

Die Seeschifffahrtsstraße Stettin-Swinemünde erfuhr durch den Kanal eine wesentliche Abkürzung und Verbesserung. Passierten Swinemünde im Jahre 1879 3450 Schiffe, waren es 1913 bereits 6300. Stettin war durch die Vervollkommnung seines Vorhafens zum bedeutendsten Hafen an der deutschen Ostseeküste geworden und behielt diesen Status bis zum Jahre 1945.

Dagegen verlor der Swinemünder Hafen durch den Bau der Wasserstraße an Bedeutung, da die großen Schiffe nun auch Stettin anlaufen konnten, ohne in Swinemünde geleichtert oder umgeladen zu werden. Durch den Badebetrieb im Ostseebad Swinemünde wurde dieses Defizit jedoch ausgeglichen.

Der polnische Name für die Kaiserfahrt ist „Kanał Piastowski“. Die polnische hochmittelalterliche 1370 ausgestorbenen Herrscherdynastie der Piasten hatte mit dem Kanal jedoch nicht das Geringste zu tun. Der deutsche Kaiser hatte ihn jedoch immer wieder passiert.

● **Erwin Rosenthal** ist Heimatforscher in Greifswald und hat zahlreiche Dokumentationen verfasst

LEICHTE MUSE

Zwischen Heringsdorf und Swinemünde

... steht ein Strandkorb an der See – eine musikalische Reise in die Vergangenheit

Die Urlaubssaison steht wieder vor der Tür. Corona-bedingt werden viele Urlauber in Deutschland buchen. Da ist die Insel Usedom mit den drei Kaiserbädern Ahlbeck, Heringsdorf und Bansin ein beliebtes Ziel. Auch das benachbarte, jetzt polnische Seebad Swinemünde gehörte zu den Perlen der Ostseebäder. Tauchen Sie jetzt in längst vergangene Zeiten ein.

Vieles hat sich geändert, doch geblieben ist die inzwischen wunderbar restaurierte Bäderarchitektur, die uns damals wie heute zeigt, welche Juwelen diese Seebäder darstellen. Anders sieht es leider in Swinemünde aus, das Seebad wurde 1945 durch Bombenangriffe weitgehend zerstört und hat seine ursprüngliche Schönheit noch nicht wieder erlangt.

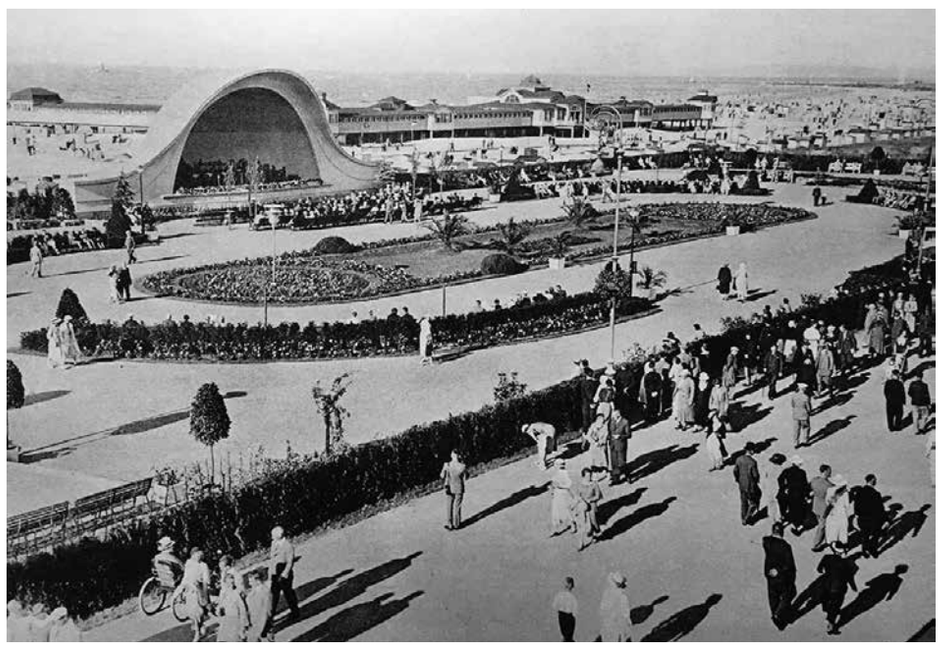
Alte Schallplatten sind inzwischen wieder sehr begehrte Sammlerobjekte

Seitdem ich im vergangenen Jahr den Badeschlager aus den 1920ern, „Zwischen Heringsdorf und Swinemünde“ gehört habe, lässt mich dieser Ohrwurm einfach nicht wieder los. Gesungen hat ihn Max Mensing, es spielte das Saxophon-Orchester Dobbri. Das Lied entspricht dem damaligen Zeitgeschmack, ist aber so eingängig, dass man es auch heute recht bald ständig trällert.

Mondäne Ostseebäder

Die Gedanken gehen zurück. Man sprach damals von den mondänen Ostseebädern, zu denen auch Zoppot und Cranz gehörten. Es tummelte sich dort die damalige Prominenz. Es haben zum Beispiel der Stummfilmstar Henny Porten, der bedeutende Staatsmann und Friedensnobelpreisträger Gustav Stresemann und viele Größen aus Politik und Wirtschaft dort ihren Urlaub verbracht, beziehungsweise sie hatten ein eigenes Sommerhaus.

Man mag sich die breiten Promenaden, den Kurpark mit den Konzertmuscheln vorstellen, die ein buntes Musikprogramm boten. So traf man sich zum Beispiel bereits zum Frühkonzert im Hotel Esplanade, wo die weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannte Kapelle Bernhard Etté spielte. Ein Tanzmeister und seine Gattin bemühten sich um die Alleinstehenden unter den Kurgästen und die Tanzfläche füllte sich zusehends. Höchst elegant gekleidet bewegte man sich damals. Auf den Seebrücken flatterten die Fahnen vieler Nationen.



Swinemünde 1936: Konzertplatz vor dem Kurhaus. Im Hintergrund das Gesellschaftsbad Fotos (2): Privatsammlung

Die Gastronomie und die Geschäfte boten für jeden etwas. In der Bar „Meran“ hielt sich hauptsächlich das betuchte Publikum auf, mit volkstümlichen Preisen dagegen lockte die Gaststätte „Wien-Berlin“. Überall war man um die Gäste bemüht.

Doch auch das Arbeitsleben wurde mit Interesse von den Gästen wahrgenommen. Man beobachtete gerne die Fischer, die zum Fang ausliefen beziehungsweise zurückkehrten. Auch konnte man sich bei den Fischerfamilien ein Boot ausleihen und auf die See hinaus rudern. Bei ganz klarer Sicht schweifte der Blick bis zur Greifwalder Oi. Doch wichtig waren natürlich das Bade- und Kurleben, das war schließlich der Grund des Aufenthalts an herrlich frischer Seeluft.

Das genannte Lied ist nicht das einzige, das mit einer eingängigen Melodie diese Bäder musikalisch bedacht hat. Auch der bekannte Schlager „In Swinemünde träumt man am Strand“ von 1924, im Jahr 1927 sang man „Ich fahr auf 14 Tag’ nach Swinemünde“, es sang Max Kuttner. In den 1930ern spielt das Orchester Oskar Joost mit den Spree-Revellers, bei denen auch Rudi Schuricke sang, „Das sind die Nächte von Swinemünde“.

Sicher wird man mit weiteren Titeln fündig werden. Im Internet, zumeist bei YouTube, kann man diese Raritäten entdecken, die auch heutzutage viele Liebhaber gefunden haben. Zeugen sie doch von einer Zeit, die es so nicht mehr gibt, die aber durch viele Fotos, Berichte und auch die Erinnerungen unserer Zeitzeugen präsent geblieben ist.

Wenn ich zum Beispiel in Zoppot weile, habe ich stets die alten schönen Postkarten-Bilder vor Augen und erinnere mich gerne an Erzählungen, in denen von der Kapelle Ernst Stieberitz berichtet wurde, die dort unter anderem in der Musikmuschel aufspielte. *Brigitte Stramm*

„Was ist aus dem mustergültigen Staat geworden?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Wir freuen uns immer auf den Donnerstag, dann gibt’s die neue *PAZ*. Das bedeutet, unabhängigen Journalismus zu genießen“

Manfred und Gisela Löffelmacher
Flensburg

Ausgabe Nr. 11

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

INS LINKS-GRÜNE VERDERBEN

ZU: MENETEKEL AN DER WAND (*PAZ-ONLINE* VOM 14. MÄRZ)

Weshalb wird nirgends darauf aufmerksam gemacht, dass bei beiden Wahlen nicht zwangsläufig Rot oder Grün regieren müssten? In Baden-Württemberg könnte Schwarz/Gelb/Blau eine Pattsituation erzwingen. In Rheinland-Pfalz hätte Schwarz/Gelb/Blau/Blau sogar die knappe Mehrheit. Unabhängig davon, dass ich das Wahlverhalten zu vieler Deutscher nicht mehr nachvollziehen kann, verstehe ich nicht, weshalb wir sehenden Auges immer schneller ins links-grüne Verderben rennen, auch wenn durchaus klar ist, dass viele Menschen eine Merkel-CDU nicht mehr wählen können oder wollen.

Jens Knipphals, Wolfsburg

UNTERDRÜCKUNGS-IDEOLOGIE

ZU: DIE KRISE SITZT TIEF UND TIEFER (NR. 10)

Leider ist es allerdings so, dass man den gegenwärtig „Regierenden“ absprechen muss, dass sie begreifen könnten, was der Einklang von „Geist und Körper“ als menschliches Bedürfnis bedeutet. Denn was seit November 2020 passiert ist, das hat mit „Schutzmaßnahmen“ längst nichts mehr zu tun – sondern ist mit den Mitteln von Drohungen, Strafmaßnahmen sowie der Erzeugung von Panik und Angst auf die diktatorische Unterdrückung in allen Bereichen der Gesellschaft ausgerichtet. Und das soll auch möglichst so bleiben:

Mit einem hirnlosen Gespinst von Abpressen von Personalien, Testen, Impfen, Apps vor dem Hintergrund eines willkürlichen sogenannten „Inzidenzwertes“ wird dieses Szenarium durchgesetzt. Ziel wird es sein, die Gesellschaft „kultur- und bildungsneutral“ zu machen. Das passt zum „Geist“ der Politideologen, welche die Gesellschaft immer mehr in ihren „Bann“ – besser in den Abgrund – ziehen.

Ich hatte bereits im November 2020 in einem Schreiben an die Bundesregierung auf die möglichen katastrophalen Folgen ihrer „Corona“-Politik hingewiesen. Aber in diesem Land bekommt der steuerzahlende Bürger längst keine Antwort mehr. Eine ähnliche Reaktion wird es wohl auch auf den im Artikel genannten Appell geben.

Manfred Kristen, Freital

NICHT DES GEDENKENS WERT?

ZU: KANZLER-GRAB SOLL „AUSLAUFEN“ (NR. 10)

Kurt von Schleicher war eine außergewöhnliche und bedeutende Führungspersönlichkeit der Weimarer Republik. Hochintelligent, christlich geprägt, sozial und verfassungstreu. Dazu – wie auch anders – mit allen Wassern eines routinierten Politikers gewaschen.

Als er im August 1932 in Fürstenberg bei Berlin im Einverständnis mit Papen und Hindenburg mit Hitler verhandelte und dieser als Führer der stärksten Partei im Reichstag die Kanzlerschaft forderte, glaubte Schleicher wohl noch – so wie viele andere – an die Abnutzung und Schwächung der Hitlerbewegung im Falle der Regierungsverantwortung. Sicher ist das energische und grantige Nein Hindenburgs zu einer Kanzlerschaft des „böhmischen Gefreiten“, und zwar in jeder Form.

Der Reichspräsident war von der Abnutzungstaktik einer Regierung Hitler nicht zu überzeugen. Die „braune Kanaille“ (v. Schleicher) musste auf anderem Wege von der Macht ferngehalten werden. Es gibt keinen Zweifel daran, dass Schleicher bis zur sogenannten Machtergreifung der politisch mächtigste Gegner und Feind der NS-Bewegung war. Diese beschoss er auch nach dem Januar 1933 mit giftigen Sarkasmen, was er und seine völlig unschuldige Frau mit dem Leben bezahlen mussten. Sie starben den Märtyrertod im geistigen und politischen Widerstand gegen den nationalsozialistischen Ansturm auf die Weimarer Demokratie.

In der Gedenkkultur unserer heutigen Bundesrepublik aber gibt es keinen Platz für Kurt von Schleicher, kein Straßenname erinnert an ihn. Eine Nachfrage des Autors im Rathaus Potsdam blieb unbeantwortet. Noch nicht einmal eine Gedenktafel existiert am Hause in der Neubabelsberger Griebnitzstraße 4, in dem er und seine Frau ermordet wurden. Ein Grabkreuz auf dem Friedhof Berlin-Lichterfelde allein ist einziger Erinnerungsort. Ein Reichswehrgeneral passt offenbar nicht ins Gefüge unserer politisch differenzierenden Gedenkkultur, und auch die gemordete Ehefrau scheint nicht des Gedenkens wert. *Dr. Thomas Persdorf, Mainz*

FUTTERNEID DER ETABLIERTEN

ZU: AFD-BEOBACHTUNG (NR. 10)

Für die Einstufung der AfD in eine demokratiefeindliche, überwachungswürdige Partei ist der einzig nachvollziehbare Grund der Futterneid der etablierten Parteien im Wahljahr 2021. Für jeden mündigen Bürger erkennbar geht es nur darum, die einzige Oppositionspartei zu diskreditieren.

Gemeinsam mit Rot, Rot, Grün betätigt sich die CDU/CSU als Wadenbeißer, in der Hoffnung, dass die anhaltenden Corona-Beschränkungen auch zur Verringerung des Denkvermögens der Wähler beigetragen haben.

Wir Ostdeutschen haben leidvoll erfahren müssen, wohin der gnadenlose, permanente Druck des Staatsapparates gegen freie Meinungsäußerung führt. Fast 40 Jahre Sozialismus in Reinkultur haben wir mit friedlichem Widerstand besiegt.

Bärbel Ballhorn, Aschersleben

KEINE SCHANDE ÜBER RICHTER

DAS DENKWÜRDIGE SCHWEIGEN DER VERFASSUNGSRICHTER (NR. 8)

Schweigen nur im Zusammenhang mit Covid-19? Ganz sicher nicht. Es gibt immer noch das aktuelle Thema „Flüchtlinge/Asyl“. Wir haben ein Grundgesetz, in dem „Spielregeln“ festgelegt sind. Ein Gesetz, dass seine Gültigkeit an dem Tag verliert, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist (Art. 146 GG). Es gibt zwischenzeitlich ein „gesamtes deutsches Volk“, und nichts ist geschehen. Haben unsere Volksvertreter Angst vor der Entscheidung des Volkes?

Was ist, wenn geltendes Recht nicht mehr für alle gilt? Wenn die Waage zwischen Freiheit und Sicherheit zulasten der Freiheit ausschlägt? Was ist aus dem mustergültigen, nahezu perfekten Staat geworden, den viele mal bewundert haben? Ein Staat, in dem das Parlament immer häufiger zu dem schweigt, was die Regierung glaubt machen zu müssen. Der Denunzierungen „öffentlich ausschreibt“.

Eine sehr gefährliche Vorgehensweise. Braucht der Staat schon „IM“, um seine Aufgaben erledigen zu können? Wir leben in einem Land, in dem zwar die freie Meinungsäußerung im Grundgesetz geregelt ist, aber es gefährlich ist, sie zu äußern.

Oft (zu oft) wird Kritik mit Hass gleichgesetzt. Oder es ist entscheidend, wer Kritik äußert. Das kann man sicherlich noch weiter fortsetzen. Selbstverständlich wünsche ich mir, dass die Verfassungsrichter häufiger auf den „Plan“ treten. Aber „Schande“ über die Verfassungsrichter? Nein! Es stellt sich eher die Frage, ob die Verfassungsrichter ihren Beruf noch so ausüben dürfen oder können, wie sie es sollen oder wollen.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

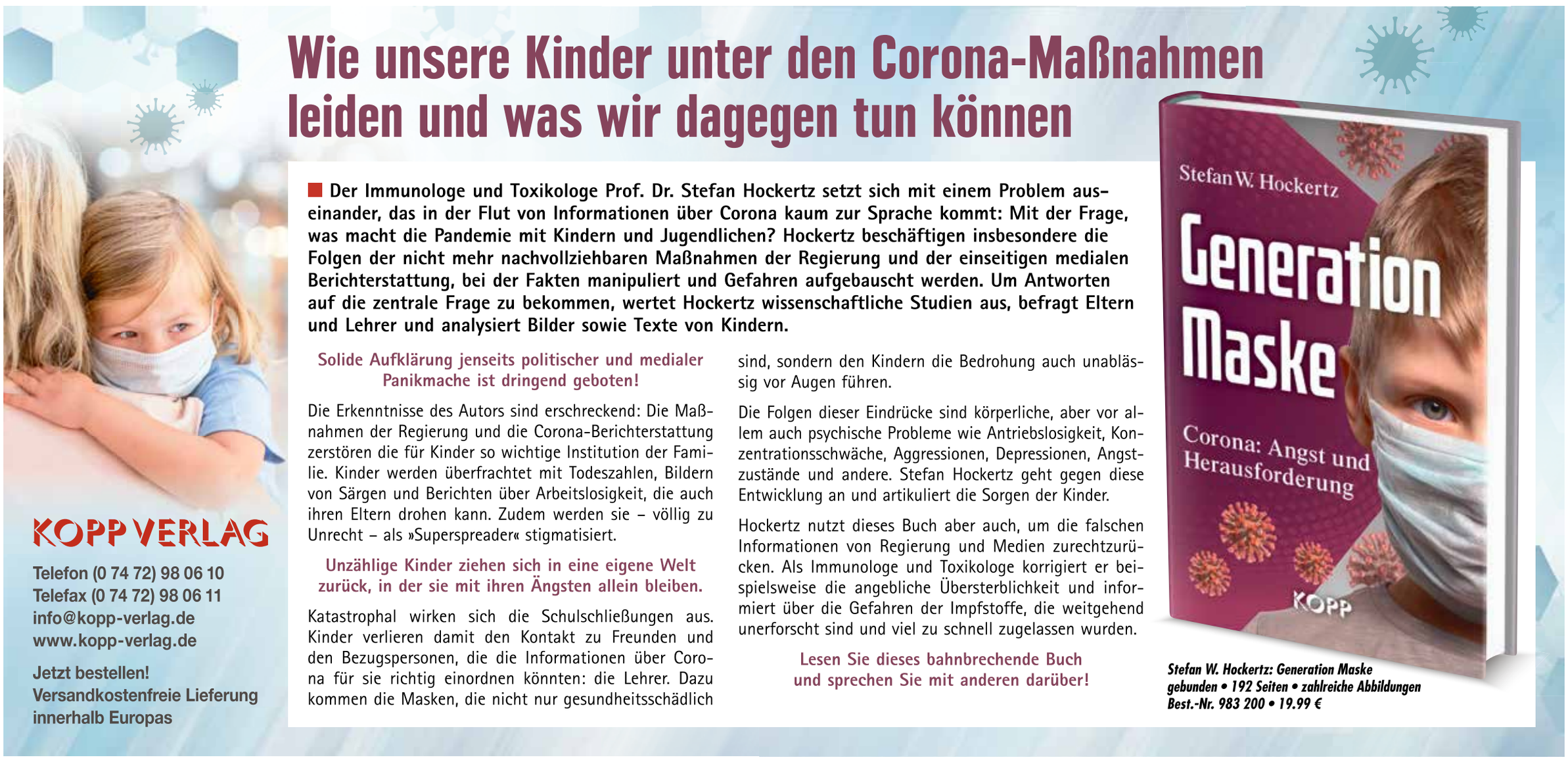
SEELSORGERISCHER BEITRAG

ZU: COVID-19 UND DER TOD (NR. 9)

Dem Autor gebührt Dank für seinen kritischen, vor allem aber zum Nachdenken anregenden – ja geradezu seelsorgerischen – Beitrag. Er hebt sich wohltuend ab von Vielem, was zum Thema „Corona“ bisher schon geredet und geschrieben worden ist.

Die Christen in Deutschland hätten allerdings eine solche hilfreiche Wegweisung zuallererst von anderer, von berufener Seite erwarten dürfen, zum Beispiel von beiden Kreuzrittern vom Tempelberg. *Edelbert Breu, Sulzbach-Rosenberg*

ANZEIGE



BRAUEREIEN

Schales Sabbelwasser

Bierbrauer werden ihr Produkt nicht los – Wohin mit dem Gerstensaft, wenn Gaststätten dicht sind und keine Volksfeste stattfinden?

VON MARKUS BAUER

Zu schade zum Wegkippen: Vater und Sohn Gross gönnen sich in ihrer Brauerei in Deuerling einen Schluck *Foto: Bauer*

Zum 31. März hat die seit 1929 bestehende Brauerei Weißbierbräu Unertl in Mühldorf (Oberbayern) ihr Sudhaus geschlossen, das heißt den Braubetrieb eingestellt. Drei Tage zuvor musste die Brauerei Prössl in Adlersberg bei Regensburg bereits zum zweiten Mal ihre Traditionsveranstaltung am Palmsonntag, den mit einem großen Bierfest verbundenen Palmator-Ausschank, absagen. Andere Brauereien waren gezwungen, Bier wegzuschütten oder gaben das Sabbelwasser als Spende aus, ehe es schal wird.

Das sind nur drei Beispiele, die verdeutlichen, dass auch die Braubranche inzwischen überaus stark mit den Lockdown-Maßnahmen zu kämpfen hat. Mit den monatelangen Schließungen des Hotel- und Gaststättengewerbes ist auch eine Branche betroffen, die der Gastronomie seit jeher nahesteht – das Brauwesen.

Dieses leidet aus mehreren Gründen besonders unter Corona. Da die Gastronomie geschlossen hat, fehlt die Abnahme eines guten Teils des gebrauten und in diesem Fall meist in Fässern abgefüllten Bieres. Aber auch Vereins- und Volksfeste wurden 2020 abgesagt und werden wohl auch dieses Jahr in den meisten Fällen ausfallen. Entsprechend hoch werden die Verluste für viele mittelständische Betriebe ausfallen, die sich oft in Familienbesitz befinden. „Wir sind unter die Räder gekommen“, beschrieb Ende Februar Stefan Stang, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Privaten Brauereien in Bayern, die Situation der Brauereigasthöfe.

Besteht nämlich neben der Brauerei auch noch ein Brauereigasthof, dann hat der Inhaber schlechte Karten. Brauereigasthöfe sind nämlich von Corona-Hilfen ausgenommen. Denn die gibt es – zumindest nach den bisher gültigen Vorgaben – nur, wenn 80 Prozent des Umsatzes über die Gastronomie laufen. Ein Wert, den die meisten aus Brauerei und Gasthof bestehenden Betriebe nicht erreichen.

Bei dem in Lengenfeld bei Velburg (Landkreis Neumarkt/Oberpfalz) angesiedelten Winkler-Bräu – bekannt für seine Bierspezialität „Kupfer Spezial“ – liegt der Anteil der Gaststätte mit 76 Prozent knapp unter der für Corona-Hilfen berechtigenden Schwelle. „Wir haben Betriebe mit 30 bis 50 Prozent Umsatzrückgang in diesen Monaten“, schildert Stang. Die eingangs erwähnte Brauerei Weißbierbräu Unertl hat sonst sogar 80 Prozent in der Gastronomie und Volksfesten erwirtschaftet, die nun fehlen.

Unmut entzündet sich wegen der Ungleichbehandlung bei den Corona-Hilfen gegenüber Bäckereien, die ein Café betreiben, oder mit Blick auf Metzgereien mit Stehimbiss. Hier gelten andere Prozentsätze für die einzelnen Bereiche.

Die Tendenz unterstreicht auch Josef Goss, Inhaber der seit 1878 bestehenden Brauerei Goss in Deuerling (Landkreis Regensburg), die für ihr Märzen-Bier mehrfach beim World-Beer-Cup und beim European Beer Star Award Gold- und Silbermedaillen geholt hat. Mit seinem Sohn, der in der Brauerei mitarbeitet, steht die nächste Generation bereits in den Startlöchern.

Von der Politik im Stich gelassen

„Ich fühle mich von der Politik im Stich gelassen. Wir hatten in dieser Zeit einen Umsatzrückgang von 30 Prozent“, sagt Gross senior und führt weiter aus: „Es finden keine Feste und Feierlichkeiten statt, unser Brauereigasthof ist geschlossen, das Personal in Kurzarbeit. 2021 wird es ja genauso weitergehen, dass nach wie vor keine größeren Festivitäten zugelassen werden. Zu tun ist zwar immer etwas in Brauerei, Gasthaus und Landwirtschaft. Aber uns wäre es schon recht, wieder aufsperren zu können. Auch vernünftige Lösungen für unsere Branche von der Politik wären mehr als überfällig.“

In seiner Brauerei wurde 2018 und 2019 zum Tag des Bieres am 23. April beziehungsweise zum Fest am Haidplatz in Regensburg ein Gemeinschaftssud fast aller der in der Stadt und im Landkreis Regensburg angesiedelten Braustätten eingebraut. Daran war 2020 und 2021 nicht zu denken – weder an den gemeinsamen Sud noch an das Bierfest.

Die Hoffnung liegt zunächst in der Öffnung der Außengastronomie. Das würde die Lage zumindest ein wenig entspannen. Doch ob und wann das angesichts stagnierender beziehungsweise immer wieder steigender Infektions- und Inzidenzzahlen möglich ist, steht derzeit in den Sternen.

In einem offenen Brief haben sich im Februar über 300 deutsche Brauereien aus allen Regionen an die Politiker im Bund und in den Ländern gewandt, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Die Weißbierbräu Unertl in Mühldorf hat die Reißleine gezogen: Ihr Bier produziert und vermarktet seit April die niederbayerische Brauerei Aldersbach. Das Unertl Weißbier und das Leichte Weiße werden bereits in Aldersbach gebraut, die Herstellung von Dinkelweiße und das Gourmet-Weißbier sind geplant.

Zumindest konnte inzwischen seitens des Bundes für Brauer und Winzer im Rahmen der Überbrückungshilfe III eine Warenwertabschreibung von 100 Prozent auf verderbliche Ware erreicht werden. Das heißt, dass überschüssiges Fassbier als Fixkosten bei der Bundeshilfe geltend gemacht werden kann.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete für den Stimmkreis Regensburg, Peter Aumer, hat erreicht, dass die Brauereigaststätten rückwirkend Hilfszahlungen aus der November- und Dezemberhilfe erhalten. Bereits am 7. Dezember des Vorjahres hatte er sich mit einem persönlichen Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier gewandt und ihn gebeten, die Nichtberücksichtigung der Brauereigaststätten zu korrigieren.

Ob diese kleinen Erfolge helfen oder nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind? Man wird die Pandemie-Entwicklung abwarten müssen und hoffen, dass es bald zu Lockerungen kommt. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass dem Weißbierbräu Unertl noch weitere Braustätten folgen werden. Ein großer Verlust nicht nur von Brauereien, sondern von örtlicher und regionaler Kultur bedeuten diese staatlichen Zwangsmaßnahmen aber auf jeden Fall.

HISTORISCHER MORDFALL

Taxi ins Jenseits

„Nasse Fische“ nannte man früher in Berlin ungelöste Kriminalfälle – Der Mord an einem Gigolo zählt auch dazu

Berlin, Dezember 1929. Ein turbulentes Jahr neigte sich dem Ende zu. Am 24. Oktober hatte der New Yorker Börsencrash die Weltwirtschaftskrise ausgelöst, die auch eine Kriminalitätswelle in Berlin nach sich ziehen sollte. Durch Mord starben 1929 in Berlin 32 Menschen, 1931 sollte die Opferzahl auf 54 ansteigen.

Bereits im Dezember 1929 vermeldeten Zeitungen des In- und des Auslandes, dass die Berliner Mordkommission mit der Bearbeitung aktueller Fälle völlig überlastet sei. Zu allem Überfluss wurden die Beamten dann auch noch mit einem „nassen Fisch“, wie ungelöste Fälle damals hießen, konfrontiert.

Am 16. Dezember 1929 bemerkte ein Mann auf seinem Weg zur Arbeit in der Nähe des heutigen Stadtteils Weißensee um halb acht Uhr morgens eine Taxidroschke auf einem Feld. In der Nacht hatte es geregnet, der Boden war noch schlammig. Unermüdlich hatten sich in der Stadt die Autos im Lichtschein der Laternen durch die Regengüsse gekämpft, darunter auch der Chauffeur Ewald von Schalepanski, der nicht ahnte, dass dies die letzte Fahrt seines Lebens sein würde. Der Arbeiter wollte den vermeintlich Schlafenden aufwecken, doch im Wagen fand er eine Leiche mit Einschüssen im Kopf auf dem Fahrersitz vor.

Kommissar Ludwig Werneburg vom Berliner Polizeipräsidium war der Spezialist für solche Fälle, die mit Raub oder Raubmord zu tun hatten. Der erfahrene Beamte, der seit 1919 im Dienst der Berliner Polizei stand, recherchierte gewohnt gründlich. Der glücklose Taxifahrer wurde von seinem mörderischen Fahrgast zwischen zwei und fünf Uhr morgens erschossen, so viel stand nach der Obduktion fest. Sehr wahrscheinlich lag ein Raubmord vor, denn die Einnahmen des Fahrers waren verschwunden.

Nachts ein Kraftdroschkenfahrer

Durch die nächtlichen Regengüsse konnten Werneburg und seine Kollegen jedoch keinerlei Spuren des Täters finden. Derweil verbreitete sich die Nachricht vom Taxifahrer-Mord wie ein Lauffeuer in der Stadt. Dabei kristallisierte es sich in den verschiedenen Zeitungsartikeln immer deutlicher heraus, dass die Journalisten weniger an dem Raubmordfall interessiert waren, sondern sich vor allem für den offenbar sehr zweifelhaften Lebenswandel des glamourösen Opfers interessierten. Durch zahlreiche Zeugenbefragungen konnten die Ermittler pikante Details ans Tageslicht bringen.

Von Schalepanski führte ein turbulentes Doppelleben: braver Taxifahrer in der Nacht, Gigolo am Nachmittag. Somit, so vermutete Werneburg, könnte er auch den Zorn eines eifersüchtigen Nebenbuhlers oder einer sitzengelassenen Geliebten auf sich gezogen haben.

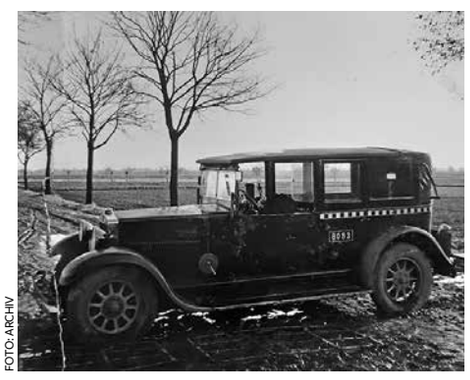


FOTO: ARCHIV

Tatort Weißensee: In diesem Taxi fand man die Leiche Ewald von Schalepanskis

Eigentlich stammte der Mann mit dem lockeren Lebenswandel aus gutem Haus: Der 1895 als Ewald Pordom geborene Sohn eines Medizinalrats ging zunächst einer ehrlichen Tätigkeit als Kaufmann nach. Nach einem Streit verließ der nach Ende des Ersten Weltkriegs arbeitslos gewordene Mann seine Eltern und zog nach Berlin zu der Schwester seiner Mutter, der Kunstmalerin Elma von Schalepanski, die ihn adoptierte und er so blitzschnell zum Adligen aufstieg.

Tagsüber der adeliger Seelentröster

1918 heiratete er in Wilmersdorf Jocunda Wolfsohn geb. Hirschfeld, und zwar unter Anwesenheit der Trauzeugen Wilhelm Liebermann von Wahlendorf und dem Rechtsanwalt Dr. Julius Jandorf, einem Bruder des KaDeWe-Gründers Adolf Jandorf. Vier Jahre später wurde die Ehe wieder geschieden, der Grund war Ewalds Verschwendungssucht.

Mittlerweile hatte sich Ewald nämlich an ein Leben in der feinen Gesellschaft von Berlin gewöhnt. Und um das Ganze zu finanzieren, heuerte Ewald bei der Grüntax GmbH an. Nach seinen nächtlichen Taxifahrten schlief er erst einmal, um dann als eleganter „Baron von Schalepanski“ in einschlägigen Hotels und Cafés die Damenwelt beim nachmittäglichen Tanztee zu entzücken, und das mit dem Ziel vor Augen, eine neue reiche Ehefrau zu finden.

Am 6. Dezember 1928 hatte es von Schalepanski mal wieder geschafft: Vor dem Standesamt Charlottenburg II ehelichte er Waltraute Freiin von Hewaldt. Doch schon ein halbes Jahr später wurde die Verbindung gelöst. Und so setzte sich Ewald wieder an das Steuer seiner Kraftdroschke, was ihm zum tödlichen Verhängnis werden würde. Nach anfänglich reichhaltiger Berichterstattung verschwand der Fall des ermordeten Taxifahrers aus der Presse.

Am 7. Februar 1931 deklarierte die Wiener Zeitung „Der Abend“ den Fall „Von Schalepanski“ schließlich offiziell als „ungeklärten Mord“. Die Berliner Mordkommission hatte äußerst widerwillig den Deckel der umfangreichen Fallakte „Ewald von Schalepanski“ schließen müssen. Diesmal hatte der „nasse Fisch“ gewonnen. *Bettina Müller*

FÜR SIE GELESEN

Kreuzfahrt trotz Corona

Wenn auch die diesjährige Reisesaison noch genauso wie die des vergangenen Jahres von der Pandemie überschattet wird, so hat Oliver Schmidt, Chefredakteur des Koehler-Guides sich dazu entschieden, auch in diesem Jahr einen Kreuzfahrt-Reiseführer herauszugeben in der Hoffnung, dass ab März wieder Kreuzfahrten unter Sicherheitsauflagen möglich wären.

Das hat sich leider nicht bestätigt, da viele geplante Reisen bereits abgesagt wurden, dennoch gibt das Buch Interessierten eine Fülle von Anregungen und zeigt Sehenswertes weltweit, aber auch in Deutschland. Zu Beginn werden zehn beliebte Reiserouten für einen unvergesslichen Urlaub vorgestellt. Reich bebildert werden Kreuzfahrten zu allen Jahreszeiten geschildert, Schiffe und auch einzelne Orte beschrieben, die angelaufen beziehungsweise während Ausflügen besucht werden können. Neu ist beim diesjährigen Guide die Einbindung von Videos, die der Leser per QR-Codes mit einem Smartphone abrufen kann. *MRK*

Oliver Schmidt: „Koehlers Guide Kreuzfahrt“, Koehler Verlag, Hamburg 2021, broschiert, 340 Seiten, 19,95 Euro

GESUNDHEITSRATGEBER

FOTO: IMAGO/CHROMORANGE

Wege aus der Pandemie-Angst

Die Mediziner Johannes Wilkens und Frank Meyer beschreiben, wie man COVID-19 ganzheitlich verstehen, vorbeugen und behandeln kann

Alternative Medizin bei Corona Die Ärzte Johannes Wilkens und Frank Meyer haben die Virus-Erkrankung von Anfang an begleitet, die Krankheitsverläufe vieler Patienten beobachtet und ihre eigenen Schlüsse gezogen. Beide Vertreter einer ganzheitlichen Medizin erklären in ihrem Buch „Corona natürlich behandeln“ zunächst die Besonderheit der Viren, gehen auf den Forschungsstand ein und geben hilfreiche Ratschläge für vorbeugende und heilende Maßnahmen aus dem Bereich der Homöopathie, der Anthroposophie und der Schulmedizin. *MRK*

Dr. med. Johannes Wilkens/ Dr. med. Frank Meyer: „Corona natürlich behandeln. Covid-19 ganzheitlich verstehen, vorbeugen, heilen“, at Verlag, Aarau und München 2021, gebunden, 215 Seiten, 20 Euro

CORONA-KRISE

Seit Langem gibt es Vorbereitungen auf Terrorangriffe mit biologischen Waffen

Der Journalist Paul Schreyer geht in seinem gründlich recherchierten Buch der Geschichte nach, wie sich die Welt in Planspielen seit 1991 auf die Abwehr künftiger Verseuchungen vorbereitet hat

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wer behauptet, die Corona-Pandemie hätte die westliche Welt unvorbereitet getroffen, der irrt oder sagt die Unwahrheit. Das zeigt das gründlich recherchierte Buch „Chronik einer angekündigten Krise“ in absoluter Deutlichkeit. Denn darin weist der freie Journalist Paul Schreyer nach, „wie intensiv und wie lange schon ein solcher Virusausbruch immer wieder geübt wurde, ... und wie regelmäßig man in diesem Zusammenhang auch einen politischen Ausnahmezustand einschließlich ... der Einschränkung von Bürgerrechten durchgespielt hat?“

Nach dem Ende des Kalten Krieges klagte der damals ranghöchste US-Militär Colin Powell: „Mir gehen die Schurken aus.“ Deshalb wurde 1991 die Gefahr von Terroranschlägen mit biologischen Waffen an die Wand gemalt und das Thema „Biosicherheit“ aufs Tapet gebracht. Statt der kommunistischen Bösewichter im Kreml sollten künftig gesichtslose „Bioterroristen“ dazu herhalten, die eigene Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen, um mit der politischen Agenda der Jahre vor 1989 fortfahren zu können.

Eine zentrale Rolle kam in diesem Zusammenhang dem 1998 gegründeten Johns Hopkins Center for Civilian Biodefense Strategies (CCBS) zu, das bald zum Hauptinitiator von Tagungen und Notfallübungen wurde, bei denen es um mögliche staatliche Reaktionen auf die Verbreitung von tödlichen Erregern ging. Und welches nun als Johns Hopkins Center for Health Security auch eine ganz maßgebliche Rolle in der Corona-Pandemie spielt.

Simulation eines Virenangriffs

Die erste vom CCBS organisierte Konferenz fand im Februar 1999 in Washington statt. An ihr nahmen 900 Delegierte aus zehn Ländern teil. Am zweiten Tag erfolgte die Simulation eines Terrorangriffs mit Pockenviren, wobei behördliche Maßnahmen zum Einsatz kamen, wie man sie aus der aktuellen Corona-Krise kennt. Weiter ging es im November 2000 mit dem nächsten Zusammentreffen samt Planspiel: Diesmal brach in einer fiktiven Stadt in den USA die Pest aus, woran die Natur selbst „schuld“ sein sollte. Die darauffolgende Übung namens „Dark Winter“ im Juni 2001 basierte wiederum auf dem Szenario eines Pocken-Ausbruchs. Bei ihrer Auswertung fiel unter anderem auch der Satz: „Die Amerikaner können grundlegende Bürgerrechte wie das Versammlungsrecht oder die Reisefreiheit nicht länger für selbstverständlich nehmen.“

Wenig später kam es zu den Anschlägen des 11. September sowie den Attentaten mit tödlichen Anthrax-Sporen auf US-Parlamentarier. Hieraufhin wuchs das Interesse am Thema Biosicherheit nochmals deutlich an. Die „Biosecurity“ wurde nun systematisch institutionalisiert und internationalisiert – beginnend mit einer Konferenz der westlichen Gesundheitsminister im November 2001. Anschließend einigten sich Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Kanada, Japan, Mexiko und die USA darauf, die Liste der biologischen Notfälle mit Koordinationsbedarf um Pandemien aller Art zu erweitern.

In Reaktion hierauf fand im September 2003 eine erste große Pandemie-Übung namens „Global Mercury“ statt – und zwar unter Einbezug der Weltgesundheitsorganisation WHO sowie der Europäischen Kommission. Dabei wurden die Verhängung des Ausnahmezustands sowie die Durchführung von Massenimpfungen geprobt. Genauso verhielt es sich bei den letzten beiden Simulationen vor Ausbruch der Corona-Krise, nämlich „Clade X“ im Mai 2018 und „Event 201“ im Oktober 2019. Im ersteren Fall sollte ein künstlich geschaffenes tödliches Virus mittels der inzwischen sattsam bekannten PCR-Tests nachgewiesen und dann durch RNA-Vakzine unschädlich gemacht werden. Im zweiteren Falle spielte man eine Pandemie infolge des Erscheinens neuer Coronaviren durch, die von Fledermäusen über Schweine auf den Menschen übergehen und sich explosionsartig vermehren. Wenige Wochen später meldete China die ersten SARS-CoV-2-Fälle, und viele der Protagonisten beim „Event 201“ kamen nun erneut zum Einsatz, nur dass es sich jetzt um bitteren Ernst handeln sollte.

Angesichts dieser Umstände bezweifeln kritische Geister, dass die derzeitige Corona-Pandemie eine unerwartet hereingebrochene „Naturkatastrophe“ darstelle. Parallel hierzu werfen Schreyers Ausführungen aber auch noch ganz andere brisante Fragen auf: Wenn bundesdeutsche Behörden, Politiker und Wissenschaftler seit 1999 in die Planspiele zur Biosicherheit eingebunden waren, weshalb reagierten sie dann Anfang 2020 derart dilettantisch auf das Auftauchen des SARS-CoV-2-Virus? Und wieso war Deutschland so schlecht auf die Pandemie vorbereitet? Das jedenfalls scheint doch weniger auf eine Verschwörung des „medizinisch-industriellen Komplexes“ hinzudeuten als auf bodenlose Inkompetenz.

Und noch etwas sticht ins Auge, was auch Schreyer in seinem Epilog thematisiert: Die Aufregung über den Tod alter Menschen „an oder mit Corona“ steht in einem krassen Missverhältnis zum sonstigen staatlichen Desinteresse an ihnen. Bislang hat sich keine Bundesregierung ernstlich über die Zustände in der Altenpflege hierzulande gesorgt. Wieso also nun plötzlich der gigantische politisch-ökonomische Kraftakt, um Hochbetagte vor Corona zu retten? Hat das tatsächlich nur etwas mit Machbarkeitswahn zu tun? Oder dienen die Alten als Vorwand für eine Transformation der Gesellschaft hin zur Hygiene-Diktatur, von der manche Politiker und Unternehmer sehr profitieren würden?

Schreyers Buch liefert jede Menge Denkanstöße und Fakten, welche den Leser in die Lage versetzen, das Geschehen während der Corona-Pandemie ein Stück weit besser zu durchschauen. Sichere Antworten auf Fragen wie die nach der wahren Herkunft des SARS-CoV-2-Virus bietet es dahingegen keine.

Paul Schreyer: „Chronik einer angekündigten Krise. Wie ein Virus die Welt verändern konnte“, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2020, broschiert, 176 Seiten, 15 Euro

Erschütternd realitätsblind

Ehemalige Spitzenpolitiker im gut dotierten Ruhestand haben alle Zeit der Welt, Bücher zu schreiben, um das gemeine Volk dergestalt an ihrer Weisheit teilhaben zu lassen – egal wie schlicht oder tiefgründig diese daherkommen mag. Das trifft auch auf den im Juli 2020 verstorbenen Hans-Joachim Vogel und seinen Bruder Bernhard zu.

Die beiden ehemaligen Bundesminister und Landesväter mit SPD- beziehungsweise CDU-Parteibuch legen mit „Deutschland aus der Vogelperspektive“ eine „Kleine Geschichte der Bundesrepublik“ vor. Diese erschien schon 2007 und wurde um drei Kapitel erweitert, welche die Entwicklung seither beschreiben. Sie wimmelt vor Gemeinplätzen und unkritischen Apologien des Regierungshandelns seit Anbeginn der Bundesrepublik. Und was die zum Schluss erwähnten gesellschaftlichen Entwicklungen infolge der Corona-Krise betrifft, so offenbart es sogar eine erschütternde Realitätsblindheit: Das Kabinett Merkel und die Länderchefs hätten „entschlossen und verantwortungsvoll“ agiert ... Die Bevölkerung stehe in „bewundernswerter Geschlossenheit“ hinter ihrer Obrigkeit ... Aus der „Corona-Erfahrung“ erwachse eine „neue Solidarität“ ... Wer dies allen Ernstes glaubt, der sollte sein Pensionärsdasein anders verbringen als mit dem Schreiben von historisch-politischen Abhandlungen. *W.K.*

Bernhard Vogel/ Hans-Joachim Vogel: „Deutschland aus der Vogelperspektive. Eine kleine Geschichte der Bundesrepublik“, Herder Verlag, Freiburg i. Br. 2020, gebunden, 349 Seiten, 20 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg
Telefon 09 31 / 45 26 5035
Telefax 09 31 / 45 26 5036

Katrin Glesius
Tel. 09 31 / 45 26 50 35
Flechsig Medienvertrieb

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Wie das Wetter wird
Bauernregeln für Heute neu entdeckt
Wolf-Dietmar und Ursula Unterwegers Sammlung alter Bauernregeln sind einzigartig schöne Bilder vom Leben auf dem Lande beigegeben, die Ausdruck eines alt-neuen Naturverständnisses sind. 33 Abb. 96 S.
Nr. P 575273 **Gebunden** **7,95 €**

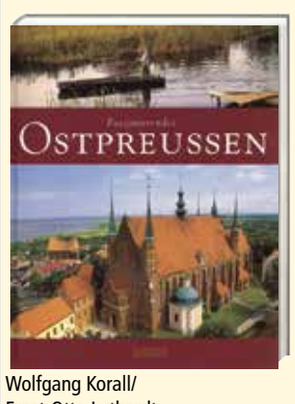
Wolfram Gieseler
Der Elch und seine urwüchsige Landschaft
Erinnerungen eines Forstmeisters an die Elchniederung in Ostpreußen 1937–1945 111 Seiten
Nr. P A1163 **Kartoniert** **4,95 €**

Michael Welder
Reise nach Schlesien
Spurensuche zwischen Annaberg und Zobten
Format 20,5 x 28 cm. 224 Seiten
Nr. P 4008 **Geb.** 19,90 €

Diese „Reise nach Schlesien" führt in ein Land mit einzigartiger Kultur, mit Kirchen, Burgen und Klöstern, aber auch in herrliche Naturlandschaften. Die Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Kunstwerken, nach Bekanntem und Neuzuentdeckendem findet zwischen Annaberg und Zobten, in der sagenumwobenen Bergwelt des Riesengebirges und den lieblichen Ebenen der Oberniederungen statt.
Für die einen ist der Bildband Erinnerung an die Heimat, den anderen eröffnet er ein neues, noch zu entdeckendes Reiseziel. Die Farbaufnahmen entstanden zwischen 1985 und 1995. 278 Abbildungen. 224 Seiten

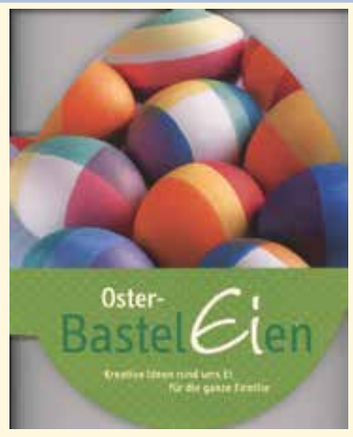
Michael Welder u. Rudolf Meitsch
Reise nach Masuren
Spurensuche in Ostpreußen, Westpreußen und Danzig
153 Abbildungen. 192 Seiten
Nr. P 1037 **Geb.** 19,90 €

Diese „Reise nach Masuren" führt in eine Region mit einzigartiger Kultur, aber auch in herrliche Naturlandschaften. Die Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Kunstwerken, nach Bekanntem und Neuzuentdeckendem, findet in Ostpreußen, Westpreußen und in Danzig, statt. Für die einen ist der Bildband Erinnerung an die Heimat, den anderen eröffnet er ein neues, noch zu entdeckendes Reiseziel. Die zahlreichen Farbaufnahmen von Michael Welder zeigen Masuren mit seiner reichen, alten Kultur und seiner einzigartigen Naturschönheiten. Der kompetente Text von Rudolf Meitsch und Michael Welder informiert ausführlich über die wechselvolle Geschichte Masurens. Die Farbaufnahmen entstanden zwischen 1985 und 1995.



Wolfgang Korall/
Ernst-Otto Luthardt
Faszinierendes Ostpreußen
117 Abbildungen,
Format 24 x 29 cm.
96 Seiten/Gebunden
Nr. P 575725 **9,95 €**

Immer mehr Menschen zieht es in jene faszinierende Gegend, in der einst die Wiege des preußischen Staates gestanden hat. Gerade die Masurische Seenplatte – nebst Ostseeküste – birgt nicht nur eine relativ unversehrte Natur, sondern auch eine Vielzahl historischer Städte und Dörfer, berühmte Gotteshäuser und Wallfahrtsorte sowie die Wehrbauten des Deutschen Ordens. Sehenswert sind jedoch nicht nur jene heute zu Polen gehörenden Gebiete Ostpreußens, sondern auch die alte Hauptstadt Königsberg – das heute russische Kaliningrad – oder die bekannten Badeorte Rauschen an der samländischen Küste und Nidden auf dem litauischen Teil der Kurischen Nehrung. Solche und viele weitere Facetten zeigen die zahlreichen herrlichen Fotografien.



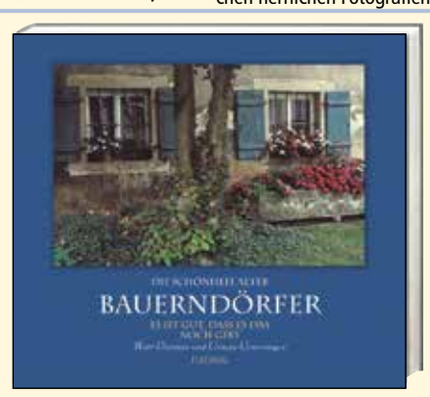
Oster-Bastel Eien
Kreative Ideen rund ums Ei für die ganze Familie
65 Seiten
Nr. P A1615 **Pappband** **5,95 €**

Michael Welder
Reise nach Ostpreußen
Spurensuche zwischen Weichsel und Memel
Format 20,5 x 28 cm. 224 Seiten
Nr. P 1082 **Geb.** 19,90 €

Diese „Reise nach Ostpreußen" führt in ein Land der dunklen Wälder, kristallenen Seen und der weiten Küste. Die faszinierende Region mit der geheimnisvollen Schönheit der masurischen Seen, der Kurischen und Frischen Nehrung ist wieder zu einem erreichbaren und einzigartigen Reiseziel geworden. Die Städte und Dörfer, deren Kirchen, Burgen, Schlösser und Herrenhäuser erzählen von der wechselvollen Geschichte. Nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg haben viele Orte und Bauwerke ihr altes Gesicht wiedererhalten, eine Spurensuche zeigt Bekanntes und Neuzuentdeckendes. Die Farbaufnahmen entstanden zwischen 1985 und 1995. 278 Abbildungen.

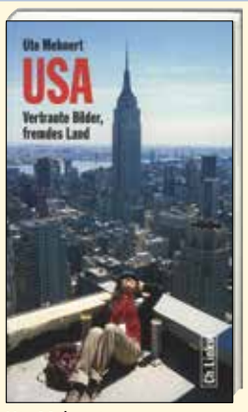
Hans Joachim Kürtz
Reise durch Pommern
Format 20,5 x 28 cm.
224 Seiten
Nr. P 3027 **Geb.** 19,90 €

Diese „Reise durch Pommern" führt in ein Land mit einzigartiger Kultur, mit Kirchen, Burgen und Klöstern, aber auch in herrliche Naturlandschaften. Die Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Kunstwerken, nach Bekanntem und Neuzuentdeckendem findet in dem Land zwischen dem Darß und der Lonskedüne statt.
Für die einen ist der Bildband Erinnerung an die Heimat, den anderen eröffnet er ein neues, noch zu entdeckendes Reiseziel. 250 Abbildungen. Der Bildband erschien im Jahr 1993 das erste Mal und zeigt Pommern, wie es zu dieser Zeit war. Auf vielfachen Leserwunsch wurde der Band wieder in das Programm aufgenommen und nachgedruckt.



Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Die Schönheit alter Bauerndörfer
Es ist gut, dass es das noch gibt
Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für den Erhalt der bäuerlichen Kultur und Tradition. 123 Abbildungen. 120 Seiten
Nr. P 575274 **Gebunden** **7,95 €**

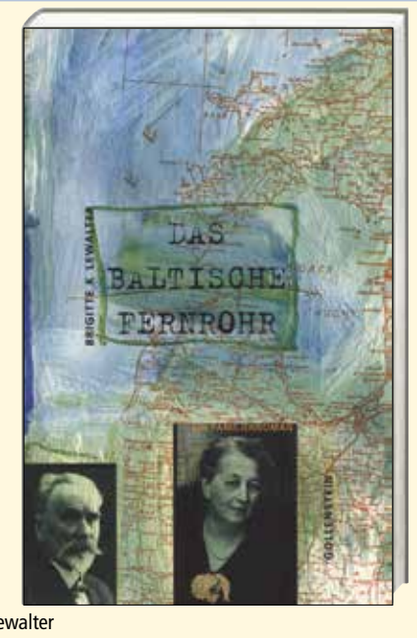
Belle & Boo
Zauberhaftes pastellfarbenes Nachtlicht. Eine Beruhigung für ängstliche Kinder. Mit niedlichem Häschenmotiv.
Nr. P A1626 **Nachtlicht** **7,99 €**



Ute Mehnert
USA
Vertraute Bilder, fremdes Land
240 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1618 **5,00 €**

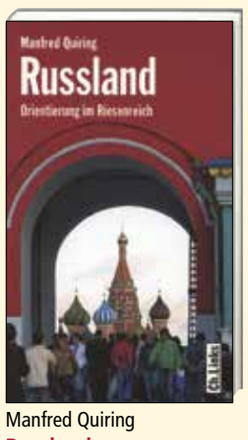
Mickymaus und Marshallplan, Barbie und Burger, Pop-Art und Popcorn, Madonna und Obama: Die USA haben unser Leben geprägt und tun es weiter. Dafür werden sie bewundert oder gehasst, oft beides zugleich. Gegen den vertrauten Ort in unserer Vorstellungswelt kommen Land und Leute schwer an, wenn es uns Deutsche dann tatsächlich in die Vereinigten Staaten verschlägt. Doch bald blitzt mitten im scheinbar Vertrauten das irritierend Fremde auf: Da wird die lockere Verabredung fürs Kino plötzlich zum „date", da begegnen einem Fremde mit überschäumender Herzlichkeit, Lob entpuppt sich als Kritik, und „liberals" sind eher Sozial- als Freidemokraten. Erst wenn man der Verzweifelung nahe ist, beginnt das Verstehen dieses Landes, in dem Dynamik die größte Konstante ist.

Traugott Ehrhardt
Geschichte der Festung Königsberg 1257–1945
Seit der Anlage einer Ordensburg im Hochmittelalter oberhalb des Pregels im Jahre 1257 blieb die spätere ostpreußische Landeshauptstadt eine Festung, welche zwar in ihrer vielhundertjährigen Geschichte keine Belagerungen abzuwehren hatte, aber doch durch ihre beachtliche Abwehrkraft von wichtiger militärischer Bedeutung war. Erst im April 1945 mußte sich Königsberg im Zweiten Weltkrieg der Übermacht der Sowjetarmee ergeben. Traugott Ehrhardts Gang durch die sieben Jahrhunderte Königsberger Festungsgeschichte bietet einen Überblick über den Wandel der Befestigungskunst von einem Zeitalter zum anderen. Ferner schließt diese Darstellung eine Lücke der ostpreußischen heimatkundlichen Forschung. Der Verfasser dieses Werkes konnte wertvolle Quellen und Unterlagen zur Geschichte der Königsberger Festung verwenden, die aus Königsberg gerettet wurden. Dazu gehört auch zahlreiches Kartenmaterial zur Befestigungsgeschichte, das lange Zeit nicht zugänglich war. Der Autor Traugott Ehrhardt (geb. 23.04.1899, gest. 4.12.1987) war Ostpreuße und Offizier. Im Zweiten Weltkrieg diente er zuletzt als Oberstleutnant und Kommandeur einer Festungspioniereinheit. Nach langjährigen Archiv- und Quellenstudien, konnte er diese Darstellung erstmals 1960 vorlegen. 320 Seiten
Nr. P A1624 **Kartoniert** **19,80 €**



Brigitte Lewalter
Das baltische Fernrohr
Ein Familienroman
Dem Zaren Vasallentreue geschworen, dem Ostseeraum zugehörig, versuchen die Deutschbalten ihre Lebensart gegenüber den Russen zu verteidigen und in das neue Jahrhundert hinüberzuretten. Romanhaft verdichtete Biografien ranken sich um das Leben der 1868 in Südrussland geborenen Helene Neumann. Sie ist die Tochter eines baltendeutschen Arztes und Großmutter der Autorin. Helenes verwitwete Mutter kehrt 1878 mit ihren Kindern nach Nordlivland zurück. Helene heiratet einen Tierarzt, zieht mit ihm nach Riga und verbringt dort an seiner Seite mehr als vier Jahrzehnte. Mit wachen Sinnen erlebt sie den Zerfall des Zarenreiches und die Schrecken der lettischen Revolution 1905. Sie erleidet im Zuge des Ersten Weltkrieges die bolschewistische Besetzung Rigas, erlebt die Befreiung der Stadt und die Gründung des lettischen Staates. Das baltische Fernrohr ist zugleich eine beeindruckende Schilderung des Endes einer Epoche und des Kampfes der Letten um ihre Unabhängigkeit. Zerfall und Auflösung einer Gesellschaft spiegeln sich in einem facettenreichen Familienporträt. 389 Seiten
Nr. P A1623 **Gebunden mit farbigem Schutzumschlag** **16,95 €**

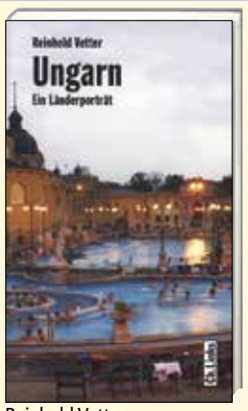
Belle & Boo
Häschen-Würfelspiel mit 2 Würfeln, 2 Bleistiften und zwei farbigen Blöcken. Ein Würfelspaß für die ganze Familie.
Nr. P A1616 **Karton** **5,95 €**



Manfred Quiring
Russland
Orientierung im Riesenreich
208 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1612 **7,95 €**

Manfred Quiring, seit über 30 Jahren journalistisch in Moskau tätig, schildert faktenreich, wie sich der Alltag des Riesenreiches in den letzten Jahren rasant gewandelt hat. Er beschreibt den Kontrast zwischen neuem Reichtum und verbreiteter Armut, zwischen Traditionalisten und westlich orientierten Reformern sowie zwischen der Metropole Moskau und der Provinz. Zugleich erklärt er aber auch, was man die „russische Seele" nennt, welche Rolle der Wodka im Zusammenhang mit Gastfreundschaft spielt und warum die russischen Frauen als die schönsten gelten. Anhand der reichen Anekdotenkultur des Landes macht er manches verständlich, was auf den ersten Blick eher Kopfschütteln auslöst. Seine Tipps und Erklärungen helfen all jenen, die das Land bereisen oder einfach besser verstehen wollen.

Belle & Boo – Meine kleine Welt
Magnetische Spielbox zum Aufklappen. Inhalt: 3 Magnetseiten mit Figuren, Kleidung und Accessoires sowie 2 Motivseiten mit verschiedenen Welten (z.B. Garten, Küche, Badezimmer)
Nr. P A1617 **Spielbox** **7,99 €**



Reinhold Vetter
Ungarn
Ein Länderporträt
Kartoniert
208 Seiten
Nr. P A1613 **5,00 €**

Als Ungarn 1989 die Grenze zu Österreich öffnete und damit Zehntausenden DDR-Bürgern die Flucht in den Westen ermöglichte, beförderte das die Einheit Deutschlands und Europas. Eine Woge der Sympathie schlug den Ungarn entgegen. Doch seit einiger Zeit mehren sich die schlechten Nachrichten: Überfälle auf Roma, ein wiederauflebender Antisemitismus, marode Staatsfinanzen und der Abbau demokratischer Rechte. Reinhold Vetter, lange Jahre Korrespondent in Budapest, geht den Ursachen für die aktuelle Entwicklung nach. Aber er erzählt auch Geschichten von den kulinarischen Köstlichkeiten, der exotisch klingenden Sprache und der Vielzahl ungarischer Genies. Ein kompaktes Kompendium für alle Ungarn-Reisenden.

Postkartenblock mit ca. 35 Postkarten mit den Stadtwappen ost- u. westpreußischer Städte
Nr. P A1606 **Postkarten** **12,95 €**

FLECHSIG
MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31/ 45 26 50 35
Telefax 09 31/ 45 26 50 36
Email (in Vorbereitung)
Internet (in Vorbereitung)

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ..... Name .....

Straße/Nr. ..... Telefon .....

PLZ/Ort .....

Datum ..... Unterschrift .....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN

Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

AUFGESCHNAPPT

Einen besonderen Beitrag zum Fasching liefern derzeit die Kölner Jusos. Die SPD-Nachwuchsorganisation kritisiert „Tendenzen zu Rassismus“ beim Karneval. Der Übernahme „kultureller Vereinnahmungen“, wozu auch „Verkleidungen als amerikanische Ureinwohner*innen“ zählten, solle per Verbot ein Ende bereitet werden. Damit wäre einer der Faschings-Klassiker schlechthin, das Indianerkostüm, gestrichen. Folgt man der Kölner Juso-Chefin Lena Snelting, so sind derartige „Kostüme nicht mehr zeitgemäß“. Die Kölner SPD-Fraktion hadert zwar momentan mit einem Verbot, will sich aber mit der Angelegenheit beschäftigen. Das Indianer-Vorbild – in der Regel eine positive Identifikation – bereitet auch in anderen Parteien Probleme. So fühlte sich die Spitzenkandidatin der Berliner Grünen, Bettina Jarasch, unlängst zu heftiger Selbstkritik verpflichtet, sie müsse „noch viel lernen“. Auf die Frage nach ihrem Berufswunsch in der Kindheit hatte sie spontan mit „Indianerhäuptling“ geantwortet (siehe Seite 8). *E.L.*

DER WOCHENRÜCKBLICK

Ab in die Ruhephase

Warum die Deutschen unverrückbar an Merkel glauben, und worüber wir lieber schweigen

VON HANS HECKEL

Diese Umfrage hat uns gerührt: Laut einer Erhebung von INSA fallen die meisten Bundesminister im Urteil der Deutschen mittlerweile durch, und zwar saftig. Die Bewertungen für die Unionsminister fallen besonders negativ aus, vor allem die Beliebtheit von Gesundheitschef Jens Spahn hat seit Dezember eine steile Schussfahrt hinter sich gebracht. Die SPD-Kollegen im Kabinett bringen es noch auf wacklige Durchschnittsnoten. Allerdings haben die auch das Glück, in Ressorts zu stecken wie Äußeres, Arbeit oder Finanzen, die im Unterschied zu Gesundheit, Wirtschaft (Corona-Hilfen!) oder Bildung nicht so nah an der Virusfront stehen.

Allein, und das ist das Rührende, eine Person kann sich des Rückhalts der Bundesbürger nach wie vor sicher sein: 53,4 Prozent bewerten die Arbeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel trotz allem als „sehr gut“ oder „eher gut“, nur 34,1 Prozent als „eher“ oder „sehr schlecht“. Geht Ihnen das nicht auch ans Herz, mit welcher kindlichen Treue die Deutschen zu ihrer Anführerin stehen, ganz egal, was die alles verbockt und ihnen eingebrockt hat?

Mögen wir über das Versagen und die elende Qualität der Politiker auch noch so verstimmt sein und sei unser Ärger noch so berechtigt: Auf den, der ganz oben steht, lassen wir nichts kommen. Selbst, wenn es mal wieder völlig in die Hose gegangen ist, trösten wir uns mit dem behaglichen Gedanken, dass die höchste Führung dafür bestimmt nichts kann. Vermutlich weiß sie gar nichts davon, denn: „Wenn die Merkel das wüsste!“ Ja, dann würde die aber durchgreifen. Dann wäre alles im Handumdrehen wieder gut. Wo sie nur kann, tut sie doch alles für uns! Aber sie kann halt nicht überall sein.

Die Pandemie ist immerhin die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, haben wir gelernt. Schon in der Krise damals hat es die Deutschen bekanntlich aufrechterhalten, dass sie an der Weisheit des Allerobersten auch im übelsten Ungemach nie zweifeln mochten, sondern sich tapfer einredeten: „Wenn der ... das wüsste!“ Ja, dann aber!

Die Zeiten sind zu unserer Erleichterung andere, auch die an der Spitze haben sich zum Glück geändert. Aber der unverrückbare Glaube der Deutschen an die oberste Führung blieb intakt. Der ändert sich nicht.

In ihrer Ansprache nach dem jüngsten Bund-Länder-Gipfel hat uns die Kanzlerin darin bestätigt, wie sehr wir ihrer geraden Linie vertrauen dürfen. „Wir kämpfen ja schon seit einem Jahr mit dem Virus“, erinnerte sie uns und hob hervor, dass sie von Anfang an vorderster Front stand.

Wie recht sie hat! Und wir haben es nicht vergessen. Anfang März vergangenen Jahres kämpfte Merkel wie eine Löwin gegen Grenzschließungen, weil Grenzen das Virus nicht aufhielten, wie sie sagte. Am 1. April 2020 stellte sie sich wacker gegen das Maskentragen, denn die Dinger entwickelten sich in den Händen von Normalbürgern zu „Virenschleudern“, wie Merkel uns warnte. Seit Beginn ihrer Kanzlerschaft hatte sie bereits für die Digitalisierung Deutschlands gerungen, weshalb unsere Gesundheitsämter bestens ausgerüstet waren, als uns die Pandemie überfiel. Wer das bezweifelt, soll die zuständigen Stellen fragen! (Für die Antwort bitte Ihre Fax-Nummer beilegen.)

Im Sommer konnte die Kanzlerin eine überstürzte Impfstoffbestellung gerade noch vereiteln – von den Früchten dieser Entscheidung zehren wir noch bis kommenden Herbst. Danach musste Merkel erst mal Urlaub machen, weshalb die Vorbereitungen auf die „zweite Welle“ unterbleiben mussten.

Verstehen Sie jetzt, warum die Deutschen so treu zu ihrer Kanzlerin stehen? Nein? Dann sind Sie ein Spalter und haben die zusätzliche „Ruhephase“, die man uns zu Ostern schenkt, gar nicht verdient. Die Oster-Entscheidung setzt Maßstäbe und ist geeignet, selbst den humanen Strafvollzug zu inspirieren. Warum muss man barsch von „Haftstrafe“ sprechen? Viel charmanter klänge es doch, wenn der Richter verkündete: „Dem Angeklagten werden zwei Jahre Ruhephase ermöglicht. Es gilt die Devise: Wir-bleiben-in-der-Zelle.“

Inwieweit so ein Lockdown überhaupt etwas zur Pandemiebekämpfung beiträgt, spielt keine Rolle mehr in der deutschen Debatte. Wie ihr Glaube an die Kanzlerin ist auch der Glaube an die segensreiche, schützende Wirkung des Zusperrens längst ins Unterbewusste eingegangen. Da braucht jetzt keiner mehr mit Beispielen aus dem Ausland zu kommen, die stark am Lockdown zweifeln lassen. Wer glaubt, braucht nicht zu wissen.

Der Blick in fremde Länder ist ohnehin gefährlich, weil er viel zu oft an bundesrepublikanischen Gewissheiten nagt. Haben Sie das mit Dänemark gehört? Die wollen in Stadtvierteln mit starkem Immigrantenanteil eine Obergrenze einführen: In den nächsten zehn Jahren soll dort der Anteil von Bewohnern mit „nicht-westlichem Hintergrund“ auf maximal 30 Prozent begrenzt werden, um Parallelgesellschaften entgegenzuwirken.

> Masken, Grenzen, Impfstoff: Die Kanzlerin ist zu Recht stolz auf ihre Bilanz. Von den Früchten werden wir noch lange zehren

Verblüffend, dass dieser ungeheuerliche Plan hierzulande nicht umgehend zu einem Aufschrei der Empörung geführt hat. Stattdessen herrscht eher Verwirrung in Deutschland. Die dürfte ihren Grund darin haben, von wem die dänische Initiative stammt: Es ist die sozialdemokratische (!) Regierungschefin Mette Frederiksen. Das macht die Sache kompliziert, weshalb man hierzulande auf eine breite Diskussion der dänischen Initiative lieber verzichtet.

Nie hätten wir uns vorstellen können, wie sehr linke Regierungen für die linken deutschen Parteien zu so einem Problem werden könnten. Hätten das in Kopenhagen die „Rechtspopulisten“ aufgebracht, wären wir doch längst in Fahrt. Aber so?

Selbst Joe Biden bereitet nicht so viel Freude, wie viele gehofft hatten. Sie erinnern sich noch, als der „rechte“ US-Präsident Ronald Reagan Sowjetrussland als das „Reich des Bösen“ tituliert hatte? Das ging als der schlimmste diplomatische Fehltritt der 1980er Jahre in die Geschichtsbücher ein.

Nun hat Biden den russischen Präsidenten Putin als „Mörder“ bezeichnet. Bei Reagan hätte man das als „unverantwortliche Kriegsrhetorik“ angeprangert. Jetzt sagt das Liebling Biden. Die Verunsicherung war deutschen Washington-Korrespondenten ins Gesicht geschrieben, sie sind ratlos. Die Rolle des konfliktgeilen Weltgefährders hatten sie doch für Trump vorgesehen, die des „Verlässlichen“ für Biden reserviert. Und nun eine solche Sprache. Was wird da die neue Parole? Etwa: „Trump ist gefährlich, Biden nicht, der legt nur gern Feuer“?

Leider konnte man das Zitat kaum vor den Deutschen verschweigen. Bei den Szenen an der US-mexikanischen Grenze geht das schon leichter. Dort baut sich gerade eine humanitäre Katastrophe auf, seitdem Biden die Latinos ermutigt hat, ihre Massenwanderung gen USA wieder aufzunehmen. Leider hat er die Folgen nicht bedacht, daher stauen sich dort Abertausende unter schlimmsten Bedingungen. Aber darüber reden wir am besten gar nicht. Das drücken wir weg wie die dänische Obergrenze. Also: Klappe zu und ab in die „Ruhephase“!

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

Alexander Zinn, Forscher am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung der TU Dresden und von 1996 bis 2020 in der Führung des Schwulen- und Lesbenverbandes, nimmt in der „Frankfurter Allgemeinen“ (16. März) die linke „Identitätspolitik“ auseinander:

„Organisationen, die Vielfalt predigen, produzieren nur noch Einfalt. Statt den Diskurs zu suchen, auf Kritik mit Argumenten zu antworten, besteht man auf Unterwerfungsgesten ... Die Verweigerung der rationalen Auseinandersetzung, der Rückzug in eine emotional grundierte Opferkultur und die Diskreditierung jeder Kritik als ‚verletzend‘ und deswegen homophob, frauenfeindlich, rassistisch oder rechtsextrem, ist im Kern demokratiefeindlich.“

Harald Martenstein bringt im „Tagesspiegel“ (13. März) die links-identitäre, angeblich antirassistische Ideologie auf den Punkt:

„Eine schwarze Rapperin, die Millionen verdient, ist nach dieser Theorie ein Opfer, aufgrund ihrer Identität. Ein weißer Obdachloser, der neben der Mülltonne schläft, ist privilegiert, aufgrund seines Geschlechts und seiner Hautfarbe. Wie kann man das glauben?“

Der Medien- und Kommunikationswissenschaftler Michael Haller beklagt im „Multipolar Magazin“ (19. März), dass viele Medien die Corona-Debatte zu einseitig führten:

„Die vielen Sondersendungen und rund zweihundert Talkrunden, die zum Thema Corona-Pandemie ausgestrahlt wurden, zeigen einen sehr schmalen Meinungskorridor. Debatten und Kontroversen betrafen meist nur Detailfragen bei der Umsetzung: ob die Inzidenzschwelle bei 35, 50 oder 85 liegen sollte, ob jetzt die Grundschulen für welche Jahrgänge geöffnet werden oder nicht, ob man beim Joggen die Maske tragen muss oder nicht und solche Sachen.“

Für Wolfgang Hebold symbolisiert der „Genderstern“ eine maßlose Hybris, die nichts Gutes verheißt, wie er im Portal „Freie Welt“ (20. März) schreibt:

„Mit dem Genderstern und dem Wunsch, das Geschlecht nach Lust und Laune wechseln zu können, versuchen sie ihre Natur zu negieren und wenn schon nicht wie die Götter zu werden, so doch wenigstens Entscheidungen treffen zu können, die nur die Götter allein treffen sollten: Zu welchem Geschlecht sie gehören.“

WORT DER WOCHE

„Wir sind Teil eines staatlichen Erziehungs- und Umerziehungsprogramms. Getestet wird unsere Fähigkeit, die Freiheit aufzugeben.“

Roger Köppel, Chefredakteur der Schweizer „Weltwoche“ (17. März), nennt Masken einen „Maulkorb“, der uns entmenschliche, uns das Gesicht raube und Untertanen aus uns mache